



Auf dem Weg zur Stadt 2030 – Leitbilder, Szenarien und Konzepte

Ergebnisse des Forschungsverbundes „Stadt 2030“



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium
für Bildung und Forschung (BMBF)
Referat Publikationen;
Internetredaktion
11055 Berlin

Bestellungen

schriftlich an den Herausgeber

Postfach 30 02 35
53182 Bonn

oder per

Tel.: 01805-262302
Fax: 01805-262303
(0,12 Euro/Min.)

E-Mail: books@bmbf.bund.de
Internet: <http://www.bmbf.de>

Autoren

Projektträger Bauen und Wohnen

Sandra Klatt

Bernd Meyer

Thilo Petri

(Kapitel: „Stadt 2030“ – Vom Ideenwettbewerb zum
Forschungsverbund)

Deutsches Institut für Urbanistik

Stephanie Bock

Albrecht Göschel

Jens Libbe

Bettina Reimann

(Übrige Kapitel)

Abbildungsnachweis

Fotos Stephanie Bock:
Seite 27 (rechts)

Fotos Hasso Brühl:
Seite 42 (oben links und oben rechts)

Fotos Franciska Frölich von Bodelschwingh:
Seite 13, Seite 15, Seite 54

Fotos Gregor Jekel:
Seite 11, Seite 12 (links), Seite 52

Fotos Thilo Petri:
Seite 14, Seite 17, Seite 27 (links), Seite 31, Seite 37 (oben),
Seite 43 (links)

Fotos Wolf-Christian Strauss:
Seite 5, Seite 16 (links), Seite 43 (rechts)

Fotos Jürgen Weidner:
Seite 12 (rechts), Seite 16 (rechts), Seite 22, Seite 25

Fotos Sybille Wenke-Thiem:
Seite 6

Die übrigen verwendeten Bilder stammen aus Veröffentlichungen
der beteiligten Projekte.

Gestaltung

Studio Prokopy – Werbeagentur und Studio für Fotografie Berlin,
www.prokopy.de

Druckerei

Mercedes Druck, Berlin

Bonn, Berlin, 2004

Gedruckt auf Recyclingpapier



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Auf dem Weg zur Stadt 2030 – Leitbilder, Szenarien und Konzepte

Ergebnisse des Forschungsverbundes „Stadt 2030“

Der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 1999 ausgeschriebene Ideenwettbewerb „Stadt 2030“ hat sich zum größten Stadtforschungsprojekt der letzten Jahrzehnte entwickelt. In 21 Forschungsverbünden waren bundesweit 33 Städte und Regionen sowie 54 Forschungsinstitutionen beteiligt. Die Forschungsverbünde, das heißt die enge Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft, boten den Kommunen die Chance, jenseits der Alltagsroutine, jenseits realer Handlungszwänge und politischer Machtbalance in enger Zusammenarbeit mit der Wissenschaft Visionen und Leitbilder für die jeweilige Stadt/Region im Jahr 2030 zu entwickeln. Dafür stellte das BMBF insgesamt Fördermittel in Höhe von rund 14 Millionen Euro bereit.

Wesentliche Ergebnisse der 21 Forschungsverbünde „Stadt 2030“ wurden bereits am 24./25. September 2003 auf dem Abschlusskongress „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ in Braunschweig präsentiert. Die wissenschaftliche Gesamtauswertung des über dreijährigen Forschungsprozesses wird in Gestalt einer fünfbändigen wissenschaftlichen Publikation, herausgegeben vom Deutschen Institut für Urbanistik (difu), Anfang 2005 fertig gestellt sein. Damit steht den Entscheidungsträgern neues Ziel- und Orientierungswissen zur Verfügung.

Die vorliegende Broschüre richtet sich mit ihrer mehr praxisbezogenen Darstellung der Forschungsergebnisse an die Akteure vor Ort und die interessierte Öffentlichkeit. Der gesamte Forschungsverbund „Stadt 2030“ war ein „Lern- und Forschungslaboratorium“. Er kann anderen Kommunen Anregungen und Ideen für Erfolg versprechende Lösungswege geben, weil „auf Vorrat“ gedacht wurde.



Dr. Rainer Jansen
(Referatsleiter Bauen und Wohnen)

Bonn, 20.09.2004

Inhalt

Vorwort	2
„Stadt 2030“ – Vom Ideenwettbewerb zum Forschungsverbund	5
„Stadt 2030“ – Planung der Zukunft, Planung für die Zukunft	16
Die Erschließung der Zukunft – Prognosen, Szenarien und Leitbilder	18
Demographischer Wandel und schrumpfende Stadt	22
Identität und Image der „Stadt 2030“	28
Regionalisierung als Zukunftsperspektive der Stadt?	34
Integration und gleichberechtigte Teilhabe in der Stadt der Zukunft	39
Visionen einer zukünftigen Stadt: Nicht ohne (Bürger-)Beteiligung	44
Gender-Perspektiven im Forschungsverbund „Stadt 2030“	48
Schlussbetrachtung zum Forschungsverbund „Stadt 2030“	52
Kontakte, Adressen, Publikationen	57



**Auf dem Weg
zur Stadt 2030**

„Stadt 2030“ – Vom Ideenwettbewerb zum Forschungsverbund

**„Wer das Ziel nicht kennt,
für den ist kein Weg der richtige.“**

Seneca, römischer Philosoph

Anlass und Idee des Ideenwettbewerbs „Stadt 2030“

Städte bilden einen wichtigen Lebensraum der Menschen. Sie sind gleichzeitig Wirtschaftseinheit und politische Institution, die auf Demokratie- und Sozialstaatsprinzipien basieren. Die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung ist Ausdruck der besonderen Bedeutung der Städte für das Leben in Deutschland. Erst durch das Zusammenwirken von gebautem Raum, Administration und Organisation sowie legitimer Kommunalpolitik sind die Leistungen der Stadt möglich: Integration in die Stadtgesellschaft, Lebens- und Wohnqualität, kulturelle Identität, Individualität, politische Teilhabe, Emanzipation sowie ökonomische Wertschöpfung.

Ausgangspunkt des Ideenwettbewerbs „Stadt 2030“ war die unausgesprochene Erkenntnis, dass die „Stadt“ in ihrer heutigen Funktion, Ausrichtung und Organisation langfristig betrachtet an grundsätzliche Grenzen stößt. Die Funktionsfähigkeit, also der Kern einer nachhaltigen Stadtentwicklung, wird durch kontinuierliche Veränderung der Rahmenbedingungen in Frage gestellt. Die nationale Aufgabe der Wiedervereinigung und die dadurch ausgelöste Sonderkonjunktur hatten den Blick auf diese Erkenntnis verstellt. Mittlerweile hat sich jedoch ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die Notwendigkeit umfassender Veränderungen gebildet, auch wenn genau diese Veränderungen gleichzeitig bekämpft und blockiert werden. Die aktuellen Diskussionen über die Zukunft des Sozialstaats, aber auch fachliche Förder- und Investitionsprogramme, wie z.B. Stadtumbau Ost und West, sind ein Beleg für den wachsenden Anpassungsdruck auf die Städte.

Als grundlegende Veränderungen, denen auch die Städte als kleinste räumliche Einheiten heute ausgesetzt sind, sind sich überlagernde Entwicklungen und Trends anzusehen, von denen komplexe wie vielfältige Wirkungen ausgehen. Dazu gehören vor allem

- die Rationalisierung und Verlagerung von Industriearbeitsplätzen im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft und der Herausbildung einer Wissens- und Dienstleistungsökonomie

- der strukturelle Wandel der Bevölkerung (Alterung, niedrige Geburtenrate und Migration)
- die Individualisierung und Pluralisierung von Lebensformen und -stilen
- die finanziellen wie organisatorischen Grenzen und Überforderungen des Sozialstaats
- die Entleerung von Räumen bis hin zum Rückbau der Städte und der Infrastruktur (Stadtschrumpfung).



Die Zukunft ist ungewiss – neue Wege brauchen Mut

Zielwissen durch experimentelle Forschung

Vor diesem Hintergrund besteht für die Städte ein Zwang zu umfassenden Transformationsprozessen, deren Gestaltung durch die Setzung von Qualitätszielen frühzeitig eingeleitet werden muss. Eine solche Herausforderung ergibt sich z.B. durch den wahrscheinlichen Bevölkerungsrückgang – von 80 auf 60 Millionen Einwohner in den nächsten 30 Jahren – oder durch die Neudefinition von Einkommen und Arbeit in einer deindustrialisierten und globalisierten Gesellschaft. Insgesamt fehlen

dennoch schlüssige Vorstellungen über die anzustrebenden langfristigen Ziele und Modelle. Es mangelt an Zukunftsvorstellungen, die mit Vereinfachungen Perspektiven für politische und gesellschaftliche Entwicklungsprozesse aufzeigen und konkretisieren. In der Vergangenheit wurden immer wieder mithilfe einfacher Zielformeln übergeordnete Aufgaben und politische Ziele erfolgreich bewältigt. Erwähnt seien hier unter anderem „Wohlstand für alle“ oder „Demokratie wagen“. Auch komplexe technische Entwicklungen konnten über Leitbilder wie „Mann zum Mond bei sicherer Rückkehr“ oder „Computer auf jedem Schreibtisch“ ausgelöst oder gebündelt werden. In Stadtplanung und -entwicklung haben ebenfalls vereinfachende Leitbilder zur Überwindung der jeweiligen gesellschaftlichen und ökonomischen Krisen beigetragen und Möglichkeiten für die Zukunft eröffnet. Hierfür stehen unter anderem „die Bürgerstadt“, „die Gartenstadt“ oder „die gegliederte und aufgelockerte Stadt“. Entscheidend hierbei waren ein positives Zukunftsbild oder zumindest die Selbstverpflichtung, an einer solchen Zukunft zu arbeiten.



Preisträger des Ideenwettbewerbs „Stadt 2030“

Die Stadt im Jahr 2030 als Lebens-, Arbeits- und Wohnort ist noch nicht zu Ende gedacht. Eine hohe Unsicherheit besteht insbesondere für die kommunalen Handlungsfelder Identität, Integration, Regionalisierung und lokale Demokratie. Dennoch müssen die Städte ihre jeweiligen Entwicklungs- und Zielvorstellungen sowie angemessene und legitimierte Politik- und Verwaltungsstrukturen selbst finden. Dies ist notwendig, um einerseits Verbindlichkeit herzustellen und andererseits lokalen und regionalen Akteuren aktivierende Impulse geben zu können. Der Forschungsverbund „Stadt 2030“ hat den teilnehmenden Städten dazu die Chance eröffnet, jenseits des Alltagsgeschäfts, realer Handlungszwänge und der politischen Machtbalance in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen einen Lern- und Qualifizierungsprozess zu durchlaufen.



Preisverleihung am 15. März 2001 in Berlin

Für die richtigen Entscheidungen benötigen die Städte Weitblick sowie eine Vorstellung ihres Weges in die Zukunft. Auf dieser Erkenntnis basierend sollte innerhalb von „Stadt 2030“ vorrangig Ziel- und Orientierungswissen erarbeitet werden, um für heutige Weichenstellungen die angemessenen Bewertungs- und Entscheidungsmaßstäbe zu finden. Solche Zielvorstellungen sind nicht mehr als die Voraussetzung für eine Zukunftsgestaltung der Städte. Daher wurden die Bewerber mit der Ausschreibung zum Ideenwettbewerb „Stadt 2030“ im Mai 2000 aufgefordert, ganzheitliche Perspektiven, Zukunftskonzepte, Visionen oder Leitbilder ihrer Stadt oder Region zu entwickeln, um allzu detailorientierte Ansätze von vornherein auszuschließen. Bewerben konnte sich bei diesem offenen Wettbewerb jede Stadt in Deutschland mit mehr 20 000 Einwohnern.

Der Ideenwettbewerb „Stadt 2030“ entwickelte sich nach dem Auswahlverfahren zum gleichnamigen Forschungsverbund. Von den 110 eingereichten Bewerbungsskizzen wurden 21 zur Förderung vorgeschlagen. Die Entscheidung, diese 21 Forschungsverbünde auf kommunaler Ebene direkt zu fördern und sie nicht weitere inhaltliche Qualifizierungs- und Auswahlverfahren durchlaufen zu lassen, fiel zeit- und kontextabhängig. Dies erscheint auch rückblickend sinnvoll, da es verschiedene Wege in Richtung Zukunftsfähigkeit gibt – sie müssen jeweils gefunden und erprobt werden. Außerdem liegt es in der Natur einer experimentellen und ergebnisoffenen Forschung, dass nicht jeder Ansatz erfolgreich sein kann. Anders ausgedrückt: Das Risiko einer gewissen „Fehl- oder Überproduktion“ muss einkalkuliert werden, um anwendbares Orientierungswissen für die Städte zu generieren.

Rahmen, Beteiligte, Themen und Förderprinzipien des Forschungsverbundes

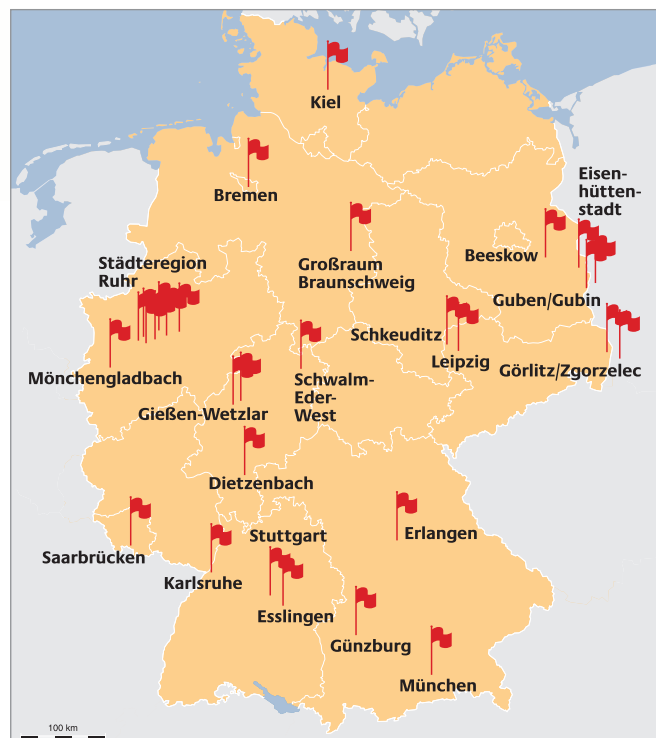


Der Forschungsverbund „Stadt 2030“ bildete das Initialprojekt im Forschungsprogramm „Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Mit der Förderung dieses sehr aufwändigen Forschungsverbundes verfolgte das BMBF eine neue Zielsetzung. Die Besonderheit dieses Ansatzes liegt in der Entwicklung langfristig tragfähiger Konzepte sowie übergreifender Ziele für Städte und Regionen. Durch eine interdisziplinäre Kooperation von Wissenschaft und Praxis einerseits und die Orientierung an Langfristigkeit andererseits nimmt der Forschungsverbund eine Sonderstellung neben der Grundlagen- und der Ressortforschung ein.

Eine Schwierigkeit für das Management des gesamten Forschungsverbundes „Stadt 2030“ ergab sich unter anderem aus der – ursprünglich nicht geplanten – Größe hinsichtlich Teilnehmerzahl und Fördervolumen (rund 15 Millionen Euro). Die Folge waren unter anderem unterschiedliche Laufzeiten der einzelnen Projekte und der Verlust des Wettbewerbscharakters mit gemeinsamer Abschlusspräsentation oder einer Gesamtwürdigung der einzelnen Ergebnisse. Mit der Finanzierung, Organisation, Durchführung und Auswertung des Forschungsverbundes waren die beteiligten Institu-

tionen vor besondere Herausforderungen und Aufgaben gestellt. Am gesamten Prozess beteiligt waren

- das BMBF als Zuwendungsgeber und politische Schnittstelle
- der „Projektträger Bauen und Wohnen“ (PT MVBW) im Zentralbereich Forschungsmanagement bei der TÜV-Akademie Rheinland zur fachlichen und administrativen Projektbegleitung
- das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) zur wissenschaftlichen Begleitung und Auswertung sowie als Schnittstelle zur kommunalen Praxis
- die ausgewählten 21 Modellverbünde mit insgesamt 33 Städten oder Regionen und den dazugehörigen 54 Partnern aus wissenschaftlichen Institutionen oder Planungs- und Beratungsunternehmen.



Die Projekte des Forschungsverbundes „Stadt 2030“

Überblick und Daten

In der folgenden Übersicht soll der Gesamtprozess „Stadt 2030“ kurz vorgestellt werden. Eine ausführliche Dokumentation und eine Auswertung der Ergebnisse wird es in den Publikationen geben, die derzeit in Vorbereitung sind, und darüber hinaus im Internet unter www.stadt2030.de.

Gesamtprozess „Stadt 2030“

Aktivitäten, Ereignisse, Themen	Zeiträume und Daten
Ausschreibung	Mai 2000
Auswahlverfahren (nach den kommunalen Handlungsfeldern „Regionalisierung“, „Integration“, „Identität“ und nach den Dimensionen „Stadtgröße“ sowie „schrumpfend/wachsend“)	Oktober 2000
Offizielle Auszeichnung und Aufforderung zur Antragstellung	März 2001
Erarbeitung der Vorhabenbeschreibungen der einzelnen Verbünde	April 2001 – März 2002
Beginn des zuerst bewilligten Projekts	01.05.2001
Ende des zuletzt bewilligten Projekts	30.06.2004
Anzahl der Modellvorhaben	21
Anzahl der Zuwendungsempfänger	55
Infobrief über das Internet abrufbar http://www.newsletter.stadt2030.de/	
Der Forschungsverbund „Stadt 2030“	Nr. 1/Juli 2001
Forschungsumfeld	Nr. 2/Oktober 2001
Schwerpunkt: Integration der Stadtgesellschaft	Nr. 3/Dezember 2001
Schwerpunkt: Zukunftsforschung	Nr. 4/Februar 2002
Schwerpunkt: Identität	Nr. 5/April 2002
Schwerpunkt: Schrumpfung	Nr. 6/Juni 2002
Schwerpunkt: Regionalisierung	Nr. 7/August 2002
Schwerpunkt: Bürgergesellschaft	Nr. 8/Oktober 2002
Schwerpunkt: Landschaft	Nr. 9/Januar 2003
Schwerpunkt: Demographischer Wandel	Nr. 10/April 2003
Schwerpunkt: Grenzen	Nr. 11/Juni 2003
Schwerpunkt: Virtualität und Stadtentwicklung	Nr. 12/November 2003
Abschlusskongress „Auf dem Weg zur Stadt 2030“	Nr. 13/Dezember 2003
Schwerpunkt: Gender Mainstreaming	Nr. 14/März 2004
Schwerpunkt: Praxisorientierung	Nr. 15/Juni 2004
Öffentliche Zukunftsforen: Hier wurden unterschiedliche Menschen und Perspektiven zusammengeführt, um im Dialog grundsätzliche Themen der Stadtentwicklung aufzugreifen und Erfolg versprechende Ansätze und Handlungsoptionen für die Stadt zu entwickeln:	
■ Stadtschrumpfung als Chance	13.06.2002 in Leipzig
■ Perspektiven der Bürgergesellschaft	14.11.2002 in Esslingen
■ Stadtregionen auf neuen Wegen	06.03.2003 in Mülheim an der Ruhr
Workshops zu den kommunalen Handlungsfeldern und zur gegenseitigen Vernetzung der teilnehmenden Städte	Mehrere über die gesamte Laufzeit
Beiratsitzungen zur kritischen Diskussion und Reflexion mit Experten Mitglieder des Beirats waren:	03.12.2001 14.11.2002 13.02.2003 17.09.2003 17.11.2003
■ Prof. Dr. Karl Ganser	
■ Stadtbaurat Sigurd Trommer, Stadt Bonn	
■ Prof. Dr. Michael Krautzberger, BMVBW	
■ Prof. Dr. Rudolf Schäfer, Technische Universität Berlin	
■ Prof. Julian Wekel, Technische Universität Darmstadt	
■ Prof. Dr. Hartmut Häußermann, Humboldt Universität zu Berlin	
Kongress: „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ mit Ausstellung aller Teilnehmer	24.–25.09.2003
Die Publikation „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ mit einer Beschreibung aller 21 Verbundvorhaben sowie eine CD mit allen auf dem Abschlusskongress präsentierten Ausstellungstafeln kann beim Projektträger bestellt werden.	

Ablauf des gesamten Forschungsverbundes

Ideenwettbewerb

Ausschreibung



Auswahl

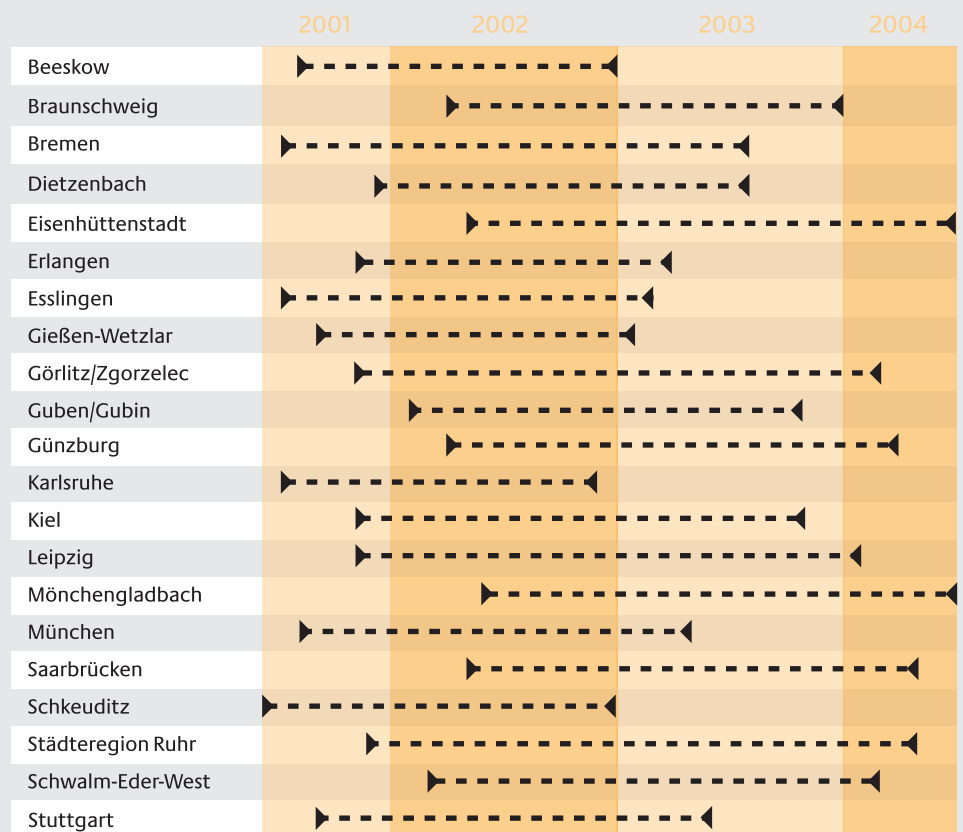
Forschungsverbund

Erstellung der
Vorhabens-
beschreibungen
durch die
21 Städteprojekte

Bewilligung

Laufzeit der
StädteprojekteAbschluss-
kongress

Mai 2001 bis Juni 2004



Auswahl und inhaltliche Strukturierung

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgte nach der Qualität der eingereichten Wettbewerbsbeiträge. Dabei wurde jedoch auch versucht, mit der Auswahl dieser 21 Projekte ein Spektrum aller drängenden Zukunftsprobleme der deutschen Städte herzustellen. Insgesamt bildete sich somit ein Forschungsverbund, in dem die Einzelvorhaben auf lokaler Ebene typische Fragestellungen experimentell bearbeiteten. Gesamtkoordination und -vernet-

dem Rückgang von Einwohnern und Arbeitsplätzen, in zahlreichen deutschen Städten und Regionen gerecht zu werden, wurde etwa die Hälfte der Einzelverbünde nach genau dieser Problemstellung ausgewählt. Als drittes Auswahlkriterium diente die Stadtgröße (Groß-, Mittel- und Kleinstädte). Mit dieser Systematik der drei Ebenen – zentrale Thematik des Projekts, Unterscheidung von Wachstum oder Schrumpfung, Stadtgröße – repräsentiert der Forschungsverbund die zentralen Problemkonstellationen der deutschen Städte.

	Integration	Identität	Regionalisierung
Großstädte > 250.000 Einwohner	Stuttgart München		Karlsruhe
	Bremen Leipzig	Mönchengladbach	Braunschweig Städteregion Ruhr
Mittelstädte 50.000 bis 250.000 Einwohner	Esslingen	Erlangen	
	Saarbrücken	Kiel	Görlitz/Zgorzelec Gießen-Wetzlar
Kleinstädte < 50.000 Einwohner	Dietzenbach	Günzburg	Schkeuditz
		Guben/Gubin Eisenhüttenstadt Beeskow	Schwalm-Eder-West

wachsend oder konsolidiert

schrumpfend oder im Strukturwandel



Deutsches Institut für Urbanistik

Übersicht der Projekte im Forschungsverbund „Stadt 2030“

zung bezogen sich vor allem auf Prozessorganisation, Workshops und Zukunftsforen, in denen gemeinsame Linien und Problemzusammenhänge der teilnehmenden Städte hergestellt wurden. Die Workshops dienten der internen Qualifizierung der Teilnehmer, während die Zukunftsforen Beiträge für die (fach-)öffentlichen Diskussionen lieferten.

Drei inhaltliche Kategorien bilden das Grundgerüst des Forschungsverbundes: Integration, Identität, Regionalisierung. Sie sind angelehnt an die zentralen Staatsfunktionen, die entsprechend angepasst auch auf Kommunalpolitik und Stadtentwicklung übertragen werden können: Sozialstaat, Kulturstaat, Rechtsstaat.

Um dem hoch aktuellen und besonders herausfordernden Entwicklungstyp städtischer Schrumpfung,

Prinzipien und Bedingungen der Förderung

Die Teilnehmer waren verpflichtet, eine überzeugende Skizze zukünftiger Herausforderungen zu zeichnen und Wege vorzuschlagen, wie diese bewältigt werden könnten. Um dies zu erreichen, musste jede Bewerbung Kommunalpolitik, Verwaltung und externen Sachverstand verbinden. Weder konnte eine Kommune ohne eine beratende wissenschaftliche Einrichtung noch ein wissenschaftliches Institut ohne kommunalen Partner allein am Wettbewerb teilnehmen. Auf diese Weise wurde eine Synthese von kommunaler Praxis- und wissenschaftlicher Grundlagenorientierung angestrebt. Die Förderphilosophie zum Forschungsverbund „Stadt 2030“ bestand in der Übertragung der Grundsätze genereller Forschungsförderung des BMBF auf Stadtentwicklung und -forschung. Diese Förderung basiert auf den

Prinzipien „Zuwendung“ und „Verbundorganisation gleichberechtigter Partner“.

Verbundphilosophie

Eine gleichberechtigte Zusammenarbeit von wissenschaftlichen oder Beratungsinstitutionen mit Praxis- und Anwendungspartnern hat sich als sinnvoll für die Innovations- und Forschungsförderung erwiesen. Basis einer solchen Zusammenarbeit ist die gemeinsame Aufgaben-, Struktur- und Prozessplanung, die in Teilbereiche und Verantwortlichkeiten gegliedert wird und einen Forschungsverbund begründet (Vorhabensbeschreibung). Entscheidend dabei sind allerdings eine getrennte Antragstellung und eine unterschiedliche (anteilige) Finanzierung je Verbundpartner. Erst diese formale Trennung ermöglicht es, dass sich die je unterschiedlichen und unabhängigen Perspektiven von „Wissenschaft“ und „Praxis“ ergänzen und befruchten. Diese Konstruktion verhindert interessenorientierte weisungsabhängige Gutachten und Beratungsleistungen oder beliebige Umsetzungsbezüge. Vielmehr werden über die Chance und gleichzeitige Notwendigkeit, sich im Verbund über die gemeinsame Arbeit und ihre Bewertung zu verständigen, anwendungsbezogenes Wissen generiert und „übertragbare Modelle“ entwickelt. Allerdings hat die Verbundkonstruktion den Nachteil, dass diese notwendige Verständigungsleistung nicht automatisch erzielt wird. Sie kann vielmehr aufgrund der Unabhängigkeit der Verbundpartner auch zu Parallelstrukturen und -arbeit führen, wenn – aus welchen Gründen auch immer – die Zusammenarbeit nicht gelingt oder im Laufe des Forschungsvorhabens gestört wird. Zur Steuerung oder Verhinderung nicht funktionierender Forschungsverbünde werden Meilensteine und regelmäßige Abstimmungsgespräche vereinbart. Auch im Forschungsverbund „Stadt 2030“ wurde mit diesen Instrumenten gearbeitet.

Zuwendung

Die Forschungsförderung auf Zuwendungsbasis hat den Vorteil, dass sie bezüglich der Ergebnisse offener als die Vergabe von Aufträgen gestaltet werden kann. Sie begründet sich in einer stimmigen und kenntnisreichen Situations- und Problembeschreibung und leitet daraus einen Ziel- und Lösungsvorschlag ab, der oft experimenteller Natur ist. Erst nach Erprobung und Durchführung bestimmter Verfahren und Methoden können „erfolgreiche“ und „nicht erfolgreiche“ Ansätze identifiziert und analysiert werden. Dabei spielen vor allem auch die Fehlversuche eine zentrale Rolle, weil sie Schlussfolgerungen und Bewertungen ermöglichen. Dies führt im Ergebnis zu einer präzisierten Problemerkennung und auch zu einem klareren Wissen über Ziel- und Lösungsmöglichkeiten.

reiche“ und „nicht erfolgreiche“ Ansätze identifiziert und analysiert werden. Dabei spielen vor allem auch die Fehlversuche eine zentrale Rolle, weil sie Schlussfolgerungen und Bewertungen ermöglichen. Dies führt im Ergebnis zu einer präzisierten Problemerkennung und auch zu einem klareren Wissen über Ziel- und Lösungsmöglichkeiten.



Die zukünftige Identität der Stadt: Workshop in Erlangen, 2002

Aus der Offenheit von Untersuchungs- und Lösungsansätzen folgt ein gewisses Risiko, das die „öffentliche“ Forschungsförderung erst begründet. Ohne eine Zuwendung würden manche Vorhaben gar nicht in Angriff genommen werden. Neues Ziel- und Orientierungswissen oder neue Anwendungen und Kombinationen entstehen erst mit dem „zu Ende denken“ oder der „experimentellen Erprobung“. Eine Möglichkeit dazu bieten Zuwendungen, die in der Regel im Forschungsprogramm „Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“ auf Basis einer anteiligen Finanzierung der Forschungsverbünde vergeben werden. Dabei muss insbesondere der Praxis- und Umsetzungspartner seine Interessen, Nutzungserwartungen und Anwendungsmöglichkeiten an das Forschungsvorhaben deutlich machen. Gelingt ein erfolgreicher Abschluss des Forschungsvorhabens, haben sowohl Zuwendungsgeber als auch -empfänger etwas davon. Zum einen entstehen für typische Fragestellungen mit „öffentlichem Interesse“ neue Perspektiven, die in die Breite kommuniziert werden können. Zum anderen verbessert sich die „Praxis“ oder die Anwendung vor Ort, so dass Vorbilder im Sinne guter Beispiele erfahrbar werden.

Die Forschungsförderung auf Zuwendungsbasis unterscheidet sich grundsätzlich von der Auftragsforschung, da sie nicht durch einen realen Leistungsaustausch und vorher definierte Aufgaben- und Zielzustände geprägt ist. Dementsprechend werden auch andere Bewilligungs-



Projekt Dietzenbach: Neue Ideen sind gefordert ...

und Vergabekriterien sowie -verfahren angewandt. Im Vordergrund stehen Plausibilität, Notwendigkeit und Angemessenheit einzelner Arbeitsschritte, die zur selbst gesetzten Zielerreichung notwendig sind. Erst nach Definition und Entwicklung eines Forschungsvorhabens durch die Antragsteller können die finanziellen Grenzen festgelegt werden. In der Konsequenz führt dieses Prinzip zu aufwändigen Entscheidungs- und Verhandlungsverfahren zwischen Zuwendungsgeber und -empfänger, hier BMBF/Projektträger bzw. teilnehmende Städte und wissenschaftliche Einrichtungen. Die selbst bestimmten Arbeitspläne und Methoden führen zu einer höheren Motivation und Identifikation mit dem Forschungsvorhaben als eine vom Auftraggeber inhaltlich bestimmte Auftragsforschung. Auf die Bedeutung dieses Punktes haben die teilnehmenden Verbünde „Stadt 2030“ immer wieder hingewiesen.

Schaffung von Öffentlichkeit

Neben dem auf partnerschaftliche Kooperation und offene Diskussion zielenden Aufbau der einzelnen Verbünde wurden alle Teilnehmer mit der Forderung konfrontiert, „Öffentlichkeit“ während der Arbeitsprozesse herzustellen. In welcher Form dies geschehen konnte, war vollkommen den einzelnen Verbünden überlassen. Dass aber die Öffentlichkeit, die Bevölkerung zu beteiligen seien, wurde zur Bedingung gemacht und in der Auswahl und Begleitung der Projekte ausnahmslos durchgesetzt.

Denk- und Lernlaboratorium

Neben diese Forderungen zum internen Aufbau der 21 Einzelprojekte traten Kommunikations- und Kooperationsansprüche im gesamten Forschungsverbund. Der gesamte Ablauf war durch zahlreiche thematische Workshops strukturiert, in denen jeweils ausgewählte Gruppen von Projekten ihre Konzeptionen und Zwischenergebnisse zu präsentieren hatten. Obwohl diese Darstellungen jeweils mit erheblichem Arbeitsaufwand verbunden waren, wurden sie von allen Beteiligten begrüßt. Besonders für die Praktiker aus Planungs-verwaltungen, die selten die Chance zu einer persönlichen Präsentation ihrer Arbeit erhalten, bot sich in diesen Workshops und bei diesen Arbeitstreffen die erwünschte Sondersituation von „Stadt 2030“ jenseits alltäglicher Pflichten und Routinen.



... und verlangen Engagement.

Der Forschungsverbund war eine Art Denk- und Lernlaboratorium für die teilnehmenden Städte, in dem sie sich eigenständig auf die Zukunft vorbereiten konnten. Entscheidend hierfür war der Verzicht auf zentrale Vorgaben und Leistungsbeschreibungen. Vielmehr konnten die Städte mit Unterstützung der wissenschaftlichen Partner die Start- und Zielpunkte ihrer Leitbild- und Szenarioprozesse selbst definieren. Selbstverpflichtungen auf lokaler oder regionaler Ebene wurden in aufwändigen und umfangreichen Beteiligungs- und Abstimmungsprozessen mit der Wissenschaft, mit Bürgerinnen und Bürgern und relevanten lokalen Akteuren eingegangen. Die Umsetzung der entwickelten Maßnahmen und Leitbilder vor Ort war dagegen nicht Teil des Forschungsverbundes.

Ergebnisse und Grenzen zur „Stadt 2030“

„Der Weg ist das Ziel.“

Chinesisches Sprichwort

Erkenntnisse und Grenzen aus Sicht des Projektträgers

Mittlerweile ist die Komplexität von räumlichen, ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhängen so groß, dass lokale und regionale Akteure oft überfordert sind. Zum Teil werden gar nicht erst neue Handlungsansätze gesucht oder die entscheidenden „Stellschrauben“ für positive Wandlung und Gestaltung sind nicht einmal bekannt. Von daher sind die Erfahrungen und Erkenntnisse und auch die Fortschritte der beteiligten Akteure und Institutionen von „Stadt 2030“ besonders zu würdigen, auch wenn sie in manchen Augen selbstverständlich oder auch dann und wann trivial wirken mögen. Die Verbünde haben Wege einer langfristigen Stadtentwicklung aufgezeigt und sie in wissenschaftlich gestützten Leitbildern, Szenarien und Visionen beschrieben. Sie haben entweder ein neues Problem- und Chancenbewusstsein geschaffen oder eine kooperative Zusammenarbeit in der „Stadt-Region“ erprobt. Lokales und regionales Vertrauen wurde aufgebaut.



Stadtfest anlässlich des polnischen EU-Beitritts am Görlitz-Zgorzelecer Grenzübergang

Erst durch Bewährung im Alltag entscheidet sich eine zukunftsfähige Stadtentwicklung, dies ist in der Phase der Theoriebildung und der Modelle noch nicht möglich, denn sie sind im wissenschaftlichen Diskurs gereift und werden „von außen“ in die kommunale Praxis

Produkte und Ergebnisse

Neben den Erkenntnissen und der Fortschreibung der kommunalen Handlungsfelder Identität, Integration, Regionalisierung wurden unmittelbare „Produkte“ und Ergebnisse erarbeitet, die auf andere Städte übertragbar sind.

Dafür stehen beispielsweise:

- ein von acht Bürgermeistern unterschriebener stadt-regionaler Kontrakt zur selbst organisierten regionalen Zusammenarbeit nach den Prinzipien „Eigensinn“ und „Kooperation“ jenseits einer neuen Gebietskörperschaft (Städteregion Ruhr);
- ein regionaler Maßnahmenplan und die Einrichtung einer gemeinsam finanzierten Geschäftsstelle für regionale Kooperation (Gießen-Wetzlar);
- politisch abgesicherte Vertrauensgemeinschaften und wissenschaftlich gestützte Szenarien für eine grenzüberschreitende Kooperation (Görlitz/Zgorzelec);
- Umdeutung der Stadtschrumpfung in eine positive, mit neuen Qualitäten verbundene Strategie einschließlich des administrativen und organisatorischen Stadtumbaus (Leipzig);
- ein dreidimensionales Stadtmodell für eine Neudefinition städtischer Identität unter extremen Schrumpfungs- und Anpassungsbedingungen (Guben/Gubin);
- die Aufnahme zukünftiger Bedürfnisse im Freizeit-, Gesundheits- oder Seniorenbereich zur Etablierung neuer ökonomischer Strukturen vor dem Hintergrund kriselnder „Altindustrien“ (Kiel, Eisenhüttenstadt, Schwalm-Eder-West);
- Nachweis der Sinnhaftigkeit und Funktionsfähigkeit neuer Beteiligungs- und Konsensverfahren wie Bürgergutachten auf regionaler Ebene (Braunschweig) oder der „ästhetischen Provokation“ (Stelenbau und Zwischennutzung von Brachflächen in Dietzenbach, Kunst auf der Lahn in Gießen/Wetzlar);
- Verhandlungsmodell für die individuelle und zeitgerechte Nutzung öffentlicher Angebote, wie z.B. ÖPNV oder Kindergärten (Bremen).

getragen. Es bedarf der Rückkopplung und Verständigung von Wissenschaft und Praxis und der Vermittlung zwischen langfristigen Perspektiven und kurzfristigen Handlungsspielräumen.

Es zeigte sich bereits bei der Auswahl der teilnehmenden Forschungsverbünde und im Verlauf der Projektförderung, dass zukunftsfähige Orientierungen und Leitbilder für die Städte nur begrenzt und langsam entstehen. Das

Widerstands- und Einspruchspotenzial ist erheblich. Die Fragen „Was bringt die Zukunft?“ und „Was ist möglich?“ sind schwieriger, als gemeinhin vermutet wird. In Deutschland sind die Vorstellungen von sozialer und ökonomischer Versorgungssicherheit, über die Lebensqualität sowie die bürgerschaftliche Identifikation mit der „Heimatstadt“ sehr ausgeprägt und im Prinzip ein Erfolgs- und Exportmodell. Eine Fortschreibung dieser Erfolgsgeschichte prägt im Wesentlichen die Zukunftsvorstellungen und Zukunftswünsche. Der grundlegende gesellschaftliche Wandel wird aus dieser Perspektive oftmals als Bedrohung, nicht als Chance zur Entwicklung wahrgenommen. Struktureller Wandel oder das Infragestellen von Gewohnheiten werden als Angriff verstanden und dementsprechend abgewehrt. In diesem Zusammenhang lässt sich aus der Geschichte der erfolgreichen Einzelverbünde von „Stadt 2030“ durchaus die These ableiten, dass erst Engagement, Experimentierfreudigkeit und Durchhaltewillen organisatorische und gesellschaftliche Innovationsprozesse in den Städten ermöglichen.



„Stadt 2030“: Brücken schlagen

Mit dem Forschungsverbund „Stadt 2030“ wurden vor allem Verfahrens- und Methodeninnovationen in den Städten erprobt. Das Innovative besteht in der nach innen und außen gerichteten Durchführung von

„Zukunftsdialogen“ zwischen Kommunalpolitik, lokalen Experten, Wissenschaft und in großen Teilen auch mit der Bevölkerung. Ohne Kooperation und Koordination ist keine Zukunft denkbar. Daher bedarf es einer Zusammenführung dieser sehr unterschiedlichen Perspektiven. Die tatsächliche Verständigungsleistung zwischen diesen Ebenen ist aber nicht selbstverständlich und muss hart erarbeitet werden. Diese „Verpflichtungs- und Arbeitsanweisung“ ist notwendiger Bestandteil von Orientierungen und Leitbildern, weil es nicht um abgehobene Visionen einer besseren Welt geht, sondern um die Suche nach Chancen und Möglichkeiten, die in Zukunft zu Tatsachen werden sollen. Es ist im Grunde ganz einfach. *„Für ein Leitbild braucht man ein Problem. Den Mut, es zu erkennen. Den Willen, es zu lösen. Die Verpflichtung, es zu erfüllen. Das leitet zu einem Ziel, einer Vision, die so klar ist, dass man sie verstehen kann – bildhaft.“* (vgl. Wolf Lotter, Brandeins Juli/August 2004, Leitbilder)

Ein Scheitern oder kontraproduktive Wirkungen solcher Zukunftsdialoge sind möglich. Die Schlüsselakteure müssen zum richtigen Zeitpunkt zusammenkommen und Wissen mitbringen, Mut beweisen. Methodische Fehler und mangelhafte Lernbereitschaft, fehlende Toleranz für Verschiedenheit und egozentrische Deutungs-hoheit in Bezug auf „Zukunft“, nicht entschiedene Kompetenz- und Strukturierungsfragen sowie ein Mangel an Organisationsvermögen können solche Zukunftsdialoge und Forschungsverbünde zum Scheitern bringen und haben es in einzelnen Projekten des Forschungsverbundes „Stadt 2030“ auch getan.

Ein besonderes Problem besteht in der mitunter gepflegten Selbstbezogenheit und Eitelkeit sowohl von Wissenschaft als auch der kommunalen Praxis. Nicht die Sachebene, sondern die Beziehungs- und Machtebene treten dann in den Vordergrund. Eine Verständigung oder eine produktive Nutzung dieser Spannungen kann – wie einige Vorhaben gezeigt haben – mithilfe einer neutralen Moderation oder durch eine Gegenüberstellung gelingen, bei der Gleichberechtigung und Respekt eingefordert werden. Ohne eine solche Verständigung bleibt es auch in Forschungsprojekten bei einer Selbstbeschäftigung in den jeweiligen Zusammenhängen von Wissenschaft oder Kommunalpolitik. Von daher überrascht es auch nicht, dass einige Vorhaben keine Wirkungen im Sinne einer „veränderten Praxis“ erzielen konnten. Der Grund dafür liegt vor allem in der Grundeinstellung und im Selbst- und Rollenverständnis der beteiligten Akteure. Überwiegt die Zukunftsangst, wird

die kommunale Praxis aus wissenschaftlicher Sicht als unzulänglich oder sogar falsch bewertet. Dagegen werden dann aus Sicht der Praxis die wissenschaftlichen Theorien und Modelle als unrealistisch und weltfremd eingestuft. Ein „Lernen“ der beteiligten Akteure ist dann nicht mehr möglich, die Fronten sind verhärtet. Insbesondere die Wissenschaft neigt dazu, ihre Begründungen für eine ablehnende Haltung gegenüber vermeintlichen und tatsächlichen Zukunftsmöglichkeiten und -notwendigkeiten der Kommunen „zu beweisen“.

Deutlich wurde im Forschungsverbund „Stadt 2030“ die Erkenntnis, dass Leitbilder eine Zukunftsorientierung für die Stadtentwicklung liefern können, wenn sie klar, verständlich und konsensorientiert sind. Dies kann genau dann gelingen, wenn die Leitbilder die tatsächliche Komplexität berücksichtigen und gleichzeitig durch Vereinfachungen eben diese Komplexität reduzieren. Eine sinnvolle und zielgerichtete Zukunftsgestaltung in den Städten erfordert jedoch mehr als Zukunftswissen, -bilder und -szenarien. Sie braucht engagiert handelnde Menschen. Zum richtigen Handeln wiederum bedarf es der Orientierung und der Motivation. Die erfolgreichen Forschungsverbünde bilden in diesem Sinne eine Art „good practice“. Sie geben anderen Städten beispielhaft Orientierung und Antworten auf die Fragen:

- Wo stehen wir?
- Wo wollen wir hin?
- Womit?
- Wodurch?
- Wer macht was? Bis wann?

Durch eine Verbreitung und Übertragung der erfolgreichen Ansätze „Stadt 2030“ können die Städte unterstützt werden, Herausforderungen zu meistern und die oben beschriebenen Leistungen auch in Zukunft zu sichern.

Ausblick

Der Forschungsverbund „Stadt 2030“ hat in den vergangenen Monaten sehr positive Resonanzen aus Politik, Wissenschaft, Praxis, aber auch aus dem Kreis städtischer Akteure und Bürger erhalten. Der zurückliegende Prozess wird zum größten Teil als erfolgreicher Einstieg in die Diskussion über Zukunftsthemen der Stadt- und Regionalentwicklung gewertet. Insbesondere das Aufgreifen von neuen Themen, wie z.B. „Die lernende Stadt“ und die „Gleichzeitigkeit von Schrumpfung und

Wachstum“, sowie der Laboratoriumscharakter der Projektarbeit wurden als herausragend bewertet. So muss den Ergebnissen von „Stadt 2030“ eine hohe Bedeutung für die Stadtentwicklung beigemessen werden. Ihre Tragweite ist noch nicht vollends abzuschätzen, da Fortsetzungen und Umsetzungen in den beteiligten Städten sowie die umfassende Verbreitung der Verbundergebnisse erst begonnen haben.

Bereits während der Laufzeit des Forschungsverbundes hat sich gezeigt, dass ein weiterführender praxisorientierter Wissensbedarf besteht, der zu einer Verstetigung des „Stadt 2030“-Prozesses führen muss. Nach Ansicht aller Beteiligten sollte er unabhängig von potenziellen Trägerschaften und Finanzierungswegen folgende thematische Schwerpunkte abdecken:



Workshop-Eindrücke: Erfahrungen austauschen

- Entwicklung von dauerhaften Lernprozessen in den Städten und Regionen (Die lernende Stadt und Region),
- Aufbau kontinuierlicher und sich verstetigender Strukturen zur Vermittlung langfristiger Themen in den Kommunen,
- Organisation, Konzeptualisierung und Etablierung langfristig orientierter Dialoge und Verständigungsprozesse in den kommunalpolitischen Meinungsbildungsprozessen sowie
- Etablierung neuer Kommunikations- und Interaktionsformen in den Städten zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben gemeinsam durch Politik, Verwaltung, Bürger und Bürgerinnen sowie lokale Öffentlichkeit und Wirtschaft.

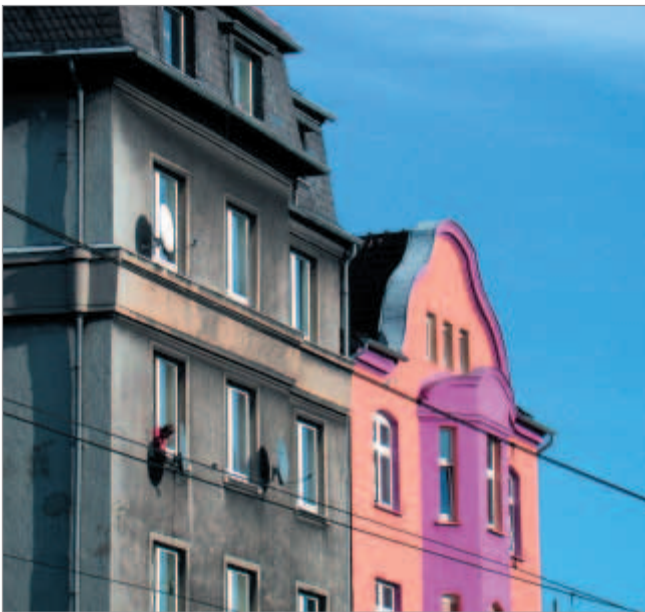
Autoren:

Projekträger Bauen und Wohnen

Sandra Klatt, Bernd Meyer, Thilo Petri

„Stadt 2030“: Planung der Zukunft, Planung für die Zukunft

Der Forschungsverbund „Stadt 2030“ befasst sich mit der Beantwortung einer zentralen Frage, die von Anfang an alle Arbeiten und alle Projekte bestimmt hat: Lässt sich Stadtentwicklung mit langfristigen Zielen und Perspektiven betreiben? Wie müssten Stadtpolitik und Stadtentwicklung angelegt sein, wenn sie dieser Forderung nach Langfristigkeit gerecht werden sollen?



Zukunftsfähige Tradition

Dass es sinnvoll, ja geradezu zwingend ist, Planung mit langfristiger Perspektive zu betreiben, scheint kaum zweifelhaft zu sein. Die Lebensbedingungen in modernen Industriegesellschaften sind unausweichlich mit langfristigen Folgen z.B. für die Umwelt oder für die demographische Entwicklung verbunden; diese Folgen zu beherrschen, kann nur mit entsprechendem Zeithorizont auch in Planung und Politik gelingen. Und dennoch wirken eben diese modernen Gesellschaften in eigenartiger Weise zukunftsblind. Es fällt ihnen schwer, planerisch in weitere Zukunftsräume vorzugreifen, und dies, wie sich bei näherem Hinsehen zeigt, aus durchaus plausiblen Gründen, die sich insgesamt nachgerade zu einem Zukunftsdilemma verdichten.

Zuerst einmal besteht ein Wissensdilemma. Moderne Gesellschaften erneuern das verfügbare und alle Lebensbedingungen beeinflussende Wissen mit ständig wachsender Geschwindigkeit. Und dieses zukünftige Wissen kennen wir heute noch nicht. In Gesellschaften, in denen sich also Wissen mit wachsender Geschwindigkeit erneuert und gegenwärtiges Wissen unbrauchbar und

entwertet wird, dehnt sich Zukunft als überschaubare Zeit nicht etwa aus, sondern verkürzt sich ständig. Wir werden zukunftsblind. Anders ausgedrückt: Gegenwart als die überschaubare Zeit verkürzt sich ständig. Die 21 Projekte des Forschungsverbundes waren aufgefordert, prognostische Verfahren, Szenarien und Ähnliches zu entwickeln, die dieser Facette des Zukunftsdilemmas Rechnung tragen und Schlaglichter auf diese nur vage geahnte Zukunft werfen.

Als zweites besteht für eine politische Planung mit weitem Zeithorizont offensichtlich ein Demokratie-dilemma. Einerseits muss sie den langfristigen Folgen gegenwärtigen Handelns gerecht werden. Andererseits aber ist Politik an den Grundsatz gebunden, ihr Handeln vor der Bevölkerung zu legitimieren, die von diesen Handlungen betroffen ist. Politische Entscheidungen mit weiter Zukunftsperspektive treffen aber eine Bevölkerung, die entweder noch nicht wählt oder noch gar nicht geboren ist, an den Entscheidungen also offensichtlich nicht partizipieren, sie nicht legitimieren kann. Und die gegenwärtig politisch aktive Bevölkerung einschließlich ihrer politischen Repräsentanten handelt – völlig zu Recht – nach ihrem gegenwärtigem Interesse, das mit dem nachgeborener Generationen aber nicht unbedingt identisch sein muss, es unter Umständen nur in Ausnahmesituationen sein kann. Auch Antworten auf dieses Demokratiedilemma politischer Planung sollten von den 21 Projekten des Forschungsverbundes wenn nicht gefunden, so doch zumindest angedeutet werden.



Modelle für die Zukunft

Zukunftsorientierte politische Planung ist mit einem dritten Dilemma konfrontiert, das man als Innovations- oder Akteursdilemma bezeichnen könnte. Planung politischer Akteure ist an durchschaubare, geregelte und rechtlich abgesicherte Verfahren gebunden. Solche



Innovation durch Kooperation

Verregelungen und Verrechtlichungen, wie sie für Politik und Planung verpflichtend sind, basieren auf gegenwärtigem Wissen und derzeit geltenden Werthaltungen und Normen. Sie sperren sich gegen Neues, gegen Innovation, sind also in hohem Maße innovationsfeindlich. Planung und Politik für die Zukunft erheben aber den Anspruch, Neues zu fördern und möglich zu machen, Innovationen zu stimulieren und hervorzubringen. Auch wenn Innovation nicht geplant werden kann, sollte doch ein Umfeld, eine Atmosphäre der Erneuerung, ein kreatives Klima oder kreatives Milieu geschaffen werden. Solches aber gedeiht nicht in verrechtlichten und verregelten Verfahren, wie sie die Basis jeder politischen Planung bilden müssen. Dies ist die dritte Herausforderung an die 21 Projekte des Forschungsverbundes „Stadt 2030“: Organisationsformen potenzieller Innovations-

fähigkeit zu entwickeln, aus denen neue Ideen, neue Konzepte, neue Lösungen zukunftsfähiger und in die Zukunft weisender Stadtentwicklungsplanung erwartet werden können, Organisationsformen mithin, die dennoch dem Anspruch der Transparenz und Kontrollierbarkeit genügen.

Ansatz und Konzeption des Forschungsverbundes „Stadt 2030“ zielten nun nicht darauf, diese drei Facetten des Zukunftsdilemmas direkt in wissenschaftlicher Reflexion zu betrachten, sondern gleichsam indirekt durch die Entwicklung von Perspektiven, Visionen oder Konzepten für jeweils konkrete Städte oder Regionen zu erschließen. Der Blick auf die eher allgemeinen Zukunftsfragen oder Fragen von Zukunfterschließung sollte jedoch dadurch nahe gelegt werden, dass es noch nicht um die Umsetzung von Zielvorstellungen auf dieser Stufe des Forschungsverbundes geht. Die Projektgruppen waren zwar gehalten, sich auf die realen Bedingungen ihrer Stadt oder Region einzulassen, sollten sich aber dennoch für die Dauer des Projektes von unmittelbaren Alltagsanforderungen lösen. So sind denn die einzelnen Ziele oder Konzepte, die für die jeweiligen Städte und Regionen gefunden wurden, auch nicht übertragungs- oder verallgemeinerungsfähig. Die impliziten Antworten auf die drei Facetten des Zukunftsdilemmas aber sollten diesem Anspruch einer allgemeinen Bedeutung und Übertragbarkeit durchaus genügen, und sie tun dies, wie die folgenden Kapitel deutlich zeigen. Lebendigkeit und Produktivität des Forschungsverbundes „Stadt 2030“ zeigen sich aber auch darin, dass häufig höchst kontroverse Antworten gefunden wurden. Die Resultate des Forschungsverbundes zeichnen sich also nicht durch Stromlinienförmigkeit aus, nicht durch Konsens in Form eines kleinsten gemeinsamen Nenners, sondern durch markante Gegensätze und Widersprüche in Auffassung und Konzeption, die jedoch in sich jeweils plausibel und überzeugend vorgestellt werden.

Die Erschließung der Zukunft – Prognosen, Szenarien und Leitbilder

Die Zukunft ist nicht vorhersehbar, aber wir können uns auf sie vorbereiten. So ist denn auch für die Entscheidungsträger in Rat und Verwaltung unserer Städte die Auseinandersetzung mit Zukunftsfragen unverzichtbar. Denn die Analyse bestehender Rahmenbedingungen und jeweiliger Trends der Stadtentwicklung mit ihren vielfältigen gegenseitigen Abhängigkeiten und Vernetzungen ist – jenseits der tagespolitischen Sach- und Entscheidungszwänge – die Grundlage für eine fundierte Meinungsbildung und die darauf aufbauenden Planungen und Entscheidungen. Die Projekte im Forschungsverbund „Stadt 2030“ sollten hierzu einen Beitrag leisten und vorausschauende sowie wissenschaftlich gesicherte Konzepte für die zukünftige Entwicklung von Stadt und Region erarbeiten.

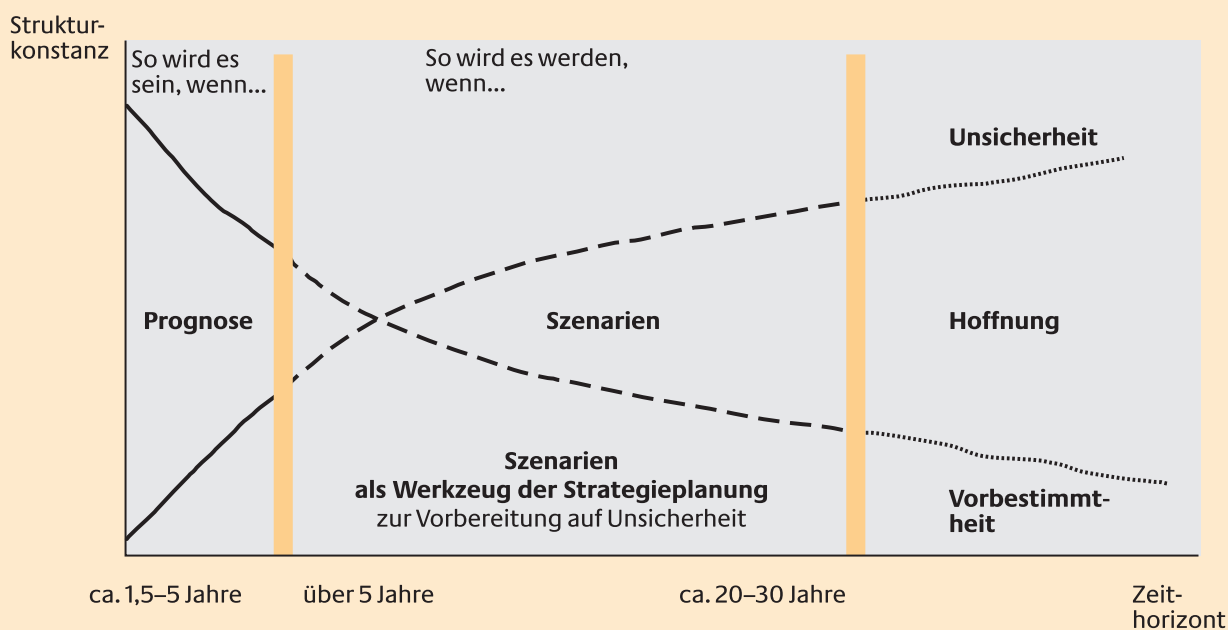
Drei methodische Zugänge der Zukunftserschließung standen im Zentrum der Arbeiten des Forschungsverbundes „Stadt 2030“: Prognosen, Szenarien und Leitbilder. Allerdings hat kein Projekt den Versuch unternommen, sich allein auf einen Zugang zu beschränken und so von vornherein Zukunftswissen eher zu begren-

zen als zu eröffnen. Auch war allen Beteiligten klar, dass über Zukunft keine empirischen Aussagen möglich sind, dass aber sehr wohl über einige bereits erkennbare Trends gehaltvolle Aussagen getroffen werden können – Prognosen, die – wenn auch mit wachsender Unsicherheit – in die Zukunft verlängert werden können. Vor allem für demographische und auch ökonomische Entwicklungen wurden vereinzelt derartige datengestützte Voraussagen gemacht. Ein Beispiel hierfür ist das Projekt Leipzig „Stadt 2030“, in welchem auf Basis von Prognosen zur Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung planerisch-konzeptionelle Überlegungen und wohnungswirtschaftliche Politiksznarien entworfen wurden.

Komplexere Zusammenhänge lassen sich mit solch linearen Voraussagen allerdings nicht darstellen. Daher wurden in den Projekten statt faktischer primär plausible Aussagen des Möglichen durch Entwicklung von Szenarien gesucht. In der Regel wurde dabei nicht auf ein einzelnes Szenario zurückgegriffen, sondern eine Reihe möglicher Zukünfte beschrieben. Im Mittelpunkt

Görlitz/Zgorzelec: Zukunftserschließung in Görlitz/Zgorzelec

Zukünftige Entwicklung zwischen strukturbedingter Vorbestimmtheit und Unsicherheit



Quelle: Institut für ökologische Raumentwicklung e.V., Dresden.

Leipzig: Prognosen

Die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Leipzig wird in den nächsten dreißig Jahren von zwei Einflussgrößen abhängen:

Wirtschaftsentwicklung

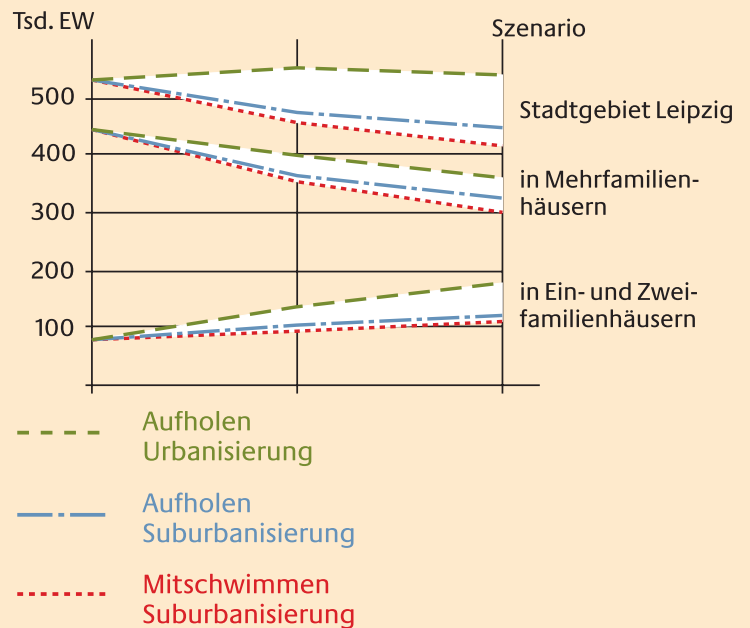
Die Entwicklung des Wirtschaftswachstums und damit der Anzahl der Arbeitsplätze in der Region Leipzig wird darüber entscheiden, wie sich die überregionale Zu- und Abwanderung in und aus der Region Leipzig entwickelt. Denkbar ist dabei, dass die Region Leipzig den Rückstand auf Westdeutschland aufholt (Szenario Aufholen), was mit einer starken Nettozuwanderung verbunden wäre, oder dass der Rückstand zu Westdeutschland erhalten bleibt (Szenario Mitschwimmen), womit nur eine geringe Zuwanderung verbunden wäre.

Wohnungsnachfrage

Leipzig hat in den letzten Jahren Einwohner an sein Umland verloren. Diese Entwicklung kann sich fortsetzen (Szenario Suburbanisierung), aber es könnte Leipzig auch in Zukunft gelingen, den Wohnungsangeboten des Umlandes überlegene Konkurrenzangebote entgegen zu setzen (Szenario Urbanisierung). Die Prognosen zeigen, dass die zukünftige Verteilung der Wohnungsnachfrage zwischen Umland und Leipzig weitaus bedeutender für die Bevölkerungsentwicklung Leipzigs ist als die Wirtschaftsentwicklung der Region.

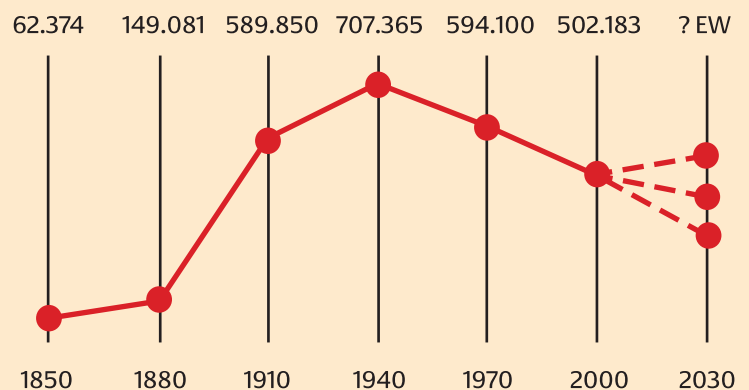
Insgesamt wird die Einwohnerzahl in Stadt und Region Leipzig im besten Fall stagnieren oder leicht steigen, im ungünstigsten Fall weiter sinken, wenn auch nicht mehr so extrem wie zu Beginn der 1990er Jahre.

Demographische Entwicklung



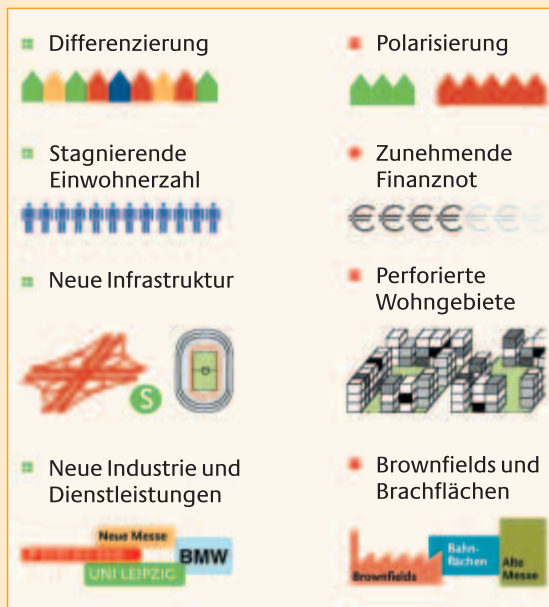
Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

Demographische Entwicklung



Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

Leipzig: Leipzig „PlusMinus“



Quelle: Präsentationsfolien Leipzig.

standen – anders als bei quantitativen Prognosen – weniger die Wahrscheinlichkeit ihres Eintreffens, sondern die Ermittlung und Beschreibung bestimmender Faktoren und Wirkungszusammenhänge. So lassen sich auch plausibel erscheinende Trends und Strukturbrüche mitdenken. Die besten Szenarien waren also nicht unbedingt diejenigen, die aller Voraussicht nach Realität werden, sondern diejenigen, die helfen, Risiken zu erkennen und strategische Entscheidungen vorzubereiten. Ihre Funktion im Forschungsprozess war eine mehrfache: Sie dienten als Einstiegsszenarien zur Initiierung des Prozesses der Zukunftserforschung, als explorative Szenarien der Erkundung von Alternativen (etwa die strategische Szenarienbildung in Görlitz/Zgorzelec) oder auch als zielsetzende Szenarien und Ergebnisszenarien. In ihrer letzten, stark normativen Verwendung bildeten die Szenarien einen fließenden Übergang zu Leitbildern; damit war die Frage aufgeworfen, was zu tun ist, um ein gewünschtes Ziel zu erreichen.

Ob Prognose, Szenario oder Leitbild, die formulierten Zukunftsaussagen wurden nicht einfach in traditionelle Planungsziele übersetzt, sondern als „Kommunikationsangebote“ formuliert. Daher fand in der Anwendung zumeist auch eine Verknüpfung mit Kreativtechniken und Partizipationsmethoden (Brainstormings, Metapläne, Zukunftswerkstätten, Planungszellen usw.) statt.

In starkem Maße waren dabei – neben den wissenschaftlichen Experten – auch lokale Interessengruppen und interessierte Bürgerinnen und Bürger als „Laien“ in die Prozesse involviert. Natürlich ist ein Diskurs über faktisch vorhersehbare, plausible oder normativ gesetzte Zukünfte jeweils nur begrenzt möglich. Harte Prognosen lassen sich allenfalls hinsichtlich ihrer empirischen Grundlagen überprüfen, nicht jedoch diskursiv verhandeln. Die mittels Szenarien eröffneten Möglichkeitsräume oder normativ gesetzten Leitbildideen ermöglichen dagegen eher die Initiierung von Zukunftsdialogen.

In allen beteiligten Städten und Regionen ist es zunächst gelungen, Zukunftsdialoge anzustoßen. Damit konnte ein wesentliches Ziel des Forschungsverbundes erreicht werden. So konnte das bis vor wenigen Jahren in der Stadtforschung noch gänzlich unbeachtete Thema der Stadtschrumpfung in seinen Auswirkungen auf alle kommunalpolitischen Handlungsfelder erstmals einer breiten Öffentlichkeit bewusst gemacht werden. Zum Teil konnten auch für Probleme, die seit Jahren oder gar Jahrzehnten als unlösbar galten, Lösungsperspektiven erarbeitet werden. Ein Beispiel hierfür ist das Projekt der Stadt Mönchengladbach, durch das der längst überfällige Einstieg in eine integrierte Stadtentwicklung für die vor dreißig Jahren entstandene Doppelstadt geschaffen und öffentlich diskutiert wurde.



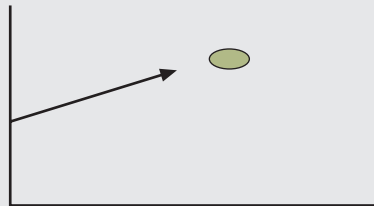
„Stadt 2030“ in Mönchengladbach

Die Projekte „Städteregion Ruhr“ und „Gießen/Wetzlar“ lieferten durch die Entwicklung von Kooperationsmodellen der Regionsbildung neue Impulse. Und die Städte Guben und Görlitz erarbeiteten mit Hilfe ihrer Projekte im Forschungsverbund „Stadt 2030“ Ideen für ihre

Görlitz/Zgorzelec: Zukunftserschließung in Görlitz/Zgorzelec

Analyse/Optimierung

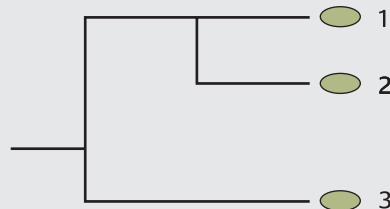
Typ 1
Nahezu klare
Zukunft



Strukturkonstante Entwicklungen

Klassische Prognoseverfahren
(Trendextrapolationen, Wirkungsanalysen)

Typ 2
Alternative
Zukünfte

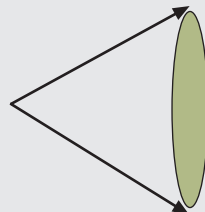


Erwartbare Ergebnisse für wenige
alternative Zukünfte

Entscheidungs- und Wirkungsanalysen
Bewertungsmodelle, Spieltheoretische
Überlegungen

Lernen/Handeln

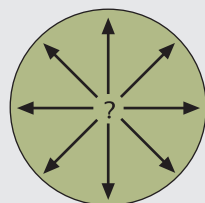
Typ 3
Spannweite
möglicher
Zukünfte



Zukunftsoffenes Möglichkeitsfenster
(„windows of opportunity“)

Szenarioplanung:
Dialog mit wichtigen Akteuren über
mögliche Zukünfte, Unsicherheit und
Unerwartetes

Typ 4
Vollkommene
Ambiguität



Zukunftsoffene Entwicklungen

Reflexion möglicher **überraschender
Störereignisse**
Formulierung gemeinsamer Erwartungs-
haltungen

Quelle: Institut für ökologische Raumentwicklung e.V., Dresden.

Zukunft als grenzübergreifende Doppelstädte mit den Partnern Gubin und Zgorzelec – sie wurden damit zu Modellprojekten der EU-Osterweiterung.

Die zahlreich entstandenen Zukunftsforen werden vielerorts über den Förderzeitraum hinaus Bestand haben. Dies ist ein schöner Erfolg, war es doch ein wesentliches Ziel

des Forschungsverbundes, dauerhafte Anstöße zu geben. Auf Dauer droht jedoch jeder Diskurs inhaltsleer und für die beteiligten Akteure uninteressant zu werden, wenn es nicht gelingt, ihn mit konkreten Handlungsoptionen und -schritten zu verknüpfen. Hier besteht insbesondere für die beteiligten Kommunen Handlungsbedarf über die Laufzeit des Forschungsverbundes hinaus.

Demographischer Wandel und schrumpfende Stadt



Schrumpfende Städte im Forschungsverbund

Als Mitte der 1980er-Jahre zum ersten Mal von städtischen oder regionalen Schrumpfungsprozessen die Rede war, als die Möglichkeit ins Auge gefasst wurde, dass deutsche Städte und Regionen dauerhaft Einwohner und Arbeitsplätze verlieren könnten, erschien dies als unerhörte Behauptung, die erheblichen Widerstand provozierte. Die deutsche Vereinigung brachte dann zwar in den alten Bundesländern die bereits einsetzenden Schrumpfungen zum Halten, ostdeutsche Städte verloren aber umso offenkundiger an Einwohnern. Heute, 15 Jahre nach der deutschen Vereinigung, hat dieses irritierende Phänomen der Stadtschrumpfung auch Städte in den alten Bundesländern eingeholt, während es in Städten der neuen Bundesländer nicht etwa zum Halten gekommen ist, sondern unvermindert anhält.

Diese inzwischen unabwiesbare Tatsache städtischer Schrumpfung erscheint so schockierend, weil man sich Städte gar nicht anders als ständig wachsend vorstellen kann. Vor allem der Begriff der Schrumpfung stößt noch heute auf Ablehnung, signalisiert er doch im populären Verständnis nicht nur Rückgang, sondern darüber hinaus „Krankheit“ oder Fehlentwicklung.

Drei Ursachen sind es, die zu Einwohnerrückgängen und damit zu Stadtschrumpfung führen: Suburbanisierung,

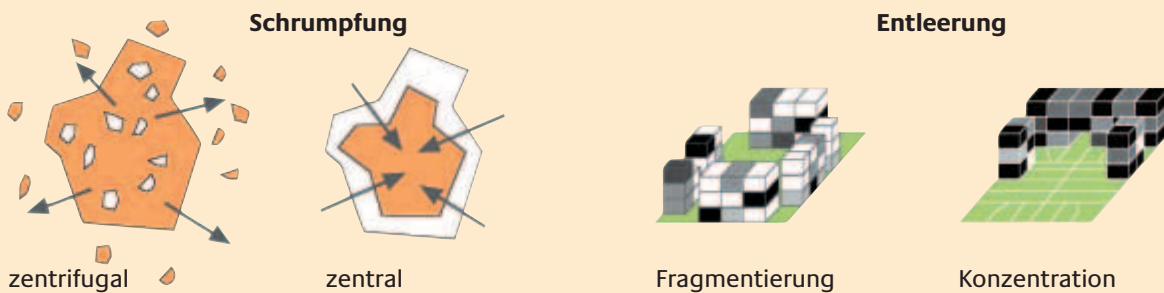
regionale Wanderungen und – als langfristig gravierendste Ursache – ein demographisch bedingter Bevölkerungsrückgang. Waren es anfangs eher die beiden ersten Phänomene, die als Auslöser gesehen wurden, deutet sich jetzt an, dass vor allem der Bevölkerungsrückgang, der durch niedrige Geburtenraten verursacht ist, Schrumpfung auslöst und in den kommenden Jahren verstärkt auslösen wird. Während sowohl Suburbanisierung durch gezielte Förderung der Zentren in regionaler Planung als auch regionale Wanderungen durch Wirtschaftsförderung der schwächeren Regionen in gewissem Maße als beeinflussbar gelten, besteht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass sich der Bevölkerungsrückgang Steuerungsversuchen zumindest auf kommunaler Ebene hartnäckig entzieht. Und dieser Bevölkerungsrückgang könnte in Deutschland nach einhelliger Auffassung der Demographen Ausmaße annehmen, für die es einen Ausgleich durch Zuwanderung kaum geben kann. Zwar erscheint es als relativ sicher, dass einige prosperierende Zentren vor allem im Süden und Südwesten Deutschlands für die kommenden ein bis zwei Jahrzehnte ihren demographischen Bevölkerungsrückgang noch durch Zuwanderung kompensieren können, danach aber wird selbst in diesen Regionen mit Einwohnerverlusten gerechnet. Unter dieser Perspektive setzt bereits gegenwärtig eine massive Konkurrenz der Städte und Regionen nicht mehr nur um Wirtschaftswachstum, sondern direkt um Zuwanderung ein, vor allem um Zuwanderung gut qualifizierter, jüngerer Deutscher.



Folgen der Schrumpfung ohne Steuerung

Um dieser neuen Herausforderung gerecht zu werden, wurde im Forschungsverbund „Stadt 2030“ bereits bei der Auswahl der Projekte darauf geachtet, dass Schrumpfung thematisch angemessen repräsentiert ist: Mehr als

Leipzig: Die perforierte Stadt...



...ist eine Realitätsbeschreibung für jene städtischen Bereiche, die nach Kriegszerstörungen, ausbleibender Sanierung und der Aufgabe bisheriger Nutzungs- und Eigentumsverhältnisse ihren ursprünglichen baulich-räumlichen, funktionalen und infrastrukturellen Zusammenhang verloren haben.

...beschreibt mit Blick in die Zukunft eine gewisse Latenz bzw. konkrete Gefährdung in einem Prozess der sukzessiven Entleerung und Aufgabe von mangelhaften Beständen in schwachen Lagen (siehe Leipziger Westen).

...intendiert daher einen neuen Stadtraumtyp für die kleinteilige und interaktive Umgestaltung gründerzeitlicher Strukturen.

...erfordert im Unterschied zum Stadtumbau in den großen Plattenbausiedlungen der ökonomisch handelnden, koalitionsfähigen Wohnungsunternehmen eine angemessene Reaktion auf die vorherrschende kleinteilige und heterogene Eigentümerschaft.

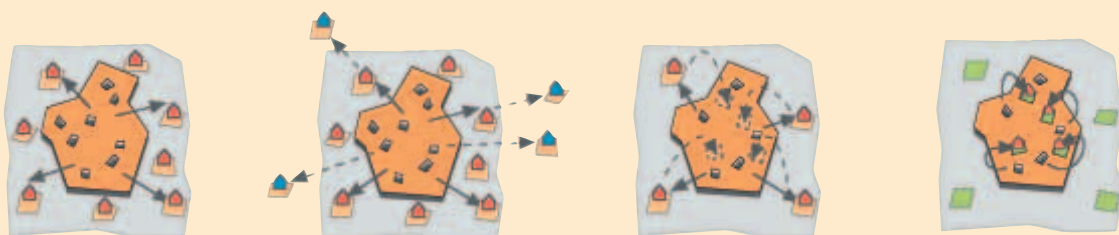
...ist im Fall bewältigter Transformation ein entspannter Stadtraumtyp; durch die Auflockerung bietet sie Chancen zur Erhöhung der Wohn- und Wohnumfeldqualität (siehe Transformationsprozess im Leipziger Osten).

...erfordert – anders als beim Neubau unter Bedingungen von Flächenknappheit und Wohnungsmangel – eine intensive politische und planerische Prozesssteuerung.

Räumliche Reaktionen auf die perforierte Stadt



Steuerung der künftigen Nachfrage



Folgen die Menschen auch in Zukunft dem „Trampelpfad“ in das Eigenheim?

Wenn ja, stellt man sich der Herausforderung „nur“ durch ein möglichst großes Flächenangebot auf Leipziger Territorium?

Oder bemüht man sich darüber hinaus um mehr Einfamilienhäuser auf innerstädtischen Standorten und Brachen?

Wird die Bindung der wachsenden Nachfrage nach Einfamilienhäusern zum zentralen Politikziel der Stadt Leipzig?

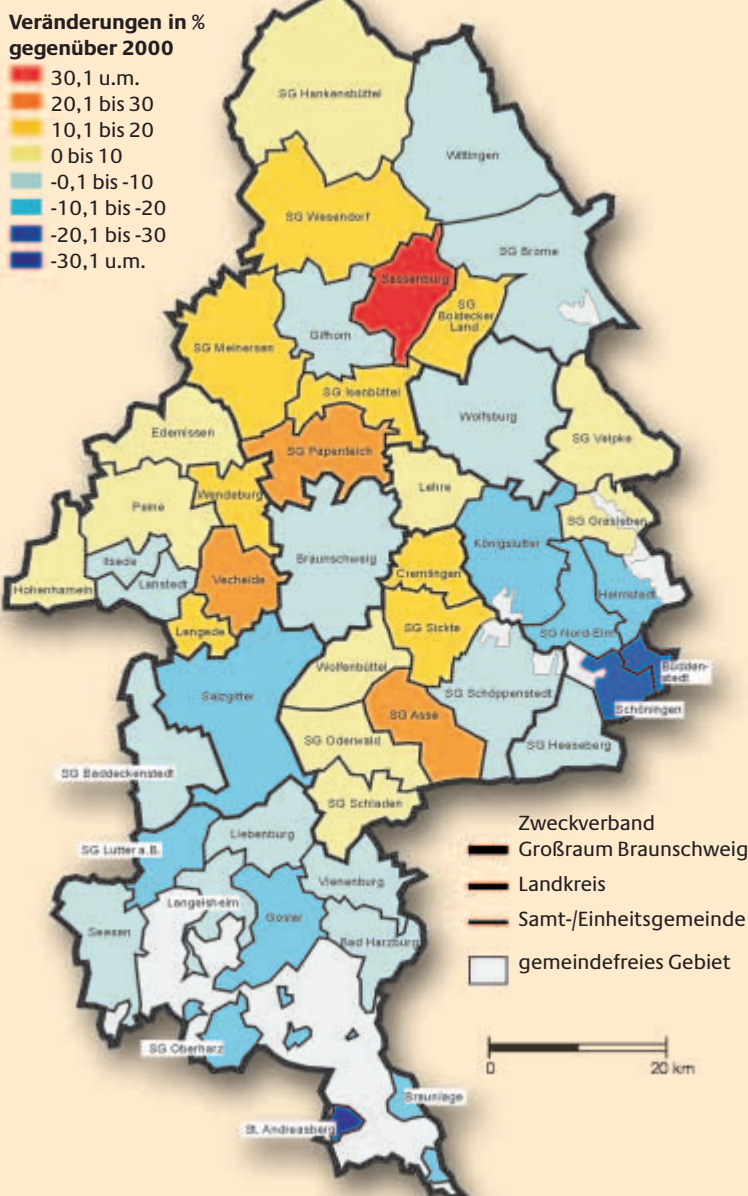
Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

die Hälfte aller beteiligten Projekte befasst sich daher mit Einwohnerrückgängen und deren Folgen, wie sie in den jeweiligen Städten oder Regionen – allerdings unterschiedlich stark ausgeprägt – festzustellen sind. Während für einige Projekte, z.B. Guben/Gubin oder Leipzig, der laufende Einwohnerrückgang das zentrale Thema im

Forschungsverbund bildet, ist dieser bei anderen Projekten in andere Themenkontexte eingebettet, z.B. das einer nachhaltigen regionalen Siedlungsentwicklung (Region Braunschweig) oder des Strukturwandels im ländlichen Raum beim Projekt Schwalm-Eder-West, im urbanen Kontext beim Projekt Kiel.

Braunschweig-Salzgitter-Wolfburg: Die perforierte Region

Bevölkerungsentwicklung in den Einheits- und Samtgemeinden des Großraums Braunschweig 2000 bis 2030



Für den Großraum Braunschweig wurde eine kleinräumige Bevölkerungsprognose erarbeitet. Bei der Szenarioprognose wird angenommen, dass insbesondere die von Abwanderung besonders stark betroffenen Kernstädte Braunschweig, Wolfburg und Salzgitter sowie die großen Mittelzentren ihre derzeitigen Bemühungen um verstärkte Baulandausweisung fortsetzen und erfolgreich ausgestalten können. Dies führt zu einer verhaltenen Entwicklung in den Kernen, verlangsamt die Wachstumstendenzen im suburbanen Raum und führt zu deutlichen Verlusten im peripheren ländlichen Raum bzw. in den bisherigen klassischen Überalterungsgebieten der 90er Jahre (Nordharz). Bei einer zukünftig immer stärker zunehmenden Verfügbarkeit von Wohnraum durch eine insgesamt rückläufige Bevölkerungszahl sind in den ländlich strukturierten peripheren Räumen der Region Wüstungserscheinungen nicht ausgeschlossen.

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

Die Vielfalt der Projekte im Forschungsverbund deutet darauf hin, dass sich Bevölkerungsverluste lokal und regional ganz unterschiedlich darstellen und auswirken. Leipzig beispielsweise stellt in seinen Ergebnissen heraus, dass die Stadt gleichzeitig schrumpft und wächst, dass sich die Schrumpfung also in der Stadt kleinräumig und je nach Wohnlage sehr unterschiedlich darstellt. Dies erfordert, so das Leipziger Projekt, nicht nur eine bauliche Umgestaltung der Stadt, sondern auch einen Umbau der Verwaltung und der Leistungskapazitäten der Stadt und anderer öffentlicher Anbieter. Dabei sind die Veränderungen zum Teil aufeinander bezogen. So

werden beispielsweise der Rückgang der Zahl der Einwohner, der steigende Altersdurchschnitt und die veränderte räumliche Verteilung der Haushalte zu Veränderungen im Verkehrsaufkommen führen und eine andere Auslastung des öffentlichen Personennahverkehrs zur Folge haben. Hierauf müssen sich Stadtentwicklung und Stadtpolitik zukünftig einstellen.

Eine ganz andere Herangehensweise an das „Schrumpfungsproblem“ wählten beispielsweise das Guben/Gubiner Projekt, das Beeskower und auch das Eisenhüttenstädter Projekt. Bei der Diskussion der Frage, welche

Guben/Gubin: Konsequenzen und Maßnahmen aus „Stadt 2030“

... für Politik und Verbände

- Grundsatzbeschluss Guben/Gubin über die verstärkte Zusammenarbeit
- Voranbringen des Karlsruher Abkommens als frühzeitige/vorzeitige kommunale Handlungsgrundlage für grenzübergreifende Kooperationen oder
- Gründung einer regionalen Entwicklungsgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit als Handlungsarm auch für die Euroregion
- Etablierung einer Institution für cross-border-Studien
- Anshub der Qualifizierungsoffensive und Existenzgründerkampagne
- Beschluss zur Erarbeitung eines Fusionskonzeptes relevanter Verwaltungsaufgaben
- Stärkung von Identitätspunkten und räumlichen Entwicklungslinien
- Bildung einer ständigen Guben/Gubiner Zukunftskommission o. Ä.
- Einsicht und Einstieg in einen Agenda-21-Prozess, Dialogprozess mit den Bürgern, Organisationen und der Wirtschaft
- Gemeinsame Strategie und Konzeption zum Umgang mit Handel, Dienstleistungen, Gewerbe und Gewerbeflächen

... für die Verwaltung

- Gemeinsame Erarbeitung eines mehrstufigen Fusions- und Handlungskonzeptes ausgewählter Verwaltungsaufgaben und -bereiche
- räumliche Entwicklungsschwerpunkte
- Sprachförderung und Bildungsinhalte
- schrittweise Fusion öffentlicher Einrichtungen
- PPP-Konzepte
- Kulturerbe und Sanierungskonzept denkmalgeschützter Gebäudesubstanz
- Regional- und Standortmanagement Guben/Gubin
- Förderung von Handel- und Dienstleistung
- Umwelt-, Brand- und Katastrophenschutz
- Verwaltungsrichtlinie zur zweisprachigen Kennzeichnung im Alltag
- Umsetzungskonzept für gemeinsamen grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehr und Verladebahnhof
- Erarbeitung eines gemeinsamen Veranstaltungskonzeptes und -kalenders

... für die Bürger

- Vermittlung der Vorteile und Notwendigkeiten einer gemeinsamen Vorgehensweise an die Einwohner
- Diskussionen zur Perspektive des „Lebenslangen Lernens“
- Aktive Mitarbeit im Prozess der Stadtentwicklung



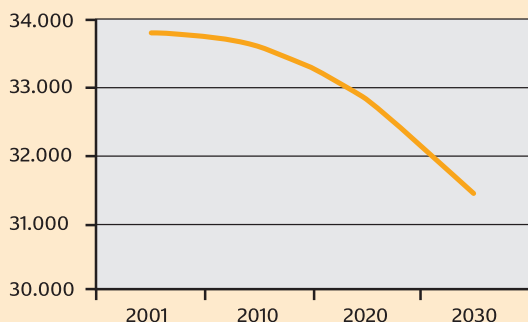
Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

Teile der Stadt angesichts massiver Schrumpfungstendenzen langfristig zu erhalten sind, gingen diese Projekte weit über die Vorstellungen von Umbaukonzepten hinaus. Sie suchten z.B. in der Historie ihrer Städte danach, was den Charakter der Stadt ausmacht. Die Frage nach dem zukünftigen Bild der Stadt wird im Rückgriff auf Geschichte und eine Verknüpfung von Geschichte, Gegenwart und Zukunft zu einer Frage der Identität der Stadt. Die Ergebnisse der Projekte zeigen, dass ein angemessener und nachhaltiger Umgang mit Stadtschrumpfung Zeit erfordert und die Lösung des Problems nicht (nur) in einem Umbau der Städte liegt.

Die Vorüberlegungen zur Bewältigung des Schrumpfungproblems waren in den ausgewählten Projekten vor Beginn des Forschungsverbundes ohne Zweifel unterschiedlich weit gediehen. So konnte die Stadt Leipzig in den Forschungsverbund bereits mit einem relativ weit entwickelten Konzept der „perforierten Stadt“ einsteigen, während etwa die Doppelstadt Guben/Gubin durch den Forschungsverbund „Stadt 2030“ zum ersten Mal die Chance erhielt, sich vertieft und „über den Tag hinaus“, jenseits von Einzelmaßnahmen mit Schrumpfung zu befassen. Gerade in diesen Projekten aber wurde erkennbar, wie viel Mut und politischer Wille auch gegenwärtig noch erforderlich sind, diese sehr neue und

Schwalm-Eder-West: Demographischer Wandel im ländlichen Raum

Bevölkerungsentwicklung in Schwalm-Eder-West



Zahlen für Schwalm-Eder-West hochgerechnet
(Variante 1 „niedrigste Bevölkerungszahl“)
nach: Statistisches Bundesamt 2003; Ergebnisse der
10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

In Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung wird bundesweit mit einem Sinken der Bevölkerungszahl und einer drastischen Verschiebung der Altersstruktur gerechnet. Ländliche Räume werden von dieser Entwicklung besonders betroffen sein. Dies gilt auch für Schwalm-Eder-West. Die Gemeinden müssen sich dieser Entwicklung stellen. Der Leerstand von Einzelgebäuden ist schon jetzt im Raum Schwalm-Eder sichtbar und könnte sich rasch bis hin zur Entleerung ganzer Dörfer und mancher Ortskerne ausweiten. Wie soll die Nahversorgung in Zukunft gesichert werden? Welche Kindergärten, welche Schulen müssen geschlossen werden, weil es zu wenig Kinder und Jugendliche geben wird? Einzelreaktionen sind nicht mehr ausreichend, nur abgestimmtes Handeln führt zu zukunftsgerechten Lösungen!



Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.



Schrumpfung bietet Chancen: Neue Naturräume ...

bisher unbekannte Herausforderung der Kommunalpolitik angemessen zu formulieren, anzuerkennen und anzunehmen. Möglicherweise waren die beteiligten Wissenschaftler auf der Basis relativ stabiler Bevölkerungsprognosen – die von allen „Schrumpfungprojekten“ als Grundlage zu erstellen waren – eher bereit, ein zukünftiges Bild einer Stadt zu zeichnen, die schrumpfen wird. In der Kooperation mit den kommunalpolitischen Partnern zeigten sich jedoch die Widerstände, die Akzeptanzprobleme, denen Schrumpfung auch gegenwärtig noch begegnet, so dass sich die Planung der Schrumpfung mehr als andere Themen nicht nur als wissenschaftlich-analytische, sondern auch als Aufgabe der Vermittlung an die Politik und Verwaltungsspitzen, aber auch an die Bevölkerung herausstellte.

Insbesondere die Bevölkerung erwartet häufig von der Politik die Lösung von Tagesproblemen nach bewährten Mustern und weniger die Konfrontation mit langfristigen, notwendigerweise bedrückend erscheinenden Perspektiven. Doch zeigten gerade die Diskussionen mit der Bevölkerung – beispielsweise in den Zukunftswerkstätten des Eisenhüttenstädter Projektes –, dass diese durchaus bereit ist, Klartext zu reden, die Probleme radikal zu benennen und die Politik anzuhalten, die Zukunft nicht schönzureden. Mit Blick auf den gesamten Forschungsverbund sind es vor allem die Projekte aus Städten und Regionen mit gravierenden Schrumpfungproblemen, in denen sich das Forschungskonzept einer Beteiligung von Wissenschaft, Politik und Bevölkerung – bei allen Konflikten, die daraus resultieren mögen – als angemessen und unverzichtbar erwies.



... neue Nutzungsräume

Identität und Image der „Stadt 2030“

Kernthemen der Identitätsprojekte

Eisenhüttenstadt: Von der Stadt am Stahlwerk zur Stadt mit einem Stahlwerk

- Wirtschaftliche Perspektiven durch „parallele Standbeine“: Vermittlung von „Stahlstadt“ und „Dienstleistungsstadt“
- Modellstadt exemplarischen sozialistischen Städte- und Wohnungsbaus: Gebrauchs- und Symbolwert einer „lebendigen Geschichtsstadt“
- Chancen und Risiken der demographischen Entwicklung: Von der ehemals jüngsten Stadt der DDR zur „Stadt für alle Generationen“

Günzburg: Identität in der Spannung von ländlicher Barockstadt und überregionaler Freizeitkultur

- Legoland-Freizeitpark als Standortfaktor
- Legoland-Freizeitpark als Impuls für Pädagogik in der Wissensregion
- Tradition und Moderne als Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen
- Regionale Kulturlandschaft gegen normierte Unterhaltungs- und Eventkultur

Kiel: Von der Werften-, Hafen- und Industriestadt zur Dienstleistungs- und Freizeitstadt am Wasser

- Wasser als „Arbeitsplatz“ oder Wasser als Natur- und Freizeit- element
- Kieler Woche als Imagefaktor
- Frachthafen oder Marina-City
- Tourismus und die Brücke zum Norden
- Kultur der Industriearbeit gegen neue Lebensstile der Dienstleistungsgesellschaft

Mönchengladbach: Lokale Identität in der Spannung zwischen Quartier und Gesamtstadt

- Quartier und Stadtteil als Lebenswelt oder Verwaltungseinheit
- Identitätsstiftung durch Gebietsreform
- Planungsrationaltät und Ortsbindung im Konflikt
- Quartier oder Gesamtstadt als Basis bürgerschaftlichen Engagements

Erlangen: Von der Universitätsstadt zur deutschen Gesundheits- hauptstadt

- Medizinforschung und Medizinindustrie als Imagefaktor
- Hauptstadt der gesunden Lebensführung
- Leitbild einer gesundheitsorientierten kommunalen Infrastruktur
- Heterogenität von Stadtöffentlichkeit – Homogenität des Leitbilds „Gesundheitsstadt“
- Gesundheit als privates und als öffentliches Thema



Guben/Gubin: Suche nach einer Identität

- der Grenzstadt
- der grenzüberschreitenden Kooperation in der Stadt der zwei Nationen
- des Stadtbildes in einer durch Krieg und späte Industrialisierung zerstörten Stadt
- der schrumpfenden Stadt ohne Industrie
- der Peripherie in der Mitte Europas

Beeskow: Eine liebenswerte, ländliche Kleinstadt auf dem Weg zur Modernisierung

- Die Wiederentdeckung von Tradition und Geschichte als Weg in die Zukunft
- Freizeit und Tourismus als Ressourcen zur Überwindung wirtschaftlicher Stagnation
- Endogene Potenziale von Landschaft, Fluss und alter Kleinstadt als Chance im ländlichen Raum
- Visionen mit Bodenhaftung: Leitbilder der Beeskower Bürger im Spannungsfeld zwischen heute und morgen
- Identitätsbildung zwischen partizipativer Willensbildung und Prozess des Lernens

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig, Tafel Difu „Identität“.

Längst Geschichte sind die 1950er- und 1960er-Jahre, in denen sich deutsche Städte mit Bildern rauchender Fabriksschlote oder gigantischer Verkehrsbauwerke des Individualverkehrs – man denke an die berühmten Postkarten vom riesigen Parkplatz der Hannover-Messe – als modern, erfolgreich und produktiv darzustellen suchten. Spätestens seit den 1970er-Jahren werden diese Bilder, die immer auch ein spezielles Selbstverständnis ausdrücken, abgelöst vom „blauen Himmel über der Ruhr“, vom Gelsenkirchener „Parkstadion“ statt „Auf Schalke“. An die Stelle von Selbstbildern, von Identität aus der Phase der fordistischen, der Produktions- und Industriestadt treten Images eines urbanen Flairs, einer harmonischen Verbindung von kultureller Tradition und modernem Stadterlebnis als Erlebnis und Ereignis, von Freizeit und Lebensqualität. Und wo klassische Industrieanlagen in diesen

Bildern auftauchen, zeigen sie sich in eben dieser kulturellen Überformung, als illuminierte Stahlwerke und Zechen, umfunktioniert zu Freizeitparks, Gasometer als Kultureinrichtungen und Aussichtsplattform. Man denke an die Objekte der IBA Emscherpark und an Oberhausen. Nicht „Industriehauptstadt“, sondern „Kulturhauptstadt“, Weltzentrum des Segelsports (Kiel) oder Gesundheitshauptstadt (Erlangen) zu sein, ist der Ehrgeiz von Kommunalpolitik.

Im Forschungsverbund „Stadt 2030“ manifestieren sich dieser Wandel und die Suche nach einer postindustriellen Identität, nach einer Stadt des „guten Gefühls“ und der „Wellness“ in einer ganzen Gruppe von Projekten. Landschaft um die Stadt und in der Stadt, vor allem aber Wasser, und dieses buchstäblich in der Stadt,

Kiel: Wandel von der Werften- zur Dienstleistungstadt

Das bestimmende räumliche Merkmal für die Identität und das Image der Stadt Kiel in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ist die Lage um die Kieler Förde. Kiel ist mit etwa 20 Kilometern Uferlinie die Wasserstadt schlechthin – so könnte man meinen. „Kiel ist gar nicht die Stadt am Wasser“, ist dagegen der Eindruck vieler Besucher und Besucherinnen. Die Ursache ist klar: Das Ufer der Kieler Förde ist zu großen Teilen nicht öffentlich zugänglich und die Bewohner können das Wasser kaum erleben, weil diese Flächen durch Marine, Werften und Hafenwirtschaft dominiert werden. Dabei haben die ehemals tragenden Säulen der Kieler Wirtschaftsstruktur (Marine und Werften) an Bedeutung verloren.

Kiel befindet sich in einem tief greifenden Strukturwandel, der unmittelbare Auswirkungen auf die gewachsene Identität der Stadt hat: sowohl hinsichtlich der inneren Identifikation der Bürger und Bürgerinnen mit der Funktion „ihrer“ Stadt als auch hinsichtlich des nach außen vermittelten Image.

Ziel des Projekts „Zukunft Kiel 2030“ ist es, die Potenziale der Stadt unter den wirtschaftlichen und städtebaulichen Gegebenheiten, die sich durch Schrumpfung und Strukturwandel verändern, in ein zukunftsfähiges Stadtleitbild zu überführen. Das heißt, Kiel muss sein Alleinstellungsmerkmal nicht erfinden, sondern einfach die Augen öffnen:

- Kiel ist die Großstadt und Universitätsstadt an der Förde
- Kiel ist eine moderne Stadt des 19. und 20. Jahrhunderts
- Kiel ist eine Hafenstadt
- Kiel ist „Kiel Sailing City“ – Segelstadt Nr. 1

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

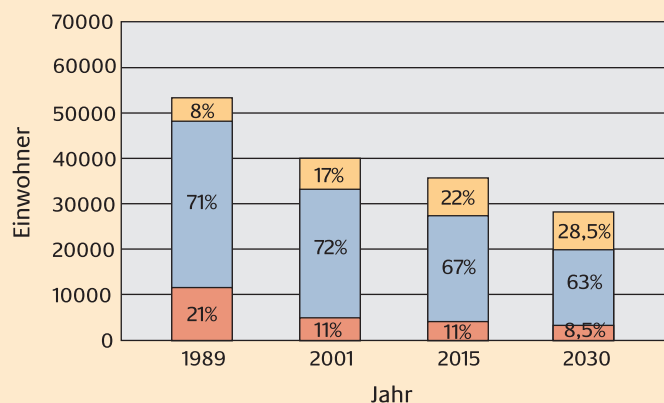
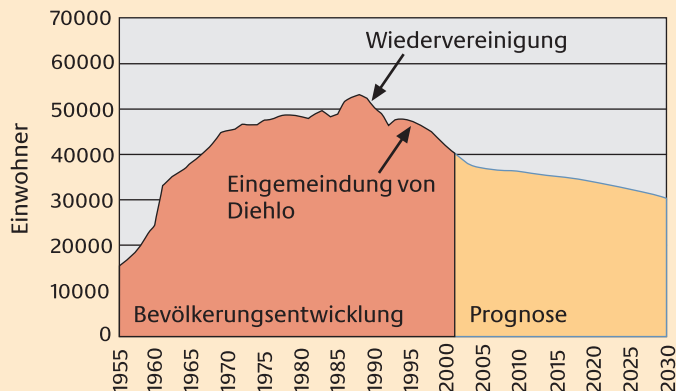


Eisenhüttenstadt: Identität und demographischer Wandel



Schon der Name Eisenhüttenstadt dokumentiert die enge Verbindung der Stadt und ihrer Entstehungsgeschichte mit dem heutigen Stahlwerk. Bereits heute jedoch ist die Rolle des EKO-Stahlwerks in der Stadt nicht mehr so dominierend wie noch zu DDR-Zeiten. Bis zum Jahr 2030 werden sicherlich starke, auch globale Veränderungen im Stahlsektor insgesamt stattfinden. Doch lässt sich das Image als Industriestadt ohne Identitätsverlust verändern? Und welche Rolle können dabei die Stadt, die Wirtschaft sowie die sozialen und kulturellen Organisationen spielen? Dies ist vor dem Hintergrund zu betrachten, dass die für den Aufbau der Stadt prägende und identitätsstiftende Generation dann nicht mehr vorhanden sein wird.

Darüber hinaus hat Eisenhüttenstadt seit der Wiedervereinigung fast ein Viertel seiner Bevölkerung verloren. Aufgrund der niedrigen Geburtenrate und der anhaltenden Abwanderung insbesondere jüngerer Eisenhüttenstädter wird sich der Altersaufbau der städtischen Bevölkerung stark verändern. Dies wird vielfältige Auswirkungen auf die Stadtstruktur, Wirtschaftskraft und die städtischen Angebote Eisenhüttenstadts haben.



- unter 15-Jährige
- 15- bis unter 65-Jährige
- 65-Jährige und Ältere

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

Vor dem Hintergrund des derzeitigen Strukturwandels und der vielfältigen städtischen Schrumpfungsprozesse ist es erforderlich, ein konsensfähiges Bild für die Zukunft der Stadt zu entwerfen. Folgende Fragen stehen dabei im Mittelpunkt:

- Wie muss die Stadt im Jahr 2030 aussehen, um auf die unterschiedlichen Bedürfnisse ihrer Bewohner eingestellt zu sein?
- Welche wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven gibt es für Eisenhüttenstadt? Wie kann die Stadt die Chancen der EU-Erweiterung nutzen?
- Wie kann die Stadt auf die starken Einwohnerverluste und auf die Alterung der Bevölkerung reagieren?
- Was macht die Identität der Stadt heute und in der Zukunft aus? Braucht Eisenhüttenstadt einen Identitätswandel?



„Nicht-Orte“ ohne Identität: Die Zukunft der Stadt?

historische Bausubstanz als Markenzeichen, als Traditionsvergewisserung, als Ausweis von Beständigkeit im Wandel werden zu den entscheidenden Merkmalen dieser neuen kommunalen Image- und Identitätspolitik. Das Projekt Kiel entdeckt die Förde in der Mitte der Stadt als in die Zukunft gerichteten starken Motor der Stadtentwicklung. In Beeskow erfolgt ein Rückbezug auf die vorindustrielle und vorsozialistische Vergangenheit der Kleinstadt. Die Funktion dieser Elemente, z.B. des Wassers der Kieler Förde als Basis industrieller Produktion, gleichsam ihr „Werkzeugcharakter“, tritt zurück hinter Leistungen und Funktionen, die der Schaffung eines Lebensgefühls dienen, eines gleichermaßen gehobenen wie herausgehobenen Seins als städtischer Lebensweise. Dieses wird als Lebensweise einer urbanen Zukunft, als Ziel von Stadtentwicklung in den Identitätsprojekten gesucht und visionär entfaltet. Kurz: Die Städte des Themenfeldes „Identität“ (und sie stehen beispielhaft für eine ganze Bewegung der Kommunalpolitik) wollen sich von industriegesellschaftlichen Prägungen lösen, um in einer Kultur der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft einen neuen Platz, eine neue Identität zu finden und ein neues Selbstverständnis zu entwickeln, das nach außen wie nach innen wirken soll.

Dieser Wandel aber vollzieht sich nicht so konfliktfrei, so harmonisch, wie es die neuen Stadtbilder suggerieren. Noch bildet industrielle Produktion die Basis der deutschen Volkswirtschaft. Vor allem aber wird die neue Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft von tiefen sozialen Brüchen und Spaltungen begleitet sein. Nicht alle Dienstleistungsberufe werden ihren Inhabern den Wohlstand, die Freizeit und den Zugang zu Gesundheit als neuer „Volksreligion“ bescheren, wie es neue Stadtbilder glauben machen wollen. Benachteiligung, ja

Armut wird in deutschen Städten nicht nur weiterhin bestehen, sie wird vermutlich sogar zunehmen. In den postindustriellen Bildern von Stadt und Gesellschaft kommen diese Schattenseiten des sozialen und ökonomischen Wandels aber nicht vor, sie werden unsichtbar, aus dem Bewusstsein verdrängt. Das hatte Friederich Engels mit Bestürzung bereits im frühindustriellen Manchester erleben müssen: Nur wenige Schritte hinter der glänzenden „High-Street“ lagen die Elendsviertel des – damals modernen – Industrieproletariats, aber kein Flaneur oder Gast im Festsaal des urbanen Zentrums wusste davon.

Guben/Gubin: Identität in der schrumpfenden Stadt

Im Frühjahr 2004 wird Polen der Europäischen Union beitreten. Guben und Gubin sind ein Städtepaar an der deutsch-polnischen Grenze, das Akteur bei der Verflechtung einer neuen Brückenregion Europas sein wird. Die Perspektive, eine räumliche Situation als Brücke – als Chance – zu nutzen, ist vielen bewusst, aber gelebter Alltag wird sie auf längere Sicht nicht von selber.

Die geteilten Grenzstädte Guben und Gubin stehen in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess und müssen massive Einwohnerverluste und Umstrukturierungen bewältigen. Bereits heute zeichnen sich aus dem Schrumpfungsprozess gravierende Probleme ab – Wohnungsleerstand, Facharbeitermangel, Überalterung, Schließung öffentlicher Einrichtungen, fehlende Angebote im kulturellen Bereich.

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

Einstellung der Bevölkerung zur eigenen Stadt

- 35 % der Gubener und 25 % der Gubiner finden keine positiven Qualitäten in ihrer eigenen Stadt.
- 44 % der Gubener und 49 % der Gubiner nennen arbeitsplatzbedingte Gründe und eine ungünstige Zukunftsperspektive als Umstände, die sie so stören, dass sie sich vorstellen können, deshalb die Stadt zu verlassen.
- 20 % der Gubener und 24 % der Gubiner sehen ihre Stadt als „schrumpfende Stadt“.
- 21 % der Gubener und 33 % der Gubiner sehen ihre Stadt als wirtschaftlich schwache Stadt.
- 31 % der Gubener und Gubiner sehen ihre Stadt nach außen als Grenzstadt.

Quelle: TOPOS Stadtforschung, Sozialstruktur und städtische Identität in der Doppelstadt Guben/Gubin, September 2002.

Die Identitätsprojekte des Forschungsverbundes „Stadt 2030“ sind sich über diese Ambivalenz einer postindustriellen Imagepolitik weitgehend im Klaren. Im Kieler Projektbericht wird nachdrücklich auf den jetzt bereits gespaltenen Wohnungsmarkt verwiesen, der zu Polarisierung tendieren kann, wenn sich die Stadt unreflektiert und überstürzt nur der Vision der Dienstleistungs- und Wellness-Stadt ausliefert. Und im Projekt Eisenhüttenstadt musste während des Projektverlaufs das Zukunftskonzept einer Gesundheitsstadt revidiert und relativiert werden zugunsten eines Bildes der Kontinuität als Industriestadt, die sich ohne Aufgabe des Alten eher behutsam einem Neuen annähert. Gesucht werden also ein Bild der Stadt, eine Identität und ein nach außen wirksames Image, die so gegensätzliche Facetten wie Industrie- und Dienstleistungsstadt versöhnen und den mentalen Schock einer abrupten Abkehr und Abwertung von gewachsenen Traditionen vermeiden.

Das Projekt Guben/Gubin greift den Zusammenhang zwischen Schrumpfungsprozessen und Identitätswandel auf, der auch zu umfassenden Veränderungen der Stadtgestalt führen wird. Es gibt keine Möglichkeit, sich im Zuge der Schrumpfung, die im Wesentlichen eine De-Industrialisierung und eventuell sogar eine De-Ökonomisierung darstellt, vom industriell bedingten Stadtwachstum sowohl der Gründerzeit als auch der DDR-Wirtschaftsplanung zu trennen und auf die alte Kleinstadtstruktur zurückzuziehen, da das alte Zentrum im Zweiten Weltkrieg komplett zerstört wurde. Daher wurden zum einen die noch bestehenden baulich-räumlichen Ansatzpunkte gesucht, zum anderen aber auch die Neu- oder Wiedererrichtung von baulichen Merkzeichen vorgesehen, die eine Identität, jetzt als Zwei-Nationen-Grenzstadt, begründen könnten, wie z.B. das Theater auf der Neißeinsel, das in alter oder neuer Form rekonstruiert werden soll.

Beeskow: Beständigkeit als Ziel



Die Stadt Beeskow liegt im äußeren Entwicklungsraum des Landes Brandenburg, etwa 80 Kilometer südöstlich von Berlin, nur 30 Kilometer von der Grenze zur Republik Polen entfernt. Sie liegt mit ihrem historischen Stadtkern und der Burg direkt am Flusslauf der Spree, umgeben von Wiesen, Wäldern und Seen inmitten eines der reizvollsten Naherholungsgebiete im Osten Brandenburgs. Während Beeskow in den ersten Jahren nach der Wende noch eine relativ stabile Bevölkerungsentwicklung aufwies, zeigen sich nun in der Stadt und ihrem Umland deutliche Schrumpfungstendenzen. Gesamtziel des Vorhabens war die Entwicklung langfristiger Zukunftsperspektiven für Beeskow und sein Umland, dies unter breiter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Umland. Aufgabenschwerpunkt des Vorhabens waren Zielformulierungen und Weichenstellungen zur Erhaltung der städtischen Identität: Beeskow als liebenswerte Kleinstadt im lebenswerten ländlichen Raum.



Quelle: Projektdarstellung Beeskow.

Günzburg: Imagewandel durch Großprojekte?



Am 17. Mai 2002 öffnete Legoland Deutschland erstmals seine Pforten. Die Ansiedlung in Günzburg hat die Stadt quasi über Nacht mit der Kommerzialisierung von Freizeit konfrontiert. Bis dahin war der Stadtregion „Freizeit als Marktwert“ fremd. Der exponentielle Anstieg des Bekanntheitsgrades von Günzburg durch die Standortentscheidung des „Bauklötzchenherstellers“ förderte den Mythos von der Erosion der Wurzeln, vom Aufbruch zu neuen Ufern, vom radikalen Wandel der ökonomischen, ökologischen, räumlichen und sozialen Bedingungen dieser Stadt. Knapp drei Viertel der durch das Projekt befragten Bürgerinnen und Bürger der Stadt befürchteten negative Auswirkungen durch den Themenpark. Der Blick auf statistisch belegbare Effekte lässt jedoch weder signifikante Auflösungstendenzen erkennen, noch wurden Entwicklungsoptionen nicht-touristischen Ursprungs eingeengt. Die direkten Impulse auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt der Stadtregion lagen im ersten Betriebsjahr des Themenparks im Bereich unter der Ein-Prozent-Schwelle. Die nunmehr gewonnenen Erkenntnisse aus der Debatte über die Ansiedlung und deren Wirkungen auf das Selbstverständnis und die Zukunftssicherheit des Günzburger Raums sind die eigentlichen Chancen, die das Freizeit-Großprojekt Legoland eröffnet.

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

Beide Aspekte, den der industriellen Produktions- und Arbeitsstadt und den der postindustriellen Dienstleistungs-, Kultur- und Erlebnisstadt in einem Image, in einer Identität zu verbinden und beide zum Ausdruck zu bringen, bleibt aber, so das Ergebnis aus diesem Themenkomplex des Forschungsverbundes, eine kaum lösbare Aufgabe. Images strahlen nur dann Überzeugungskraft aus, wenn sie eindeutig sind und Realität in hohem Maße vereinfachen. Identitäten lassen sich zudem nicht beliebig konstruieren. Zu stabil sind Selbst- und Fremdbilder. Auch dann, wenn sie immer nur Ausschnitte einer Realität

betonen, lassen sie sich nicht jeder Realität überstülpen wie ein neues Kleid. Dies macht letztlich das Projekt Günzburg – hier als Beispiel stabiler Identität – deutlich. Selbst die Ansiedlung eines gigantischen Freizeitparks unmittelbar vor den Toren der Stadt war nicht in der Lage, diese Kleinstadt an der schwäbischen Barockstraße aus ihrer ländlichen Ruhe zu bringen. Fraglich bleibt, ob der als wirtschaftlicher Impuls gedachte Freizeitpark diese Funktion wirklich erreicht. Mit Sicherheit aber hat er am Image und an der Identität Günzburg kaum etwas verändert, so wenigstens das – vorläufige – Ergebnis dieses Projekts.

Regionalisierung als Zukunftsperspektive der Stadt?

Kernthemen der Regionalisierungsprojekte

Region Braunschweig: Regionale Zukunft zwischen Nachhaltigkeit und demographischem Wandel

- Schrumpfung als Chance für nachhaltige Entwicklung
- Integrierte Entwicklung von Siedlung, Landschaft, Mobilität, Wohnen und Versorgung
- Bürgerengagement in der Region

Gießen-Wetzlar: Von Konkurrenz durch Kooperation zu Konsens
Zukunftsfähige Kooperationsstrategie stadtreionaler Planung

- Aufarbeitung des gescheiterten Vorhabens Regionalstadt Lahn
- Gründung einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft beider Städte
- „Stadtinitiative 2010“: Entwicklung eines stadtreionalen Landschaftsparks

Görlitz/Zgorzelec: Ein gemeinsames Leitbild für die deutsch-polnische Europastadt
Gemeinsame Zukunft einer geteilten Grenzstadt

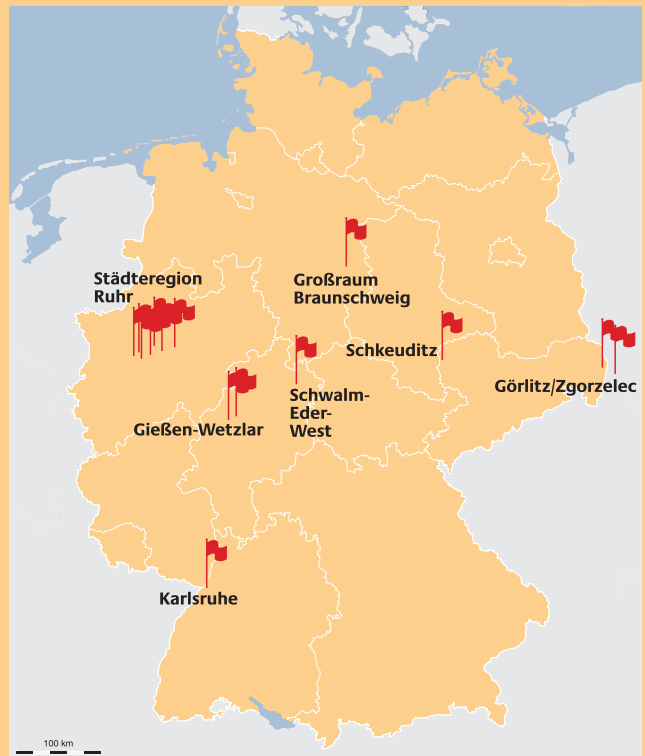
- EU-Osterweiterung als Standortfaktor im Umgang mit Schrumpfung und Strukturwandel
- Aufbau von Vertrauensgemeinschaften zwischen deutschen und polnischen Partnern
- Brückenpark und Bildungseinrichtungen als grenzüberschreitende Projekte

Karlsruhe: Grenzen überwinden Nachhaltigkeit, Grenzüberwindung und Umwertung von Raum

- Planen und Steuern über Landes- und Staatsgrenzen
- „Umdeutung“ des Rheins von der Grenze zum zentralen regionalen Band
- Regionale Netzstadt oder Boomtown in der europäischen Kompetenzregion

Schkeuditz: Stärkung des suburbanen Mittelzentrums

- Stadtregion Halle – Leipzig als Gesamtregion
- Interkommunale Kooperation über Bundeslandesgrenzen
- Urbane Kulturlandschaft als Standortpotenzial der Zwischenstadt



Schwalm-Eder-West: Zukunft einer uneinheitlichen ländlichen Region

- Bevölkerungsrückgang und Alternde Gesellschaft als Herausforderungen
- Region zwischen „Wohnen im Grünen“ und „Gewerkepark“
- Flexible Kooperation ohne Verwaltungsreform und neue Grenzen

Städtregion Ruhr: Kooperation und Eigensinn

Stadtregion zwischen interkommunaler Kooperation und kommunalem Eigensinn

- Grenzen als Trennung und Verbindung
- Neue Symbole für die vernetzte Region – den Möglichkeitsraum
- Entwicklung gemeinsamer „Spielregeln“

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig, Tafel Difu „Regionalisierung“.

Fortschreitende Globalisierung, neue Technologien und der Verlust an nationaler Autonomie und Steuerungsfähigkeit haben weit reichende Folgen für das Nachdenken über die Zukunft der Städte und Regionen. Nicht mehr die Städte, sondern die Regionen werden als Zentren techni-

scher, ökonomischer und kultureller Innovationen wahrgenommen. Regionen werden zu ökonomischen „Akteuren“ einer globalen Ökonomie und gleichzeitig zu neuen politischen Handlungs- und Gestaltungsräumen. Neben dem daraus erwachsenen Wettbewerb der

Regionen zwingen weitere Veränderungen die Städte mit Blick in die Zukunft zu intensiverer Kooperation. So richten immer mehr Menschen ihren Alltag nicht mehr an den Grenzen ihres Wohnortes aus, sondern stellen ganz selbstverständlich die für sie beste Mischung aus den jeweils vorhandenen, regional verfügbaren Angeboten zusammen. Auch können aufgrund funktionaler Verflechtungen und Abhängigkeiten der Städte untereinander viele Probleme nicht mehr von einer Stadt alleine gelöst werden. Trotz dieser bekannten Problemlagen enden Verwaltungszuständigkeiten und demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten abrupt und anscheinend zunehmend willkürlich an kommunalen Grenzen. Die dadurch entstehenden Reibungspunkte zeugen von Schwierigkeiten, die bis heute nicht überzeugend gelöst werden konnten und deshalb aus städtischer Sicht ein brisantes Zukunftsthema darstellen. Hier setzen die Regionalisierungsprojekte in der Konkretisierung ihrer Ideenskizzen an. Sie legen den Schwerpunkt ihrer Zukunftsbetrachtungen, Leitbilder und Visionen auf eine – wenn auch unterschiedlich ausgebildete – interkommunale Dimension.

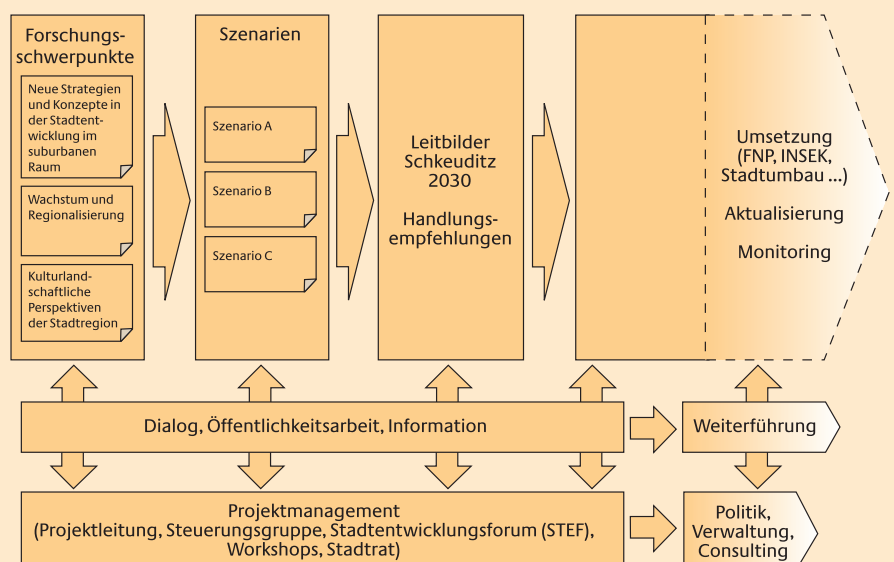
Die Auflösung der Stadt in der Region: Suburbane Einfamilienhausteppiche, Dienstleistungshallen auf grünen Wiesen und Möbelhäuser neben Autobahnanschlüssen repräsentieren das neue Bild von Stadtregionen. Man befürchtet, dass sich Kernstädte als Ergebnis von Suburbanisierungsprozessen zunehmend auflösen. Die beteiligten Projekte fragen deshalb, ob in diesen Stadtregionen neue Formen des Städtischen, die „Zwischenstadt“, entsteht oder ob nicht gar Begriffe wie Zentrum und Peripherie, Mitte und Rand grundsätzlich in Frage gestellt werden müssen. Was bleibt von der Stadt in Zukunft oder wie ist diese neu zu interpretieren in ihren baulich-räumlichen und politischen Dimensionen, wenn man die wachsende Auflösung der Städte und die Verlagerung von Entwicklungsprozessen in die Peripherie berücksichtigt? Diesen Fragen konnten sich die „Stadt 2030“-Projekte nicht verschließen, wollten sie die Zukunft ihrer Städte vor dem Hintergrund zunehmender interkommunaler Verflechtungen und Kooperationen entwickeln. Mit dem Infragestellen der rechtlichen und politischen Grenzen der Städte wurde ein

Schkeuditz: Zielsetzungen und Projektaufbau von „Schkeuditz 2030“



Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

Projektaufbau des Projekts Schkeuditz 2030



Bei dem Projekt „Schkeuditz – Stadt 2030“ standen im Wesentlichen drei Forschungsschwerpunkte im Mittelpunkt, die in mehreren Teilprojekten bearbeitet wurden:

- Strategien und Konzepte für die zukünftige Stadtstruktur sowie für den politischen Prozess und die künftige Rolle von Schkeuditz in der Region
- Dynamik des Wachstumsprozesses von Schkeuditz und Umland
- Kulturlandschaftliche Perspektiven der Stadtregion Leipzig-Halle.

schwieriges Terrain beschritten. Gleichzeitig eröffnete sich aber auch ein spannendes und nicht konfliktfreies Handlungsfeld, das vor allem hinsichtlich der kommunalen Selbstverwaltung einige Brisanz in sich birgt.

Regionalisierung als Zukunftsstrategie der Städte: Regionalisierung wird von den beteiligten Projekten als eine von den Kommunen ausgehende Strategie interkommunaler Kooperation verstanden, Regionalisierung bedeutet themenbezogene Zusammenarbeit von Städten in neuen regionalen Organisationsmodellen und bei veränderten räumlichen Zuschnitten. Regionale Selbstorganisation

führt zur Ausweitung von kommunalen Handlungsmöglichkeiten. Nicht die Idee einer Auflösung der Stadt in der Region, sondern die Intention, kommunalen Eigensinn mit regionalem Denken und Handeln zu verbinden, steht im Mittelpunkt. Die zukünftigen Wechselbeziehungen zwischen Region und Kommune und deren Gestaltung werden, nicht weiter verwunderlich, unterschiedlich eingeschätzt: Ob sich die neuen Regionen in Konkurrenz zu oder in Arbeitsteilung mit den Städten entwickeln werden und welche Konsequenzen sich aus einer zukünftigen Regionalisierung für lokale und regionale Demokratie ergeben, bleibt strittig.

Schwalm-Eder-West: Heterogene Regionen – Zwischenregionen

Lage der Region Schwalm-Eder-West



Schwalm-Eder-West ist keine homogene Region mit gewachsener Identität. Anders als bei der Rhön oder dem Vogelsberg handelt es sich bei Schwalm-Eder-West nicht um einen einheitlichen Naturraum: Geologie und Bodengüter, Wasserhaushalt und klimatische Aspekte weisen große Unterschiede auf. Dementsprechend unterschiedlich sind die Formen der Landnutzung und das Erscheinungsbild der Kulturlandschaft. Auch wirtschaftlich sind die Gemeinden unterschiedlich ausgerichtet: Mal liegt der Schwerpunkt im Bereich Rohstoffabbau/Verarbeitung, mal in der Landwirtschaft, dann aber auch in Fremdenverkehr und Kurbetrieb. Noch gibt es überall ein ausgeprägtes mittelständisches Handwerk. Dennoch sind Arbeitsplätze rar, viele Bewohner fahren als Pendler zur Arbeit in die verschiedensten Richtungen.

Von Entzugseffekten zu Kooperationseffekten: Der Minivulkan



Die Zusammenarbeit in der heterogenen Region ist Neuland – eher arbeitet man bisher in homogenen Verbünden zusammen (z.B. Kellerwald). Über diese Zusammenarbeit hinaus: Mit „artfremden“ Partnern ergeben sich völlig neue und überraschende Kooperationsmöglichkeiten mit neuen Themen, Zielen und Chancen. In kreativer Zusammenarbeit mit den Nachbarn lassen sich besondere Projekte des Raumes realisieren, wie z.B. interkommunale Gewerbegebiete an der A 49. Die Nähe ermöglicht eine Senkung der Kosten, z.B. bei gemeinsam erledigten Verwaltungsaufgaben. Die Vorteile sind klar, aber auch Lasten lassen sich besser schultern. Der Beitrag jedes Partners wird dabei anders aussehen. Vor- und Nachteile werden im Rahmen eines gemeinsamen Konzepts ausgeglichen. Die heterogene Region setzt besondere Kooperationspotenziale frei.

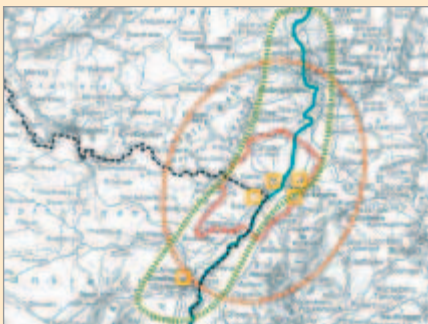
Quelle: Ulf Hahne, Lorenz Blume, Kerstin Jaensch, Zwischen den Rändern – Regionsbildung heterogener Regionen: Der Raum Schwalm-Eder-West, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) 2005: Regionalisierung, Der Forschungsverbund „Stadt 2030“, Band II, Opladen (in Vorbereitung).

Identitätsregionen oder Regionen ohne Eigenschaften: Muss sich eine zukunftsfähige Region als zusammengehörig begreifen und als eine Region handeln? Die Antworten der Projekte auf diese Frage unterscheiden sich deutlich voneinander. Dem Konzept einer Identitätsregion, die sich durch kulturelle Eindeutigkeit, klare planerische Strukturen und definierte stabile Qualitätsmerkmale auszeichnet, steht eine „Region ohne Eigenschaften“ gegenüber, die als offener und sich immer wieder neu konstituierender Raum über viele Eigenschaften verfügen muss. Für einen Teil der Projekte bedeutet Zukunftsfähigkeit, gemeinsam und mit ganzheitlichem Bewusstsein für die gesamte Region zu handeln, das heißt, Regionalisierung zielt auf die Herstellung und Konstruktion einer Region. Dies kann entweder, wie in einem Teilprojekt aus München, als Ausdehnung von Stadt und urbaner Kultur in das Umland geschehen, als Zusammenfügen von Stadt, Umland und Land, wie im Projekt Region Braunschweig bearbeitet, oder wie in den



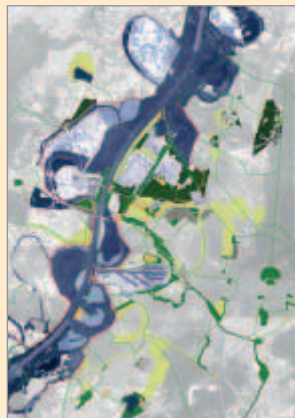
Grenzenloser Landschaftsraum?

Karlsruhe: Stadtregion und Landschaftsraum



„Bindeglied Rheinlandschaft“
(grüne Linie)

Quelle: Bava, Henri, u.a.: Stadtregion und Landschaftsraum. Perspektiven und strukturelle Umwertung der Region Karlsruhe, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) 2005: Regionalisierung, Der Forschungsverbund „Stadt 2030“, Band II, Opladen (in Vorbereitung).



Das Rheinarchipel

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

Umwertung von Raumelementen und Raumbildern: Bindeglied Rheinlandschaft – räumliche Verknüpfungen in der Stadtregion Karlsruhe

Untersuchungsbereich war der so genannte „FUTURE-Bereich der Stadt Karlsruhe“, der sich ausgehend von der Innenstadt Karlsruhe über den Rhein bis hin nach Wörth und die angrenzenden Gemeinden der südpfälzischen und nordelsässischen Gebiete erstreckt.

Ziel des Teilprojekts „Bindeglied Rheinlandschaft“ am Institut für Landschaft und Garten der Universität Karlsruhe ist die Umwertung der heterogenen Gebiete entlang des Rheins zu einer kohärenten Rheinlandschaft im Zentrum der Region Karlsruhe. Zentrale Aufgabe dabei ist die Entwicklung von Handlungsstrategien für einen landschaftsbezogenen räumlichen Ansatz der Stadt- und Regionalentwicklung. Bei diesem Ansatz ist die landschaftliche Situation mit dem Potenzial der vorhandenen historischen und ökologischen Qualitäten Ausgangspunkt für eine zukunftsfähige Entwicklung.

Für die zukünftige Weiterentwicklung der Region Karlsruhe sind sowohl eine gemeinsame regionale Vision als auch im Sinne dieser Vision zielgerichtete Handlungen notwendig. Mit der Idee der Landschaft als Sinnbild einer zusammenhängenden Einheit können unterschiedliche Elemente und Ansätze zu einem regionalen Konzept verschmolzen werden. Das Konzept „Rheinarchipel“ soll als übergreifendes Leitbild dienen.

Städteregion Ruhr: Der stadtrregionale Kontrakt



Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

Szenarien einer einheitlichen Region Halle-Leipzig und Städteregion Karlsruhe.

Andere Projekte verfolgen radikalere Vorstellungen. Die Projekte aus Schwalm-Eder-West, der Städteregion Ruhr und auch aus Gießen-Wetzlar beziehen sich auf Zwischenregionen, Möglichkeitsräume oder „fuzzy sets“ und entwerfen neue Bilder fragmentierter Räume. Nicht die Mitte, sondern der Rand, nicht das Zentrum, sondern die Peripherie stehen im Mittelpunkt. So denkt die Städteregion Ruhr über die „Neunte Stadt“ nach. Hierbei han-

delt es sich um die Möglichkeiten vorhandener „Restflächen“, industrieller und agrarischer Brachen, regionaler Verkehrswege und Wasserwege. Schwalm-Eder-West lotet die Vorteile einer Kooperation in Randzonen, das heißt Zwischenregionen, aus. Innovationen werden mit Blick auf die Zukunft gerade in diesen Zwischenräumen möglich, indem spezifische Kooperationschancen zwischen Regionen entwickelt werden. Noch offen sind die Folgen, die sich aus funktional vernetzten Regionen für eine politische Repräsentanz und für die Beteiligung der Bevölkerung ergeben.

Stadtlandschaften: Viele Städteregionen verfügen bisher nicht über eindeutig wahrnehmbare und definierte Grenzen. Grenzen werden deshalb mit Bezug auf Stadtlandschaften als Übergangszonen zwischen bebautem und landschaftlichem Raum betrachtet und als mögliche Identifikationspotenziale einer Städteregion der Zukunft diskutiert. Eine besondere Bedeutung kommt dabei regionalen Flussläufen zu. Landschaft als regionale Verbindung zu deuten, führt im Städteprojekt Karlsruhe zu Konzepten für eine grenzüberschreitende Rheinlandschaft. Die Region Braunschweig entwirft mit der Regionalen Gartenstadt eine neue „Architektur der Region“. Das Projekt Gießen-Wetzlar konkretisiert Ansätze eines Regionalparks an der Lahn.

Gemeinsame Wege in die Zukunft: In den Regionalisierungsprojekten eröffnen sich für die politische Institution Kommune Entwicklungsperspektiven mit der Wahl zwischen ihrem Übergang in eine Regionalstadt einerseits und einer auf konkrete Politikfelder zielenden Kooperation in Netzwerken andererseits. Ob diese Modelle nacheinander oder nebeneinander realisiert werden können, ob vernetzte Strukturen nach einer Phase der Vertrauensbildung in eine Institutionalisierungsphase übergehen und welche (entscheidende) Rolle den jeweiligen Rahmenbedingungen zukommt, ist abschließend noch nicht zu beantworten. Organisierte Konsensbildung, regionale Entwicklungsagenturen und Arbeitsgemeinschaften sind nur einige der erprobten Modelle zukünftiger Regionalisierung. Verträge, die den Ausgleich von Lasten und Vorteilen regeln, liefern konkrete Anhaltspunkte für eine zukunftsweisende, dauerhafte Kooperation. Regionale Flächennutzungspläne, interkommunale Stadtumbau-Konzepte oder Regionalparke sind nur einige der weiter verfolgten Ansätze. Deutlich wird, dass die Möglichkeiten und Spielräume der Kooperation von Städten auf dem Weg ins Jahr 2030 vielfältiger werden (müssen), damit die notwendige Diskussion nicht an Impulsen und Inhalt verliert.

Integration und gleichberechtigte Teilhabe in der Stadt der Zukunft

Kernthemen der Integrationsprojekte

Bremen: Integration durch Zeitgerechtigkeit

- Zeitgerechtigkeit als Bürgerrecht
- Zeitgerechtigkeit als Gender-Politik
- Zeitgerechte Quartiersplanung und Stadtorganisation
- Zeitgerechtigkeit in der Spannung von Arbeit, Freizeit und Familie

Dietzenbach: Die symbolische Integration der Zwischenstadt

- Neue Beteiligungsformen gegen soziale Exklusion
- Vom technokratischen Planungsparadigma zur erlebbaren Gemeinde
- Die Leere als Potenzial der Integration
- Ästhetische Setzung als symbolische Integration

Esslingen: Von der segregierten zur solidarischen Stadt

- Politische Teilnahme und Chancengleichheit als Bürgerrechte
- Repräsentative oder direkte politische Partizipation
- Bürgergesellschaft und solidarische Stadt im Quartier

Leipzig: Die Zukunft der „perforierten Stadt“

- Stadtschrumpfung als Chance
- Neue Wohnformen in der „perforierten Stadt“
- Das Einfamilienhaus am Stadtzentrum
- Heterogenität im Städtebau als Chance der Mischung von Bevölkerung

München: Der gefährdete Traum vom immerwährenden Wohlstand

- Wohlstandswachstum als sich selbst stabilisierender oder sich selbst gefährdender Prozess
- Kreativität und Wissen als Potenzial der Wohlstandsmehrung
- Die Entwicklung einer neuen Mobilitätskultur in der Region
- Solidarische Bürgergesellschaft in der individualisierten Stadtbevölkerung

Saarbrücken: Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit durch Verwaltungsreform und Dezentralisierung

- Effiziente Daseinsvorsorge durch Dezentralisierung



- Kooperation von Verwaltung und Bürgerschaft im Stadtteil
- Grenzüberschreitende Kooperation gegen Stadtschrumpfung

Stuttgart: Integration in der heterogenen und segregierten Stadt und Region

- Integration durch Segregation
- Informelle Ökonomie im segregierten Quartier
- Bürgergesellschaft im demographischen Wandel
- Ungleichheit in der „Europäischen Stadt“

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig, Tafel Difu „Integration“.

Zukunftskonzepte und Leitbilder als Antwort auf künftig wachsende Integrationsprobleme der modernen Stadt und Stadtgesellschaft waren Ziel einer ganzen Reihe der Städteprojekte. Angesichts zunehmender sozialer Ungleichheiten der Stadtgesellschaft zeichnen einige Projekte das Bild einer segregierten, zuweilen unsozialen und ungerechten Stadt. Nicht allein wachsende soziale Spannungen werden vorhergesagt, auch die Ungleichheiten zwischen Stadtteilen wachsen. Sowohl das

Auseinanderfallen einer bisher eher solidarischen Stadtgesellschaft als auch Brüche im Stadtbild werden als Bedrohung einer sozial gerechten, integrierten Stadt wahrgenommen. Polarisierung zwischen Armen und Reichen, Migranten und Deutschen wird prognostiziert ebenso wie Polarisierung zwischen guten und schlechten, prosperierenden und niedergehenden Stadtteilen und -lagen. Herausforderungen und Chancen im Zusammenhang mit anhaltender und wachsender Zuwande-

rung aus dem Ausland sind insbesondere für süddeutsche Städte, z.B. Stuttgart, ein wichtiges Forschungs- und Handlungsfeld.

Stuttgart: Zukunftsperspektive Zuwanderung

Da das Ausmaß der Zuwanderung und die Zusammensetzung der Zuwanderer von zahlreichen schwer vorhersehbaren internen und externen politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und demographischen Rahmenbedingungen abhängen, sind Voraussagen insbesondere auf der lokalen Ebene sehr schwierig. Alle Vorausschätzungen zur Zuwanderung nach Deutschland folgen der Annahme, dass Deutschland auch in Zukunft Zuwanderungsland bleiben wird und weiterhin positive Wanderungssalden mit dem Ausland zu verzeichnen sein werden. Ein prognostizierter bundesweiter Anteil Nichtdeutscher von 17 Prozent im Jahr 2030 dürfte daher einen Anstieg des Ausländeranteils in einigen Städten auf über 30 Prozent bedeuten. Zu erwarten ist dies z.B. für Frankfurt, München, Offenbach und Stuttgart. Gleichzeitig wird es zu einer weiteren kulturellen und sozialen Heterogenisierung, also wachsenden Unterschieden, sowie zu einem Bedeutungsverlust der ethnischen Zugehörigkeit durch Einbürgerungen kommen. Daraus resultiert auch für Stuttgart eine komplexere Ausgangssituation hinsichtlich Integration und Segregation.

Ausländeranteil in ausgewählten Agglomerationsräumen und Großstädten					
Agglomerationsräume	Anteil 1999	Entw. 90-99	Großstädte	Anteil 1999	Szenario 2030
Berlin	9,4	k.A.	Berlin	12,8	> 15
Duisburg/Essen	11,7	2,3	Duisburg	17,3	> 20
Düsseldorf	13,5	2,0	Düsseldorf	17,4	> 20
Hamburg	10,7	2,3	Hamburg	15,4	> 20
Köln	14,4	2,2	Köln	19,7	> 25
Leipzig	3,3	k.A.	Leipzig	5,1	k.A.
München	16,4	2,3	München	22,6	> 30
Rhein-Main	15,8	1,2	Frankfurt	24,1	> 40
Stuttgart	17,4	2,3	Stuttgart	24,5	> 30
alle Aggl.räume	11,6	k.A.			
alte BL	12,7	2,2			
neue BL	6,8	k.A.			

Quelle: BBR 2002, Münz, Seifert, Ulrich 1999

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

Integration, das lässt sich aus den Problembeschreibungen schließen, ist gefährdet. Integration stellt eine zentrale Leistung der Kommunen dar, die nicht angesichts der Schwere der Problemlagen aufgegeben werden kann. Die Frage stellt sich, welche Ziele die

Projekte verfolgen, wenn sie Integration zum Ausgangspunkt ihrer Zukunftsüberlegungen nehmen. Die Antwort hierauf ist nicht einfach, denn der Integrationsbegriff leidet mitunter an seiner verwirrenden Bedeutungsvielfalt, nicht zuletzt deshalb, weil sich verschiedene Ebenen und Dimensionen von Integration unterscheiden lassen:

- strukturelle oder systemische Integration (primär über die Bereiche Arbeitsmarkt und Bildung),
- politisch-rechtliche Integration (primär über Wahl und Partizipation),
- kulturelle oder identifikatorische Integration (primär über Sprache, Werte, Einstellungen, Lebensstile) und
- soziale Integration (primär über Netzwerke, Beziehungen, Beteiligung am gesellschaftlichen Leben).

Diese Vielfalt der Integrationsdimensionen wird in den Städteprojekten thematisch aufgegriffen, vor allem mit der Frage, auf welcher Ebene Kommunen ansetzen können, um ihre Integrationsleistung und -kraft zu entfalten.

Die Herausforderungen der Integration werden von den Städteprojekten des Forschungsverbundes primär in zweierlei Hinsicht gesehen. Zum einen diskutieren sie, was Gesellschaften eigentlich zusammenhält oder stabil hält, was „der Kitt“ einer pluralistischen und von widersprüchlichen Interessen geprägten Gesellschaft ist, wodurch solidarisches Handeln und Zusammenhalt in einer von Einzelinteressen geprägten Stadtgesellschaft befördert werden können. Die andere zentrale Frage richtet sich auf soziale Aspekte der Integration, und zwar darauf, wie bestimmte, insbesondere sozial und ökonomisch benachteiligte oder gesellschaftlich ausgegrenzte Gruppen (z.B. Arme, Migranten) in die Gesellschaft integriert werden können.

Bei der Suche nach Lösungsstrategien und Zukunftskonzepten besteht weitgehend Konsens darüber, dass sozialstaatliche Leistungen und Maßnahmen der Systemintegration (insbesondere die Integration über den Arbeitsmarkt) allein nicht mehr ausreichen, nicht zuletzt deshalb, weil die diesen Gruppen angebotenen Beschäftigungsverhältnisse fast grundsätzlich prekärer Natur sind. Zur Gewährleistung von Integration, darin sind sich die Projekte weitgehend einig, bedarf es darüber hinaus kommunikativer und diskursiver Formen der Beteiligung dieser Bürger und Bürgerinnen sowie einer stärkeren Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Ressourcen. Integration soll sowohl durch gezielte Stärkung der Teilhabe an bestimmten staatlichen und städtischen Leistungen erreicht werden als auch durch die Verbesserung der sozialen

Teilhabe, z.B. am städtischen Gemeinwesen oder an Netzwerken im Stadtquartier.

Perspektiven einer modernen Bürgergesellschaft: Viele Projekte ebnen den Weg für Stadtvisionen, bei denen es um eine verstärkte Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Ressourcen geht. Zentrale Ziele sind die Stärkung der lokalen Demokratie sowie die Förderung von Bürgerorientierung und Partizipation. Kreativität und soziale Kompetenzen von Bürgerinnen und Bürgern werden als wichtige Ressourcen für die Diskussion über die Zukunft der Städte gewertet. Dabei werden z.B. im Esslinger Projekt gezielt auch jene Bürgerinnen und Bürger in den Zukunftsdiskurs einbezogen, die aufgrund

ihrer finanziellen und sozialen Benachteiligungen gemeinhin als „weniger artikulationsstark“ gelten.

Auch das Münchner Projekt stellt für eine positive Gestaltung der städtischen Zukunft die Ressource „Bürgergesellschaft“ in den Mittelpunkt. München ist eine prosperierende Großstadtregion, deren wirtschaftliche Dynamik zur Verschärfung sozialer Disparitäten führt. Die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung bildet auch eine Gefahr für das Fortbestehen der Stadtgesellschaft als solidarische Gemeinschaft. Soziale Desintegration und Segregation sowie ein Verlust sozialen Zusammenhalts sind die Folge. Will München diesem Trend entgegenwirken, muss, so die Argumentation des Projekts, die

Esslingen: Wege zu den Leitbildern

Das Projekt unterscheidet sich methodisch von anderen Verfahren der Zukunftsbeschreibung, etwa über Prognosen, Szenarien oder Expertenbefragungen, und konzentriert sich auf die Zukunftserwartungen der beteiligten und betroffenen Einwohnerschaft des Stadtteils und deren subjektive Wertvorstellungen, mit denen die Vertreter der „politischen Landschaften“ konfrontiert werden.

Der Diskurs erforderte deshalb an den jeweiligen Inhalten und an den Teilnehmerkreisen orientierte spezifische Formen. Die Diskussion mit tendenziell wenig artikulationsstarken und -trainierten Bürgern machte eine geringe Formalisierung der Gespräche und die Wahl niedrigschwelliger Orte zwingend. Hier hat sich die Gruppendiskussion, die unter der Bezeichnung Café in ihren Merkmalen der TV-Talkshow entlehnt ist, ausdrücklich bewährt.

Der äußerst intensive Beteiligungsprozess, der von diesem Ansatz ausgelöst und getragen wurde, hat im Ergebnis über die Erwartungen des Antrags hinaus positiv überrascht. Er hat eine in dieser Breite bislang nicht erreichte Auseinandersetzung mit der Situation, den Konflikten, aber auch den Chancen des Stadtteils in Gang gesetzt, die sich nach Beendigung des Forschungsprojekts für eine bürgerschaftliche Partizipationskultur förderlich auswirken wird, wenn es gelingt, diesen Prozess dynamisch zu halten.

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.



München: Soziale Integration durch eine kinderfreundliche Stadtpolitik



Der gesellschaftliche Wandel kulminiert im Bedeutungswandel von Familie, die ihre sozial integrative Funktion eingebüßt hat. In der gezielten Besserstellung von jedweden Lebensgemeinschaften mit Kindern und in einer konsequent integrierten kinderfreundlichen Stadtpolitik wird die Schlüsselgröße für die sozial nachhaltige Reproduktions- und Integrationsfähigkeit einer Stadtgesellschaft der Zukunft gesehen.

Die sozial integrative Stadtgesellschaft der Zukunft ist ohne den Erhalt sozialstaatlicher Strukturen nicht denkbar. Solidarität, bürgerschaftliches Engagement, lokale Demokratie und weitere Bausteine der Bürgergesellschaft sind zusätzliche Strategieelemente, damit die sozialen Integrationsleistungen erbracht werden können, die von der Stadtgesellschaft der Zukunft verlangt werden.

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

Bürgergesellschaft dazu einen beachtlichen Beitrag leisten. Betroffene werden dabei zu Mit-Akteuren und Mit-Produzenten bei der Schaffung sozialer Güter und Dienste. Hierfür muss die Kommune Gelegenheiten zum bürgerschaftlichen Engagement eröffnen und fördern.

Umverteilung und sozialer Ausgleich durch kommunale Leistungen – die Suche nach einer neuen Sozialpolitik: Auf zunehmende Polarisierung zwischen einzelnen Stadtteilen und Stadtlagen reagieren einige Projekte, z.B. Saarbrücken und Esslingen, mit gezielten Stadtteilansätzen. Das zentrale Integrationsproblem, das in Saarbrücken herausgestellt wird, liegt demnach bei Stadtteilen, die vom städtischen Entwicklungsprozess – auch von

Investitionen von außen – seit längerer Zeit abgekoppelt sind. Dies erfordert, so die Argumentation, eine neue Sozialpolitik. Das Integrationsproblem kann nur gelöst werden, wenn personelle Kräfte sowie finanzielle Mittel gezielt in diesen Gebieten eingesetzt werden. Das Ziel der städtischen Sozialpolitik richtet sich demnach auf die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen und auf sozialen Ausgleich – Ziele, die durch gezielte, räumlich differenzierte und besondere Förderungen, Interventionen und Maßnahmen sicherzustellen sind. Die Herausforderung liegt allerdings darin, Grenzen des tolerierbaren Ausmaßes an Ungleichheit im Stadtgebiet zu definieren, um eine „Ungleichverteilung“ der ohnehin knappen Ressourcen zu rechtfertigen.

Wie die Verteilung von Ressourcen auch bei engen finanziellen Spielräumen der Kommunen gelingen kann, versucht Bremen aufzuzeigen. Das Projekt erschließt neue kommunalpolitische Handlungsfelder, indem es auf die Förderung von Gerechtigkeit und die Steigerung von Lebensqualität durch eine gerechtere Verteilung von Zeit zielt. Ausgangspunkt des Bremer Projekts ist die These, dass Lebensqualität nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der Zeit ist. Zeitressourcen sind jedoch gegenwärtig ungleich verteilt. Die Möglichkeiten zur individuellen Zeitgestaltung werden zunehmend zu einem Merkmal sozialer Privilegierung oder Benachteiligung. Abläufe des täglichen Lebens werden insbesondere von Frauen kritisch kommentiert, da die Vereinbarkeit verschiedener Lebenswelten – Beruf, Familie und Freizeit – zunehmend schwierig wird. Verbesserung der Lebensqualität soll durch eine Zeitgestaltung erreicht werden, die sozial und ökologisch verträglicher ist und sich am Alltag der Bewohner oder Nutzer städtischer Dienstleistungen orientiert. Diese Neuorientierung erfordert eine verbesserte Abstimmung von städtischen Zeitstrukturen (z.B. Öffnungszeiten, Fahrpläne) mit der individuellen oder familiären Alltagsorganisation.



Kulturelle Vielfalt in der Stadt

Sensibilisierung der politischen Akteure: Alle Lösungen und Diskussionen über das Integrationsproblem sind wenig wert, wenn dieses nicht in seinen Auswirkungen auf die Zukunft der Städte erkannt wird. Ohne eine Sensibilisierung der politischen Akteure kann die Lösung von Problemen, die die Zukunft der Städte maßgeblich bestimmen, nicht gelingen.

So diskutiert das Stuttgarter Projekt die Herausforderung kommunaler Integrationspolitik in der wirtschaftlich dynamischen Stadtregion Stuttgart. Kommunale Integrationspolitik, so ein zentrales Ergebnis des Projekts, muss Konzepte entwickeln, Zuwanderung akzeptieren und

unterstützen und partizipativen Ansätzen Geltung verschaffen. Dies wird als beträchtliche Herausforderung dargestellt, da die Bereitschaft der kommunalen Ebene, sich auf verstärkte Zuwanderung einzulassen, kritisch eingeschätzt wird. Doch erscheint dies als unerlässlich, denn nur so kann sich nach Auffassung des Projekts die Stadtregion bei schärfer werdendem interregionalem Wettbewerb auch in Zukunft behaupten. Dieses Beispiel zeigt, dass es nicht ausreicht, Wissen über die Zukunft zu erarbeiten und es z.B. politischen Akteuren zugänglich zu machen. Darüber hinaus sind Lernprozesse in den Städten und Regionen anzustoßen, Strukturen für die Vermittlung langfristiger Themen in den Kommunen müssen aufgebaut und vielfältige Formen der Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung, lokaler Öffentlichkeit sowie Bürgern und Bürgerinnen erprobt werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass extreme und zukünftig wachsende Probleme nicht erkannt und begriffen und somit auch nicht diskutiert, bearbeitet und bewältigt werden.

Bremen: Die zeitbewusste Stadt

Ziel: Flexibilisierung der Betreuung in den Kindertagesheimen durch

- erhöhte Flexibilität der regelmäßigen Betreuungsangebote über den Tagesverlauf;
- höhere Betreuungs- und Planungssicherheit für die Familien über größere Zeitabschnitte (auch Ferien, unkalkulierbare Vorkommnisse wie Krankheiten etc.);
- verbesserte Spielräume für pädagogische Angebote und Profilbildung einzelner Einrichtungen

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.



Visionen einer zukünftigen Stadt: Nicht ohne (Bürger-)Beteiligung

Die zukünftige Gestaltung der Städte und Regionen wird durch politisches Handeln entschieden, das eine Verständigung über Visionen, Konzepte und Leitbilder voraussetzt. Diese Bilder und Konzepte müssen wachsen, sich entwickeln. Sie erfordern Engagement, nicht nur von Politik und Stadtverwaltung, nicht ausschließlich von Wissenschaft und Planungsinstitutionen, sondern auch seitens der Bevölkerung. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Diskussion über die Zukunft der Städte, an der Entwicklung der Leitbilder, stellte eine zentrale Herausforderung der Ausschreibung des Forschungsverbundes „Stadt 2030“ dar. Infolgedessen haben nahezu alle Projekte Partizipationsverfahren vorgesehen, Dialoge mit der Bevölkerung geführt und

dafür unterschiedliche Kommunikationsverfahren angeboten. Die in den einzelnen Projekten entwickelten partizipativen Verfahren umfassten darüber hinaus die Mitwirkung ausgewählter lokaler und regionaler Akteursgruppen sowie von Expertinnen und Experten.

Unterschiedliche Intentionen der Bürgerbeteiligung: Beteiligung und Partizipation sind nicht selbstverständlich, sie werden initiiert und sie verfolgen bestimmte Ziele und Zwecke; in der Regel befassen sie sich mit einem Thema oder einem Anlass. In den Projekten des Forschungsverbundes Stadt 2030 werden unterschiedliche Intentionen der Beteiligung sichtbar.

Esslingen: Impressionen aus den Bürgercafés



Quelle: Projektpräsentation beim Workshop „Integration“ am 14./15. Februar 2002 in Stuttgart.

So zielte die Partizipation der Bürger an den Leitbildentwicklungsprozessen z.B. darauf, soziale Integrationsprozesse zu initiieren. Ein Beispiel hierfür ist das Esslinger Projekt, das Methoden entwickelt, um benachteiligte und beteiligungsferne Bevölkerungsgruppen sozial und politisch einzubinden. Beteiligung kann auch darauf zielen, Wissen zu vermitteln und damit zu einer Sensibilisierung selbst für schwierige Themen beizutragen. Das Eisenhüttenstädter Projekt versuchte beispielsweise in Themen- und Zukunftswerkstätten lokale Akteure und Bevölkerung für die Themen Schrumpfung und Alterung der Gesellschaft zu sensibilisieren. Das Städteprojekt Erlangen bediente sich so genannter Multiplikatoren, um gesundheitliche Aufklärung in der Bevölkerung zu betreiben. Projekte dieser Art begründen ihre Verfahrensorientierung zumeist in der Vorstellung, dass durch Partizipation, hier im Rahmen von Workshops und themenorientierten Arbeitsgruppen für die Bevölkerung, jene Probleme, die es in Zukunft zu bearbeiten und zu lösen gilt, erst erkannt werden müssen. Im Zuge dieses Prozesses sollen weitgehend vorgegebene Handlungsbedarfe oder Zukunftsprobleme von der Bevölkerung vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Lebensumstände reflektiert und diskutiert werden. Damit zielt diese Form der Beteiligung auf das Gewinnen relevanter Informationen über die Bedürfnisse der Bevölkerung, so dass im Idealfall Planende und Beteiligte voneinander lernen. Der Bedarf an nutzbaren Freiräumen etwa in Dietzenbach, die Unzulänglichkeit vorhandener Spielräume in Schwalm-Eder-West oder der Wunsch nach einer anderen Qualität der Freizeiteinrichtungen in Stuttgart sind nur einige dieser Ergebnisse, die allerdings nur kurzfristig zu behebende Defizite betreffen und weniger auf zukünftige Probleme der Stadt abstellen. Beteiligung kann auch darauf zielen, bereits getroffene politische Entscheidungen und Zielrichtungen zu legitimieren. Diese Intention unterscheidet sich deutlich von dem

Anspruch der politischen Einflussnahme durch Partizipation: Insbesondere Esslingen, Dietzenbach und Stuttgart richteten ihre Beteiligungsansätze gezielt auf jene Gruppen, z.B. Kinder und Jugendliche, Migranten und ökonomisch und sozial benachteiligte Bewohner bestimmter Stadtquartiere, die sich in der Regel nicht (öffentlich) artikulieren und in Entscheidungen über die zukünftige Gestaltung der Stadt oder des Stadtteils bislang nur wenig einbezogen werden. Durch diese Ansätze sollten mittelbar Kommunikation und Interaktion befördert und damit soziale Integrationsprozesse unterstützt werden, außerdem sollten den genannten Bevölkerungsgruppen Möglichkeiten der politischen Artikulation und Einflussnahme erschlossen werden.

Ungeachtet der Vielfalt der Intentionen, die in den Projekten mit der Beteiligung der Bevölkerung verfolgt wurden, stellte sich bei allen Ansätzen ein gemeinsames Problem: die Zukunftsperspektive 2030. Denn Bürger und Bürgerinnen, die sich engagieren, verfolgen meist das Ziel einer Lösung kurzfristiger, zeitnaher, sehr konkreter Probleme, von denen sie als Personen unmittelbar betroffen sind. Langfristige Perspektiven, seien diese aus Sicht von Experten und Expertinnen noch so gravierend und bedrohlich, sind in Beteiligungsprozessen nur schwer zu vermitteln. Die folgenden ausgewählten Beispiele illustrieren die Breite der gewählten, zum Teil experimentellen Ansätze und Versuche, die nicht zuletzt darauf zielen, das für „Stadt 2030“ notwendige Denken in die Zukunft zu erleichtern.

Beteiligungsansätze: Einen ungewöhnlichen Weg der Ansprache der Bevölkerung wählte das Projekt „Dietzenbach 2030 – definitiv unvollendet“, das sich im Rahmen des Forschungsverbunds „Stadt 2030“ nicht nur gegen die Erarbeitung eines Leitbilds aussprach, sondern die vorhandenen Fragmentierungen der baulichen Struktur der Stadt und die soziale Vielfalt der Bevölkerung als besondere Potenziale der Stadt sichtbar machen wollte. Mittels eines Experiments im öffentlichen Raum wurde versucht, einen Diskurs über die Zukunft der Stadt in Gang zu setzen und neue Formen der Beteiligung zu initiieren und zu erproben. Als Anreiz bekamen die Einwohner/innen von Dietzenbach die Gelegenheit, eine innerstädtische Fläche von maximal 100 qm zu besetzen und einen Nutzungswunsch zu äußern.

In die Projektarbeit Kinder und Jugendliche einzubinden, die die Folgen der Entwicklungen im Jahr 2030 spüren werden, war die Idee von vier Projekten mit jeweils sehr unterschiedlichen Ansätzen. Während in

Dietzenbach: Die Befragung der Bürgerinnen und Bürger



Befragungen im Bauwagen

Die Bürgerinnen und Bürger Dietzenbachs konnten im Projektbüro an der Rakovnikpassage von August bis Dezember 2002 an sechs Tagen in der Woche einen Nutzungswunsch für ihre Parzelle äußern.

Der niedrigschwellige Beteiligungsansatz, die Befragung in einem Bauwagen, setzte ein hohes Maß an Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger voraus, denn die Menschen wurden von uns gerade nicht aufgesucht, sondern wurden selbst initiativ. Unter diesen Bedingungen ist es als bemerkenswert anzusehen, dass sich so viele Bürgerinnen und Bürger interessiert und beteiligt haben.

Überraschend ist die Beteiligungsstruktur. Es gelang die Mobilisierung gesellschaftlich bislang wenig eingebundener Gruppen innerhalb der Stadtbevölkerung. Zu einem Großteil nutzten Dietzenbacher Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund das Vor-Ort-Büro. Von diesen besitzt fast die Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft.

Der größte Teil der Nutzungsanfragen für eine Parzelle – über 80 Prozent – bezog sich auf eine Kleingartennutzung sowie auf Spielmöglichkeiten für die Kinder. Nur ein geringer Teil war an Nachbarschaft, Kunst oder Sonstigem interessiert.

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

Kiel und Schwalm-Eder-West Wettbewerbe für Schüler und Schülerinnen ausgeschrieben wurden, bezog das Städteprojekt Dietzenbach die jüngere Bevölkerung in die Vorbereitung ihrer provokativ ausgerichteten Kunstaktion mit ein. Das Stuttgarter Projekt wiederum erarbeitete internetgestützte Szenarien mit Jugendlichen, um die Chancen des Einsatzes neuer Medien für die Qualifizierung partizipativer Prozesse zu untersuchen; außerdem ging es darum, die Möglichkeiten zu erweitern, sich aus gegenwärtig erlebten Zwängen zu lösen und spielerisch Zukunft zu entwickeln.

Auch die Projekte Erlangen sowie Guben/Gubin erprobten internetgestützte Beteiligungsformen, die sich jedoch an alle Altersgruppen der Bevölkerung richteten. Kernanliegen aller Ansätze war es, möglichst niedrigschwellige und den Zielgruppen entsprechende Partizipationsmöglichkeiten über den virtuellen Kommunikationsweg anzubieten.

Einen im Kontext des Forschungsverbundes „Stadt 2030“ einzigartigen Beteiligungsansatz entwickelte das Städteprojekt „STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig“. Mit dem bis dahin nur im städtischen Kontext praktizierten Bürgergutachten wurde ein neuartiges Partizipationsmodell auf regionaler Ebene erprobt. Angesichts der vermeintlichen Alltagsferne regionaler Fragestellungen einerseits und der bis auf zwei Ausnahmen (Region Stuttgart und Region Hannover) nicht vorhandenen direkten Einflussmöglichkeiten auf regionale Entscheidungsprozesse wurde hier ein Experiment gewagt. Das Auswahlverfahren mit dem Anspruch der Repräsentativität sicherte eine Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen, so dass Vorstellungen und Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen in das Bürgergutachten einfließen konnten.

Perspektiven der Bürgerbeteiligung: Das Erlanger Projekt evaluierte im Rahmen der Forschungstätigkeit den

Kiel: Visionen der Jugend

Im Rahmen des Projektes „Zukunft Kiel 2030“ wurde ein beispielhafter Jugendwettbewerb durchgeführt, in dem Jugendliche von 15 bis 20 Jahren ihre eigenen Ideen und Visionen von ihrer Stadt der Zukunft entwickeln konnten. Die Besonderheit Kiels – die Lage am Meer – sollte bei der Ideenentwicklung im Mittelpunkt stehen, egal, ob über Wohnen, Jobs, Freizeit, Mobilität, Kommunikation oder worüber auch immer nachgedacht wurde. Die Ergebnisse des Wettbewerbs sind eindrucksvoll: Viele der Beiträge sind technisch aufwändig und hochwertig präsentiert. Aus der Sicht der Kieler Jugend setzen sie sich überlegt und sehr konkret mit Zukunftsfragen der Stadt und ihrer Menschen auseinander.

Die Jugendlichen sagen Ja zu ihrer Stadt, engagieren sich für deren Attraktivität. Viele Beiträge befassen sich mit dem Verkehr der Zukunft und seiner Entwicklung. Wichtig erscheint den Jugendlichen die Schaffung neuer, aktiver und anspruchsvoller Erlebnisinseln in Kiel. Immer wurde versucht, Zukunftsfähigkeit ökologisch verträglich zu gestalten.



Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

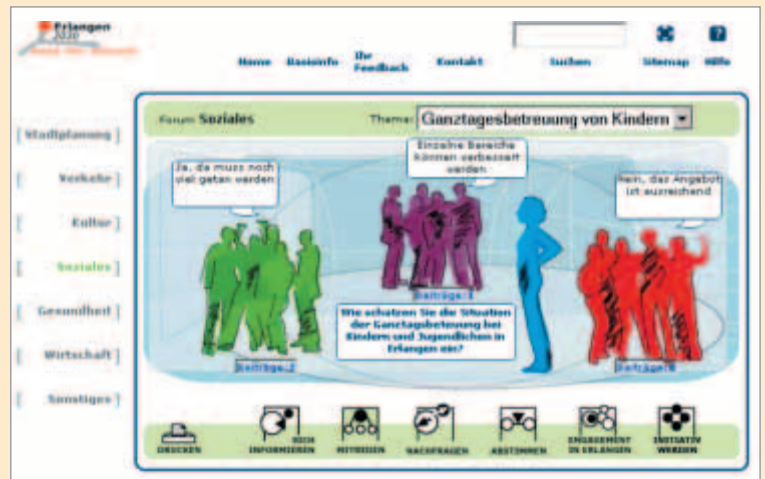


Erlangen: Virtuelles Haus für Zukunft

Zentrale Aufgabe des virtuellen Hauses für Zukunft ist die Förderung von Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger Erlangens an der Zukunftsgestaltung der Stadt. Es bietet die Möglichkeit zur Diskussion und Mitgestaltung an der kommunalen Entwicklung der Stadt Erlangen.

Ausgangspunkt sind Themen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürgern selbst sowie von Initiativgruppen der Erlanger Bevölkerung. Dabei setzt das Projekt auf die traditionell hohe Bereitschaft der Erlanger Bürgerschaft zu freiwilligem Engagement. Das Haus für Zukunft bearbeitet also nicht selbst Themen, sondern unterstützt die Bürger Erlangens in ihrem Engagement.

Quelle: <http://www.haus-fuer-zukunft.de>, 9. August 2004.



eigenen Partizipationsansatz und kam zu Schlüssen, die verallgemeinerungsfähig sind. Demnach setzt Beteiligung ein konkretes Thema oder einen konkreten Anlass voraus, es sollte um die Interessen der Beteiligten gehen. Das allgemeine Thema „Zukunft der Stadt“ ist dafür nicht geeignet – dies war allerdings eine Hoffnung, die einige Projekte im Forschungsverbund gehegt hatten. Vielmehr sollte Öffentlichkeitsbeteiligung an Themen ansetzen, die unmittelbar berühren, gleichzeitig politisch relevant als auch in der Alltagswelt von Bedeutung sind. Ziel und Inhalt der Beteiligung müssen darüber hinaus klar „gerahmt“ sein. Diese Ansprüche sind in ihrer Gesamtheit nur schwer einzulösen, auch im Forschungsverbund „Stadt 2030“ ist dies nicht allen Projekten gelungen.

Soll eine Beteiligung erfolgreich sein, gilt es einige Fragen vor dem eigentlichen Anstoß zur Beteiligung zu klären:

- Die Intentionen der Beteiligung sollten allen vollkommen klar sein.
- Es sollten für das jeweilige Beteiligungsziel angemessene Beteiligungsformen gefunden werden.
- Die Ergebnisse von Beteiligungsverfahren sollten dann Verbindlichkeit erlangen (z.B. Eingang in die Politik finden, wenn dies eine Intention der Beteiligung war). Darauf sollten die erforderlichen Rahmenbedingungen, z.B. die politischen und verwaltungsinternen Entscheidungsstrukturen und Umsetzungsstrategien, abgestimmt werden.
- Es sollte allen klar sein, warum, an welcher Stelle und in welcher Phase des Projekts Beteiligung von welchen Gruppen sinnvoll ist.

Guben/Gubin: Der Stadtbaukasten

Die Vermittlung von Leitbildinhalten – Themen zukünftiger Veränderungen also – war das primäre Ziel eines Internet-Stadtspiels, welches das Forschungsteam „Stadt 2030“ entwickelte und während der Leitbildgenerierung in der Doppelstadt Guben/Gubin als Experiment zum Einsatz brachte.

Zielgruppe für die Kommunikation waren die Bürger der Doppelstadt Guben/Gubin an der deutsch-polnischen Grenze. Über einen Zeitraum von fünf Wochen, vom 9. Mai bis 16. Juni 2003, konnten diese auf den Stadtbaukasten unter dem Motto „Sind Sie reif für die Insel???“ zugreifen. Dabei wurden die Teilnehmer auf spielerische Art und Weise mit den Leitbildthemen in Berührung gebracht.



Quelle:
Infobrief
„Stadt 2030“,
Ausgabe 12
(November
2003).

Gender-Perspektiven im Forschungsverbund „Stadt 2030“

Die Bevölkerung in den Städten wird von einer immer größeren Vielfalt unterschiedlicher Lebensstile und wachsender Ungleichheit geprägt sein, ihr Durchschnittsalter wird steigen, sie wird sich aus vielen Nationalitäten zusammensetzen, wird ärmer und reicher zugleich sein – hinsichtlich der Einschätzung dieses Trends herrscht im Forschungsverbund „Stadt 2030“ Übereinstimmung. Auch die Zusammensetzung der Erwerbstätigen wird sich zwangsläufig weiter differenzieren und zu einer verglichen mit heute bunteren und weiblicheren Arbeitsgesellschaft führen. Diese absehbaren Veränderungen stehen in einem offensichtlichen Zusammenhang mit den Auswirkungen des soziodemographischen Wandels und den aktuellen Veränderungen des Geschlechterverhältnisses selbst. Mit der Zielperspektive 2030 rücken deshalb auch Veränderungen zwischen den Geschlechtern in den Mittelpunkt. Diese Perspektive wurde von einigen der beteiligten Städteprojekte gewählt und entweder in der Konzeption und Auswertung einzelner Prozesse aufgegriffen oder in das inhaltliche Konzept des Projekts integriert.

Beteiligung von Frauen und Männern: Der Wettbewerb „Stadt 2030“ enthielt die Aufforderung, Partizipationsverfahren und dialogische Prozesse unter Beteiligung der Bevölkerung zu entwickeln. Die Projekte beriefen begleitende Beiräte, organisierten Arbeitsgruppen, Foren, Workshops und sonstige Veranstaltungen und erprobten kreative Formen der Kommunikation und Kooperation. Zur Teilnahme von Frauen und Männern

liegen zwar keine gesonderten Daten vor, jedoch werteten einzelne Projekte ihre Beteiligungsprozesse dahingehend gezielt aus.

Kleingruppen oder Kunstaktion: Das Projekt „Esslingen 2030: Bürger sein heute – Bürger sein 2030“ organisierte Diskussionen in Kleingruppen. Dazu wurden gezielt jüngere Frauen, auch muslimische Frauen und Mütter, angesprochen. Einen vollkommen anderen Weg wählte das Projekt „Dietzenbach 2030 – definitiv unvollendet“. Mit einer „ästhetischen Setzung“, das heißt einer auf den innerstädtischen Brachflächen installierten Stelenreihe, wurde eine neue Form der Kommunikation gewählt. Die damit verbundene Aktion einer temporären Flächeninbesitznahme von 100 qm sollte die sonst eher beteiligungsfernen Bevölkerungsgruppen zur Mitwirkung einladen. Durch diese ungewöhnliche Aktion konnte ein Beteiligungsprozess initiiert werden, mit dem vor allem auch Migrantinnen und Migranten sowie ältere Frauen mobilisiert werden konnten.

Offener Zugang und Alltagsthemen: Sowohl Esslingen als auch Dietzenbach weisen im Hinblick auf die erfolgte Beteiligung nach, dass es mit einem vollkommen offenen Angebot, das Eigeninitiative voraussetzt, und mit der Organisation gruppenspezifischer Diskussionen gelingen kann, bisher nur schwer anzusprechende Teile der Bevölkerung in städtische Diskurse einzubeziehen. Thematische Alltagsnähe sowie niedrige Zugangsschwellen der Angebote dürften zu diesem Erfolg beigetragen haben.

Gender Mainstreaming

Gender

kommt aus dem Englischen und bezeichnet die gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechtsrollen von Frauen und Männern. Diese sind – anders als das biologische Geschlecht – erlernt und damit auch veränderbar.

Mainstreaming

(englisch für „Hauptstrom“) bedeutet, dass eine bestimmte inhaltliche Vorgabe, die bisher nicht das Handeln bestimmt hat, nun zum zentralen Bestandteil bei allen Entscheidungen und Prozessen gemacht wird.

Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt.

Mit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages (EG-Vertrag) am 1. Mai 2004 wird der Gender-Mainstreaming-Ansatz zum ersten Mal in rechtlich verbindlicher Form festgeschrieben. Art. 2 und 3, Abs. 2 EG-Vertrag verpflichten die Mitgliedstaaten zu einer aktiven Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming.

Die Gemeinsame Geschäftsordnung (GGO) der Bundesministerien wurde am 26.7.2000 novelliert. Der neue § 2 GGO lautet:

„Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist durchgängiges Leitprinzip und soll bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesregierung in ihren Bereichen gefördert werden (Gender Mainstreaming).“

Quelle: gender-mainstreaming.net

Dietzenbach: Partizipation einmal ganz anders



Luftbild Stelenreihe/Bauwagenstandort, Quelle: Infobrief „Stadt 2030“, Ausgabe 15 (Juni 2004)

Adressaten des Aufrufs zur temporären Nutzung von 100 qm freier Fläche in Dietzenbach waren Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von ihrer finanziellen Lage und sozialen Schicht und unabhängig von der Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Stadt und der Einbindung in deren gesellschaftliche Strukturen. Die Bereitschaft zur Interessenartikulation, zu Engagement und somit zur Eigeninitiative war wesentliche Voraussetzung für die Teilnahme. Unter Berücksichtigung der noch immer geltenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der daraus resultierenden räumlichen Segregation ergab sich ... ein spezieller Umgang mit Öffentlichkeit.

Bemerkenswert ist ..., dass sich vom Projekt viele Frauen, insbesondere Migrantinnen, angesprochen fühlten, die als besonders schwer erreichbare Gruppe gelten. Auch den vermehrt präsenten älteren deutschen Frauen mit ihren eher privaten Netzwerken wurden ein neuer Zugang zur Öffentlichkeit und eine Anlaufstelle geboten, in der sie ihre Interessen artikulieren konnten. In der Anfangsphase des Projekts erfolgte die Kontaktaufnahme zum Bauwagenteam überwiegend durch Frauen, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie durch ältere deutsche Frauen. Diese nutzten das Projektbüro zum Einholen von Projekt-Informationen und übernahmen somit Multiplikator-Funktionen. Hier wurde die Erfahrung gemacht, dass über die Frauen oftmals die Familien als Ganze zu erreichen waren.

Quelle: Böhm-Ott, Stefan, u.a.: *Bürgerschaftliche Interessen als zentrale Ressource kommunaler Selbstverwaltung*, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) 2005: *Lokale Demokratie*, Der Forschungsverbund „Stadt 2030“, Band IV, Opladen (in Vorbereitung).



Mit der Möglichkeit temporärer Flächennutzungen könnte folglich eine der wesentlichen Zielsetzungen von Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklungspolitik erfüllt und ein wichtiger Beitrag dazu geleistet werden, Frauen wie Männern die gleichberechtigte Nutzung des öffentlichen und halböffentlichen Raumes zu ermöglichen und somit Dietzenbach für die dort lebenden Menschen lebenswerter zu gestalten.

Quelle: Infobrief „Stadt 2030“, Ausgabe 14 (Februar 2004).

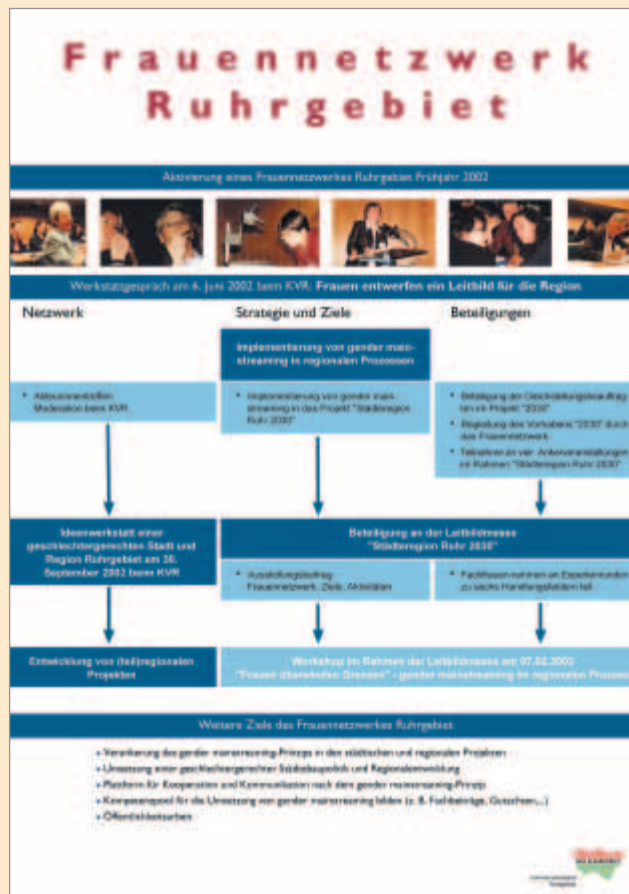
Städteregion Ruhr: Implementierung von Gender Mainstreaming durch Akteure von außen



Der Prozess zur Implementierung von Gender Mainstreaming im Projekt der Städteregion Ruhr 2030 wurde von außen und von „unten“ (bottom up) durch das Frauennetzwerk Ruhrgebiet angestoßen und weiterverfolgt. Denn parallel zum Leitbildprozess der Ruhrgebietsstädte hatten sich die Akteurinnen der Region (Planerinnen, Gleichstellungsbeauftragte und Wissenschaftlerinnen) zum informellen „Frauennetzwerk Ruhrgebiet“ geschlossen und sich damit auch zur Kooperation am Leitbildprozess der Städteregion Ruhr neu aufgestellt.

Dem Frauennetzwerk Ruhrgebiet gelang es über die Gleichstellungsbeauftragten in den Ruhrgebietsstädten, Gender Mainstreaming als Handlungsleitlinie zusammen mit dem Ziel der Nachhaltigkeit im „Kontrakt der Städte“ zu verankern, der die Zusammenarbeit über das Forschungsvorhaben hinaus regelt.

Quelle: Infobrief „Stadt 2030“, Ausgabe 14 (Februar 2004), gekürzte Darstellung.



Lokale Zeitpolitik: Gezielt mit Aspekten des Geschlechterverhältnisses befasste sich das Projekt Bremen. Zwar wurde es nicht unter dem GM-Aspekt konzipiert und umgesetzt, aber durch die Suche nach der zeitbewussten Stadt der Zukunft und deren Erprobung in Experimenten stand von Anfang ein geschlechterpolitisches Thema im Vordergrund, da die vorgegebenen Zeitraster im Alltag – z.B. durch Ladenöffnungszeiten und Betriebszeiten – vor allem häufig Frauen in ihrem Wunsch behindern, verschiedene Lebenswelten, z.B. die von Erwerbs- und Familienarbeit, miteinander zu verbinden.

Aufbauend auf dem Leitbild „Bremen 2030 – eine zeitbewusste Stadt“ wurden in ausgewählten Stadtteilen Bremens stadtteilbezogene Vereinbarungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern, privaten und öffentlichen Betrieben, Verkehrsträgern, Gewerbetreibenden usw. angestrebt. Mobilitätspakte, Kinderbetreuungszeitpakte und Stadtvitalisierungspakte stehen für eine Verknüpfung

des Ansatzes der Zeitgerechtigkeit mit der Erprobung bisher unbekannter Modelle einer Umsetzung.

Der Blick in die Zukunft: Die Auseinandersetzung mit Perspektiven des Geschlechterverhältnisses führten die Projekte trotz nahe liegender Themen wie Bevölkerungsrückgang, Alterung der Gesellschaft und Abwanderung nur sehr zurückhaltend. Angesichts des dramatischen Geburtenrückgangs und dessen weit reichenden Folgen sowie des noch ungelösten zukünftigen Verhältnisses von privater und öffentlicher Versorgung von Kindern und pflegebedürftigen alten Menschen ist mit solchen Unterlassungen die Gefahr verbunden, dass real bestehender, starker Handlungsdruck schlicht ignoriert wird. Die beteiligten Projekte entwickeln nur zaghaft Alternativen zu möglichen Szenarien, die Skizzen einer Zukunft etwa für einzelne Stadtteile am Stadtrand liefern, in denen überwiegend hochbetagte und allein lebende Frauen in tendenziell entsiedelten oder noch

immer unzureichend erschlossenen Einfamilienhaus-siedlungen leben. Beunruhigend sind auch Bilder zukünftig menschenleerer Regionen – hervorgerufen durch den mittlerweile deutlichen Trend einer zunehmenden Abwanderung ausgebildeter junger Frauen aus den schrumpfenden Regionen Ostdeutschlands. Die politisch Verantwortlichen scheinen solchen Aussichten bisher eher hilflos gegenüber zu stehen. Gerade für schrumpfende Regionen könnte jedoch die Thematisierung der Situation erwerbstätiger und erwerbssuchender Frauen in unterschiedlichen Szenarien erste Hinweise auf zukünftig wichtige Stell-

schrauben und Weichenstellungen in den Kommunen liefern.

Die Suche nach strategischen Ansätzen für den demographischen Wandel, die Entwicklung von geeigneten Formen der Bewältigung sowie unterschiedlicher Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mütter und Väter – all dies kann und soll nur unter Einbeziehen einer Gender-Perspektive geschehen. Wenn die Kommunen hierfür zukunftsfähige Lösungen entwickeln wollen, müssen sie immer mehr auch an die Zukunft des Geschlechterverhältnisses denken.

Bremen: Eine zeitbewusste Stadt

Das Bremer Forum „Zeiten der Stadt“ ist zu mehr als der Hälfte mit Frauen besetzt. Desgleichen arbeiten im ressortübergreifenden Arbeitsstab von „Bremen 2030“ viele Frauen und natürlich eine Vertreterin der Zentralstelle für die Gleichstellung mit. Der Geschlechterblick zieht sich durch den gesamten zeitpolitischen Ansatz hindurch – damit auch durch das Projekt Bremen 2030.



Quelle: Auszug aus dem Beitrag für den Infobrief „Stadt 2030“ Nr. 14/2004.

Eine zeitgerechte Stadt gestaltet ihre unterschiedlichen Handlungs- und Entscheidungsfelder sowie Ressourcen in einer Weise, dass sie achtsam mit der Lebenszeit – als Ressource wie als kulturelles Medium – der in ihr wohnenden und sich zeitweilig aufhaltenden Menschen umgeht und deren Zeitwohlstand zu steigern trachtet.

Ausgewählte Ergebnisse des Projektteams Bremen 2030:

- Leitvision Bremen 2030 – eine zeitgerechte Stadt (in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsstab Bremen 2030)
- Pakte und Dialoge I – zeitpolitische Zugänge zu städtischen Mobilitätsproblemen im Bremer Osten
- Pakte und Dialoge II – Mobilitätspakt als Beitrag zur Revitalisierung des Mittelzentrums Vegesack
- BürgerServiceCenter im Vergleich: Öffnungszeiten und Servicequalität
- Bedingungen und Möglichkeiten einer familienfreundlichen Flexibilisierung von Betreuungszeiten der Kindertagesheime in Bremen

Projektbeispiel: Kinderbetreuung in Obervieland

In einem Stadtteil wurden die Öffnungszeiten der Kitas zum Gegenstand eines Aushandlungsprozesses zwischen Trägern, Eltern und Erzieherinnen gemacht. Es ging darum, modellhaft einen „Zeitpakt“ zu schließen, der – ohne die Zeitkonflikte zu leugnen – mögliche Kompromisslinien ausschöpfte, die den Zeitinteressen aller Beteiligten gerecht wurden. An den Aushandlungsprozessen nahmen viele Frauen, aber auch einzelne Väter, teil.

Ziel: Flexibilisierung der Betreuung in den Kindertagesheimen durch

- erhöhte Flexibilität der regelmäßigen Betreuungsangebote über den Tagesverlauf
- vergrößerte Betreuungs- und Planungssicherheit für die Familien über größere Zeitabschnitte (auch Ferien, unkalkulierbare Vorkommnisse wie Krankheiten usw.)
- verbesserte Spielräume für pädagogische Angebote und Profilbildung einzelner Einrichtungen

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

Schlussbetrachtung zum Forschungsverbund „Stadt 2030“

Wie zu Beginn ausgeführt, war eine Umsetzung der Forschungsergebnisse nicht verlangt. Sie war sogar explizit ausgeschlossen, um den Projekten frei vom Alltagsdruck, der mit Umsetzungsanforderungen zwangsläufig einsetzt, Freiräume des Denkens zu eröffnen. Das gewünschte Ergebnis waren Visionen der Stadt- und Regionalentwicklung. Zeitgemäße Zielformulierungen für Städte und Regionen stellen nicht Entwürfe dar, die erst einmal fertig sein müssen, ehe man an ihre Umsetzung und Verwirklichung gehen kann. Und je weiter ein Projekt von einem Entwurfskonzept entfernt ist, wie es die Planung der 1960er-Jahre bestimmt hat, desto weniger lassen sich Konzeptionsentwicklung und „Anwendung“ oder „Verwirklichung“ trennen. Um dafür ein Beispiel zu nennen: Das Vertragskonzept des Projekts „Städteregion Ruhr“ kann sich als Programm sinnvollerweise nur in direkten Anwendungsversuchen bewähren, wie es in diesem Projekt dann auch praktiziert wurde.

In raumplanerischen oder städtebaulichen Konzepten tendiert man heute zu einer engen Verbindung von Zielentwicklung und Implementation, und zwar aus mindestens zwei Gründen: Erstens soll eine einfache Extrapolation vermieden werden, also die reine Fortschreibung gegenwärtiger Bedingungen in eine Zukunft, die ganz anderen Anforderungen unterliegen könnte. Und zweitens muss jede Prognose in die Zukunft als potenziell fehlerhaft gelten können, so dass niemals eine Langfristplanung mit Sicherheit auf solchen Prognosen aufbauen darf. Sowohl die Prognosen oder Trendaussagen als auch die daraus resultierenden Lösungen müssen gerade in langfristiger Planung ständig korrigierbar bleiben. Moderne Planung zielt also darauf, die Forderung langfristiger Perspektivenentwicklung mit Strategien zur Vermeidung von Irrtümern zu verbinden.

Gegenwärtige Planungstheorie bemüht sich nun darum, rationale, analytische Verfahren zu entwickeln, die diesen Anforderungen der Fehlervermeidung, der Irrtumsminimierung und Revidierbarkeit genügen. Sie zielt also, so könnte man vereinfachend sagen, auf Verfahren, die ein immer begrenztes Wissen von Zukunft kompensieren, die verhindern, dass es zu intellektuellen Fehlern durch Fehleinschätzung von Zukunftswissen kommt. Im Forschungsverbund „Stadt 2030“ aber zeigte sich, dass dies nur eine Seite von Zukunftswissenschaft, von zukunftsbezogenem Denken und Handeln ist. Vermutlich gravierender als diese Begrenzungen von Wissen ist die Tatsache, dass Aussagen über die Zukunft und Handlungsentwürfe für die Zukunft ein normatives Problem darstellen. Zukunftsaussagen und Zukunfts-

fixierungen, wie sie mit Planung unvermeidlich erfolgen, stellen normative Festlegungen und Entscheidungen dar, die auf gegenwärtigen Werten, Einstellungen und Orientierungen basieren. Aussagen über die Zukunft sind demnach nicht nur bedingt haltbare, sichere Aussagen zu dem, was sein wird, sondern viel mehr und vor allem Setzungen zu dem, was sein soll. Und dieses Sollen unterliegt gerade dann, wenn es auf Zukunft gerichtet ist, gegenwärtigen Normen und Werten, von denen man entweder nicht weiß, ob sie in Zukunft Bestand haben können, für die man aber wünschen oder gerade nicht wünschen kann, dass sie Bestand haben sollen oder nicht.



Umsetzung einer Stadtkonzeption der 1960er Jahre

Der normative Rahmen, der Stadtentwicklung in den letzten Jahren und auch noch zurzeit bestimmt, lässt sich nun aber einigermaßen klar beschreiben und benennen, und zwar als „sozialstaatlicher“ Konsens. Dieser Konsens ist von drei entscheidenden Normen getragen: zuerst einmal vom Wert hoher, zumindest relativer Gleichheit in der Bevölkerung. Soziale Ungleichheit sollte also nach Möglichkeit begrenzt sein, wie es im Verfassungsgebot von der „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen“ zum Ausdruck kommt. Den zweiten Grundsatz bildet die Vorstellung eines starken, handlungsfähigen Staates, eines Staates mithin, der in der Lage ist, in seinen und ihm nachgeordneten Institutionen – z.B. den Kommunen – die

Dietzenbach: Ästhetische Setzung



Die ästhetische Setzung in Dietzenbach konfrontierte die Bevölkerung mit einer Reihung von 2500 Holzstelen, die in der Mitte des unbebaut gebliebenen Zentrums aufgestellt worden waren. Die Achse der Stelenreihe nimmt Bezug auf die Verkehrsadern bis hin zur Einflugschneise des Frankfurter Flughafens als Ausdruck des Unterwegsseins, also des Nicht-verwurzelt-Seins der mehrheitlich neu hinzugezogenen Bewohnerschaft.

Auf den leeren Flächen der Stadtmitte stellt die Stelenreihe sinnbildlich den Umgang mit Brachflächen zur Diskussion. Jede einzelne Stele verweist auf die Möglichkeit eines jeden Bürgers und einer jeden Bürgerin, einen „Claim“ von 100 qm einer Brachfläche abzustecken und temporär zu nutzen. Mit der Versetzung der Stele von der Reihe auf die Parzelle wird die Inbesitznahme ritualisiert und der Claim anschließend sichtbar gemacht.



Potenzial der Ästhetischen Setzung

Medium: Die ästhetische Setzung dient als Medium, Themen der Stadtentwicklung im öffentlichen Raum wahrnehmbar zu machen

Handlungsorientierung: Ein Aufruf zum Handeln ist durch die Möglichkeit der konkreten Umsetzung gegeben.

Zugangsgerechtigkeit: Es handelt sich um ein niedrighschwelliges Partizipationsangebot, das nicht über die Sprache vermittelt wird, sondern auf einer allen verständlichen sinnlichen Wahrnehmung basiert.



Ansprechen des Individuums: Jedem Bürger und jeder Bürgerin wird ein Teil der Installation symbolisch zugeordnet, dessen mehrfache, aber nie ganz gleiche Wiederholung die Ganzheit der Setzung ergibt.

Symbol: Die vor Ort gesetzte Installation führt eine Handlung vor, die symbolisch die eigenen Handlungen der Bürger und Bürgerinnen vorwegnimmt.



Anlass: Die Eigeninteressen des Einzelnen werden zu Handlungsoptionen, für die die Stadt den Spielraum zur Verfügung stellt.

Transformation: Eine Installation in der neuen Mitte der Stadt verteilt sich durch die Aktivitäten der Bürger und Bürgerinnen punktuell über die gesamte Stadt.

Kultivierung des Prozesses; Die unterschiedlichen Projektphasen werden durch den eigenen Wandel der Setzung dokumentiert.



Inszenierung: Die ästhetische Setzung bietet an den Übergängen in die nächste Phase Gelegenheit zur Inszenierung des Projekts durch ein Event.

Spielerisches Moment: Durch die gemeinschaftliche Setzung und die Veränderungsmöglichkeiten wird ein spielerischer und kreativer Umgang mit Themen der Stadtentwicklung nahe gelegt.

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

ihm übertragene Macht auch auszuüben. Und drittens gilt wachsender Wohlstand durch eine politisch gleichermaßen geförderte wie sozial in die Pflicht genommene Ökonomie als fester Bestandteil dieses Konsenses. Es ist nun leicht zu erkennen, dass keine dieser drei Säulen des „sozialstaatlichen Konsenses“ unverrückbar und ungebrochen Bestand haben wird. Globalisierung mag staatliche Machtausübung im Staatsgebiet nicht aufheben, mit Sicherheit aber schränkt sie sie ein, so dass die mittlere der drei Bedingungen brüchig wird. Damit reduziert sich aber auch die Möglichkeit, durch staatliche Macht eine nationale Ökonomie in die Pflicht zu nehmen. Und dies hat unmittelbar zur Folge, dass sich die oberste Norm, die der Gleichheit, gleichfalls nicht in bekannter und gewohnter Weise aufrechterhalten und durchsetzen lassen wird. Der Übergang zur Wissens- und



Difu-Team „Stadt 2030“: Charismatischer Augenblick in Gießen

Dienstleistungsgesellschaft, aber auch der demographische Wandel, der Geburten- und Bevölkerungsrückgang, scheinen diese aus der Globalisierung resultierenden Zwänge zu verschärfen.

Für die Konzepte und Zielvisionen der Projekte im Forschungsverbund „Stadt 2030“ stellte sich damit die Frage, ob sie sich auf wünschenswerte Sollvorstellungen eines „sozialstaatlichen Konsenses“ gründen lassen, ob also Stadtentwicklung zu einer „Abwehrschlacht“ wird, in der man an den Normen des Konsenses nicht rüttelt, auch wenn seine Bedingungen immer weniger gegeben zu sein scheinen. Anders formuliert: Verlangt Stadtentwicklung in Zukunft normative Umorientierungen oder kann in der gleichen Normativität weitergearbeitet werden, auch wenn die Bedingungen dafür schwieriger werden? Können wir also z.B. wachsender Ungleichheit auch positive Aspekte abgewinnen, ohne uns einem hemmungslosen Neoliberalismus auszu-

liefern? Oder erscheint uns das Festhalten am Gebot großer sozialer Gleichheit unumstößlich und wie würden wir diese Gleichheit dann definieren: als Gleichheit auf der materiellen Seite des Lebens oder als Gleichwertigkeit materiell sehr unterschiedlicher, aber jeweils mit besonderen, eigenen Qualitäten versehener Lebenslagen?

Die Antworten, die in den einzelnen Projekten zu diesem zweifellos fundamentalen Problem gefunden wurden, sind erwartungsgemäß höchst unterschiedlich und häufig auch eher verhalten. Nur eines ist sicher und wird von allen Projekten mehr oder weniger deutlich gesehen: Technische Planungsverfahren sind nicht geeignet, solche Fragen zu klären oder gar zu lösen. Es bedarf offensichtlich einer ganz anderen „Kreativität“ und „Innovation“, als wenn es um die Lösung technischer Planungsprobleme ginge. Normative Innovationen, wie sie möglicherweise für die Zukunft erforderlich werden, sind kein Gegenstand technischer Intelligenz, vielleicht nicht einmal der Politik, sondern der Zivilgesellschaft, zivilgesellschaftlicher Akteure. Wertewandel entsteht – wenn er demokratisch entsteht – „von unten“, aus der Gesellschaft, nicht „von oben“, durch Machtausübung von Politik. Politik kann nur Zivilgesellschaft in den Stand setzen, ihr Möglichkeiten und Freiräume zur normativen Artikulation und Aktion geben.

Folgt man den Klassikern einer Theorie des Wertewandels und der gesellschaftlichen Innovation, so scheint es nur zwei Wege zu geben, die diese normative Innovation und Kreativität freisetzen: die charismatische Persönlichkeit einerseits und die soziale Bewegung andererseits. Der Staat jedoch hat wegen seiner Bindung an verregelte und verrechtlichte Verfahren in Hinsicht auf Innovation dieses normativen Typs als ausgesprochen „unbegabter Akteur“ zu gelten. Gegen beide Wege aber bestehen massive Einwände. Die charismatische Persönlichkeit wirkt wie ein *deus ex machina*: sie kann nicht bewusst hervorgebracht werden, und selbst wenn sie auftritt, fehlt ihr die demokratische Legitimation. Ein von ihr initiiertes Wertewandel entspräche einem Wandel „von oben“. Die soziale Bewegung wäre im Gegenteil dazu zwar die Alternative „von unten“, aber sie lässt sich noch viel weniger bewusst herstellen oder gar planen.

Und dennoch scheinen Möglichkeiten zu bestehen, sich den Leistungen beider Wege „planvoll“ anzunähern, zum einen durch die Entwicklung „charismatisch“ wirkender Bedingungen, die von der einzelnen „charismatischen Persönlichkeit“ unabhängig sind. Die heraus-

Gießen-Wetzlar: „Auf der Suche nach der versunkenen Stadt Lahn“



Das Scheitern der Stadt Lahn an den Widerständen aus der Bevölkerung hat gelehrt, dass der Gedanke einer angestrebten zukünftigen Zusammenarbeit zwischen Gießen und Wetzlar besonderer Vermittlung in die Bevölkerung bedarf. Deshalb war die „Stadttrauminszenierung Lahn“ ein elementarer Bestandteil des Forschungsprojekts Stadt 2030 der Städte Gießen und Wetzlar.

Der Lauf der Lahn als das natürlich verbindende Element zwischen Gießen und Wetzlar war konzeptioneller Ausgangspunkt der Stadttrauminszenierung Lahn. Der Fluss und seine direkte Umgebung sollten zum Ort für verschiedene künstlerische Produktionen werden: eine künstlerische Reise mit dem Boot von Gießen nach Wetzlar mit Haltepunkten an Schleusen und Brücken als Orten für künstlerische Aktionen, Inszenierungen sowie Klang- und Videoinstallationen. Bewohnerinnen und Bewohner, kulturelle Initiativen und Träger sowie Vereine der beteiligten Städte und Gemeinden waren eingeladen, sich an der Inszenierung zu beteiligen.



Gießen und Wetzlar sitzen in einem Boot – Wetzlars Oberbürgermeister Dette und Gießens Baustadtrat Rausch

Die Inszenierung „Auf der Suche nach der versunkenen Stadt Lahn“ wurde in Kooperation mit dem Institut für Angewandte Theaterwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen im Sommersemester 2002 erarbeitet und gestaltet.



Das Projekt hat gezeigt, dass Kunst und Kultur – insbesondere mit einem orts- und kontextspezifischen Bezug – geeignet sein können, um Kommunikationsprozesse zu initiieren, indem sie die bekannte Umgebung durch eine ungewohnte Perspektive sinnlich erfahrbar machen. Damit ist es auch gelungen, die wissenschaftlich-planerische Thematik des Forschungsprojekts Stadt 2030 in die Bevölkerung zu vermitteln.

In diesem Zusammenhang ist der inszenierte Ausflug nicht nur als künstlerischer Rückblick in die gemeinsame Vergangenheit der beiden Städte, sondern auch als Versuchsfeld für zukünftige Kooperationsvorhaben zu sehen.

Quelle: Ausstellung „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ am 24./25. September 2003 in Braunschweig.

gehobene Sondersituation des Festes, des einmaligen Projekts, bei dem besondere, dem Alltag entthobene Augenblicke Kräfte und innovative Energien freisetzen, gelten als derartige Bedingungen für Innovationen, die von der Routine der Normalität eher zugedeckt werden. Und auch die „soziale Bewegung“ lässt sich in kleinem Maßstab, gleichsam künstlich, erzeugen: durch verdichtende Vernetzungen in kreativen Milieus, in denen latent vorhandene Gedanken, Vorstellungen und Wünsche durch wechselseitige Bestätigung und Kritik Form annehmen und zum Ausdruck gebracht werden können. Die Aufgabe staatlicher Innovationsförderung wäre damit, eben diese Bedingungen herzustellen. Sie bieten zwar keine Garantie, aber doch die Chance, zu neuen Ufern aufzubrechen.

Im Forschungsverbund „Stadt 2030“ wurde nun sowohl auf der Ebene der Einzelprojekte als auch des Verbundes genau dies gesucht, die herausgehobene Ausnahme-situation mit ihrem Stimulanz, aber auch mit ihren besonderen Anforderungen, z.B. sich zu präsentieren, eine Bühne vorzufinden, diese aber auch betreten zu müssen. Und es wurde mit Nachdruck eine Vernetzung hergestellt in einem kreativen Milieu von Planung und Planungswissenschaft. Mehrere Projekte haben in ihren Arbeitsablauf Feste oder ästhetische Aktionen einbezogen, z. B. das Projekt Gießen/Wetzlar mit seinem Lahnfest, mit dem an die untergegangene Stadt „Lahn“ der hessischen Gebietsreform der 1970er-Jahre erinnert wurde, oder die Projekte Erlangen, Esslingen und Beeskow, die Projektpräsentationen in große Stadtfeste einbetteten. Besonders anregend auf alle Beteiligten und externen Beobachter wirkte das Projekt „Definitiv unvollendet“ der Stadt Dietzenbach, das von einer Stelenreihe als ästhetische Setzung ausging und damit das besondere Charisma von Kunst und Ästhetik zum Dreh- und Angelpunkt des gesamten Projekts erklärte. Aber auch die großen Workshops mit prominenter Beteiligung, wie sie z.B. vom Projekt „Städteregion Ruhr“ durchgeführt wurden, strahlten ohne jeden Zweifel einen besonderen, „charismatischen Augenblick“ aus, wurden als Sondersituation erlebt, wie sie in der Innovationsforschung als Bedingung und Möglichkeit dafür, dass das Neue in die Welt kommt, behandelt wird.

Immer wurden diese Ausnahmesituationen aber auch direkt für Vernetzung genutzt: von Planerinnen und Planern, von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, von verschiedenen Projekten untereinander, von Projekten mit Öffentlichkeit. Vernetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern einer Stadt oder Region, die auf

diese Weise in die stimulierende Ausnahmesituation einbezogen wurden, und dies manchmal nur durch die Tatsache und Chance, an einem nicht alltäglichen, schwierigen Zukunftsprozess teilzunehmen, wie z.B. in Braunschweig, München oder Kiel.

Beide Elemente, das des besonderen, charismatischen Augenblicks und das der Vernetzung, die häufig verbunden und direkt aufeinander bezogen waren, mögen im Rahmen des Forschungsverbundes noch so unvollkommen und begrenzt gewesen sein, sie waren dennoch allen Beteiligten bewusst. Aber nur weil sie es waren, konnten die Innovations- und Normenprobleme zumindest erkannt und artikuliert werden, um die es bei der Zukunft der deutschen Stadt gehen wird und gehen muss. Es mag nur ein Anfang gewesen sein, aber dass er diese Potenziale besaß, spürten alle Beteiligten, und sie haben diese Potenziale genutzt, das macht die Vielfalt der Ergebnisse deutlich.

Eine solche Sicht auf den „Forschungsverbund Stadt 2030“, verlangt aber auch Konsequenzen. Sondersituationen können nicht beliebig verlängert oder reproduziert werden. Sie sind nicht in unveränderter Form auf Dauer zu stellen. Und auch eine kräftezehrende Vernetzung ist nicht unbegrenzt durchzuhalten. Daher ist es sinnvoll, den Forschungsverbund zum gegenwärtigen Zeitpunkt abzuschließen und ein Resümee zu ziehen, soll er nicht als Dauereinrichtung zur Routine werden.

Zu einer solchen Routine wird ein Unternehmen wie „Stadt 2030“ aber nur, wenn es unbegrenzt immer von den gleichen Personen betrieben wird, exakt gleichen Zielvorgaben folgt und gleichen Rahmenbedingungen unterliegt. Die Notwendigkeit, Innovation und Kreativität zu fördern und freizusetzen, besteht aber im Gegensatz zur Einzelsituation permanent. Und sie besteht über alle Maßen dringend für Fragen städtischer Zukunft. Eine Verstetigung des Prozesses „Stadt 2030“ erscheint damit in jeder Hinsicht geboten, aber in anderer personeller und Projektzusammensetzung, mit neuen, zumindest deutlich modifizierten Zielen und Rahmenbedingungen. Und hier bietet sich nun ein Konzept an, das die bisher vorgenommene Trennung von Konzeption und Realisierung überwindet durch die Errichtung von experimentellen „Laborsituationen“ in den einzelnen Städten – die anders sein können und müssen als bisher. Die programmatische Integration von Zukunftskonzeption und Realisierung wäre demnach der Gegenstand, dem sich ein neuer Forschungsverbund „Stadt 2030“ vorrangig zu widmen hätte.

Kontakte, Adressen, Publikationen

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Referat 426 – Bauen und Wohnen
Heinemannstraße 2
53175 Bonn
www.bmbf.de

Dr. Rainer Jansen
(Referatsleiter Bauen und Wohnen)
Tel.: 01888/57 31 90
E-Mail: rainer.jansen@bmbf.bund.de

Begleitforschung und Koordination des Forschungsverbundes

Deutsches Institut für Urbanistik
Projektgruppe „Stadt 2030“
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin
E-Mail: stadt2030@difu.de
www.difu.de

Begleitforschungsteam Difu

Dr. Albrecht Göschel (Projektleitung)
Tel.: 030/3 90 01-235
E-Mail: goeschel@difu.de

Dr. Stephanie Bock
Tel.: 030/3 90 01-189
E-Mail: bock@difu.de

Franciska Frölich von Bodelschwingh
Tel.: 030/3 90 01-245
E-Mail: froelich@difu.de

Gregor Jekel
Tel.: 030/3 90 01-190
E-Mail: jekel@difu.de

Jens Libbe
Tel.: 030/3 90 01-115
E-Mail: libbe@difu.de

Dr. Bettina Reimann
Tel.: 030/3 90 01-191
E-Mail: reimann@difu.de

Forschungs- und Prozessmanagement

Projektträger Mobilität und Verkehr,
Bauen und Wohnen des BMBF
TÜV-Akademie Rheinland GmbH
Am Grauen Stein
51101 Köln
E-Mail: info@tuvpt.de
www.tuvpt.de

Bernd Meyer
Tel.: 0221/6 50 35-120
E-Mail: bernd.meyer@de.tuv.com

Thilo Petri
Tel.: 0221/6 50 35-226
E-Mail: thilo.petri@de.tuv.com

Ansprechpartner der Städte-Projekte

Modellstadt Beeskow 2030

Bürgermeister
Fritz Taschenberger
E-Mail: fritz.taschenberger@beeskow.de
www.beeskow.de

Braunschweig – Stadt+Um+Land 2030

Zweckverband Großraum Braunschweig
Ulrich Kegel
E-Mail: u.kegel@zgb.de
www.zgb.de

Bremen 2030 – eine zeitbewusste Stadt

Der Senator für Bau und Umwelt
Dr. Ulrike Baumheier
E-Mail: bremen2030@web.de
www.bremen2030.de

Stadt 2030 – Dietzenbach unvollendet

Stadtplanungs- und Bauamt
Angela Bernhardt
E-Mail: stadt@dietzenbach.de
www.100qm-dietzenbach.de

Projekt Eisenhüttenstadt 2030

Stadtplanungsamt
Jörg Ihlow
E-Mail: info@eisenhuettenstadt.de
www.eisenhuettenstadt.de

Erlangen 2030 – Haus für Zukunft

Kulturreferat
Dr. Dieter Rossmeißl
E-Mail: dieter.rossmeissl@stadt-erlangen.de
www.erlangen2030.de

Esslingen: Bürger sein heute – Bürger 2030

Stadtplanungs- und Stadtmessungsamt
Frank Eberhard Scholz
E-Mail: stadtmessungsamt@esslingen.de
www.esslingen2030.de

Stadt 2030 Gießen/Wetzlar: Von Konkurrenz durch Kooperation zu Konsens

Magistrat der Stadt Gießen
Dezernat IV
Anita Schneider
E-Mail: aschneider@giessen.de

Magistrat der Stadt Wetzlar
Büro des Baudezernats
Manfred Schieche
E-Mail: manfred.schieche@wetzlar.de
www.hessennet.de/giessen/stadt2030

Görlitz/Zgorzelec – Ein gemeinsames Leitbild für die deutsch-polnische Europastadt

Stadtplanungsamt
Lutz Penske
E-Mail: stadtplanungsamt@goerlitz.de
www.stadt2030-goerlitz-zgorzelec.de

Guben/Gubin – Stadt 2030

Stadtverwaltung Guben
Fred Mahro, Leiter Dezernat I
E-Mail: f.mahro@guben.de
Sandra Kositz
E-Mail: s.kositz@guben.de
www.guben-gubin-2030.de

Günzburg oder Legoburg – Chancen und Risiken eines Identitätsprozesses

Stadtbauamt
Carl-Heinz Wopperer
E-Mail: wopperer@rathaus.guenzburg.de
www.guenzburg.de

Karlsruhe 2030 – Grenzen überwinden

Amt für Stadtentwicklung
Dr. Edith Wiegelmann-Uhlig
E-Mail: wiegelmann@afsta.karlsruhe.de
www.karlsruhe.de

Zukunft Kiel 2030

Stadtplanungsamt
Hans-Jürgen Behnke
E-Mail: stadtplanungsamt@lhstadt.kiel.de
www.kiel2030.de

Leipzig 2030

Stadtplanungsamt
Reinhard Wölpert
E-Mail: stadtplanungsamt@leipzig.de
www.leipzig.de

Mönchengladbach 2030 – auf dem Weg zur aktivierenden Stadt

Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Torsten Stamm
E-Mail: stadtentwicklungsplanung@moenchengladbach.de
www.moenchengladbach.de

München 2030 – Visionen und Strategien für Stadt und Region

Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Klaus Illigmann
E-Mail: klaus.illigmann@muenchen.de
www.muenchen2030.de

Saarbrücken 2030 – Stadt im Fluss

Stabsstelle für nachhaltige und gesunde Stadtentwicklung
Angelika Kraus
E-Mail: sb2030@saarbruecken.de
www.saarbruecken.de

Schkeuditz 2030

Planungsamt Schkeuditz
Frank Wenzel
E-Mail: frank.wenzel@schkeuditz.de
www.schkeuditz.de

Schwalm-Eder-West – Vision 2030

Magistrat der Stadt Borken
Fachbereich Stadtplanung
Christoph Bachmann
E-Mail: christoph.bachmann@borken-hessen.de
www.vision2030.de

Städteregion Ruhr 2030 – Eigensinn als Fundgrube

Universität Dortmund
Fakultät Raumplanung
Prof. Dr. Benjamin Davy
E-Mail: benjamin.davy@uni-dortmund.de
Tana Petzinger
E-Mail: tana.petzinger@uni-dortmund.de
www.ruhr-2030.de

Modell Stadtregion Stuttgart: Dynamik – Integration – Ausgleich

Stadtplanungsamt Stuttgart
Joachim Weiler
E-Mail: joachim.weiler@stuttgart.de
www.stadtregionstuttgart2030.de

Publikationen der Verbund-Projekte

Abrufbar von der jeweiligen Homepage der Städte

Publikationen der Begleitforschung – eine Auswahl

Themenschwerpunkte:

- Themenschwerpunkt „Stadt 2030“: Mut zum Weitblick in deutschen Städten“ in: Der Städtetag, Heft 4/2003.
- Themenschwerpunkt „Neue Stadtbilder. Stadt 2030“ in: DEMO, Heft 2/2003.

Weitere Veröffentlichungen:

- Bock, Stephanie: Kommunale Zukunft zwischen Stadt und Region: Perspektiven der Regionalisierung, in: vhw Forum Wohneigentum, Heft 5, Oktober/November 2003, S. 238–242.
- Bock, Stephanie/Göschel, Albrecht/Libbe, Jens/Reimann, Bettina: Mit Zukunft vertraut werden – Positionen und Erkenntnisse aus dem Forschungsverbund „Stadt 2030“. Zwischenbericht und zugleich Begleitbroschüre zum Abschlusskongress des Forschungsverbundes „Stadt 2030“ in Braunschweig, 24./25. September 2003. Berlin 2003.
- Bock, Stephanie/Libbe, Jens: Szenarioplanung von Städten und Regionen: Erfahrungen mit der Szenarioplanung im Forschungsverbund „Stadt 2030“, in: Neumann, Ingo (Hrsg.): Szenarioplanung als Instrument strategischer Stadt- und Regionalentwicklung, Dresden (in Vorbereitung).
- Bock, Stephanie/Reimann, Bettina: Die Erschließung der Zukunft. Kommunale Krisenlösungen durch den Forschungsverbund „Stadt 2030“, in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, 43. Jg., 2004/1, S. 79–88.
- Bock, Stephanie/Reimann, Bettina: Visionen einer familienfreundlichen Stadt? – Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsverbundes „Stadt 2030“. Expertise zum 7. Familienbericht der Bundesregierung, April 2004 (in Vorbereitung).
- Göschel, Albrecht: Auf der Suche nach Visionen: Der Forschungsverbund „Stadt 2030“, in: Das Parlament, 53. Jg., 8. 9.2003/37, S. 16.
- Göschel, Albrecht: Erstes Resümee des Forschungsverbundes „Stadt 2030“, in: Der Städtetag, Heft 11/2003, S. 40–41.
- Göschel, Albrecht: Der Forschungsverbund „Stadt 2030“, in: Kommunalpolitische Blätter, Heft 9/2003, S. 21–23.

- *Göschel, Albrecht*: Der Forschungsverbund „Stadt 2030“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/2003, S. 9–15.
 - *Göschel, Albrecht*: Forschungsverbund „Stadt 2030“: Zurück in die Zukunft, in: AKP. Fachzeitschrift für Alternative Kommunal Politik, Heft 5/2003, S. 30–33.
 - *Göschel, Albrecht*: Schrumpfende Städte. Antworten auf die Entvölkerung, in: Immobilienmanager, 2003/5, S. 17 f.
 - *Göschel, Albrecht*: Schrumpfende Städte. Planerische Reaktionen auf den Leerstand, in: Planerin, Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung, Heft 2/2003, S. 9 f.
 - *Göschel, Albrecht*: Stadtumbau – Zur Zukunft schrumpfender Städte vor allem in den neuen Bundesländern, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 10/11, 2003, S. 605–616.
 - *Göschel, Albrecht*: Stadt 2030: Zukunft – Planung – Politik. Zwischen aktueller Politik und langfristiger Planung, in: Der Städtetag, Heft 4/2003, S. 10–13.
 - *Göschel, Albrecht/Bock, Stephanie*: Städte im Jahr 2030. Erstes Resümee des Forschungsverbundes Stadt 2030, in: Stadt und Gemeinde, 12/2003, S. 540 f.
 - *Göschel, Albrecht/Bock, Stephanie/Jekel, Gregor* (2003): Auf dem Weg zur Stadt 2030. Abschlusskongress des Forschungsverbundes „Stadt 2030“, in: Difu-Berichte, Heft 4/2003.
 - *Göschel, Albrecht*: Megatrends: Wohin entwickeln sich die Städte? In: Evangelische Akademie Loccum (Hrsg.): Religionen in der Stadt. Chancen für das urbane Zusammenleben, Loccumer Protokolle (in Vorbereitung).
 - *Göschel, Albrecht*: Neue Utopien braucht die Stadt. Zukunft Bürgerregion? In: SRL Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, Stadtregion 2030+ Visionen und der Traum vom Miteinander, Heft 52/2004, Berlin, S. 78–93.
 - *Göschel, Albrecht*: Städtebau und demographischer Wandel – Status quo und Perspektiven, in: BauWohnberatung Karlsruhe (BWK), Schader-Stiftung Darmstadt (Hrsg.): Neues Wohnen fürs Alter. Was geht und wie es geht, Frankfurt/M., S. 18–37.
 - *Meyer, Bernd*: Auf dem Weg zu Stadt 2030? Bericht vom Abschlusskongress, in: PlanerIn, Heft 1/04, S. 34–35.
 - *Meyer, Bernd*: Szenarioorganisation braucht Geduld und Intuition, in: Neumann, Ingo (Hrsg.): Szenarioplanung als Instrument strategischer Stadt- und Regionalentwicklung, Dresden (in Vorbereitung).
- Die Publikation „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ mit einer Beschreibung aller 21 Verbundvorhaben sowie eine CD mit allen auf dem Abschlusskongress präsentierten Ausstellungstafeln können beim Projektträger bestellt werden.
- In Vorbereitung:
Veröffentlichungsreihe „Der Forschungsverbund ‚Stadt 2030‘“, Band I bis V, Opladen.
- „Stadt 2030“ im Internet: www.stadt2030.de
- | | |
|----------------------|--|
| Infobriefe: | www.newsletter.stadt2030.de |
| Nr. 1/Juli 2001 | Der Forschungsverbund „Stadt 2030“ |
| Nr. 2/Okttober 2001 | Forschungsumfeld |
| Nr. 3/Dezember 2001 | Schwerpunkt: Integration der Stadtgesellschaft |
| Nr. 4/Februar 2002 | Schwerpunkt: Zukunftsforschung |
| Nr. 5/April 2002 | Schwerpunkt: Identität |
| Nr. 6/Juni 2002 | Schwerpunkt: Schrumpfung |
| Nr. 7/August 2002 | Schwerpunkt: Regionalisierung |
| Nr. 8/Okttober 2002 | Schwerpunkt: Bürgergesellschaft |
| Nr. 9/Januar 2003 | Schwerpunkt: Landschaft |
| Nr. 10/April 2003 | Schwerpunkt: Demographischer Wandel |
| Nr. 11/Juni 2003 | Schwerpunkt: Grenzen |
| Nr. 12/November 2003 | Schwerpunkt: Virtualität und Stadtentwicklung |
| Nr. 13/Dezember 2003 | Abschlusskongress „Auf dem Weg zur Stadt 2030“ |
| Nr. 14/März 2004 | Schwerpunkt: Gender Mainstreaming |
| Nr. 15/Juni 2004 | Schwerpunkt: Praxisorientierung |

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen/Wahlwerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin/dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

